

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgebaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Wg., für politische und gewerkschaftliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 20 Wg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stellgebundene) Wort 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg., Stellengröße und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Wg., monatlich 1,10 Wg., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Wg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Belegungs-Verordnungen. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 11. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Essen und Moabit.

Verbrecherisch ist im Landtage und Reichstage das Vorgehen der beamteten Juristen im Essener Meineidsprozeß genannt worden, die die Laienrichter verwirrt und aufgehetzt haben, ein Fehlurteil aus Klassenhaß zu fällen. Mit Recht hat Seine auch gesagt, daß wir es bei dieser Prozeßführung mit einem System zu tun hätten, mit jenem System, das der brutale Puttkamer zur Virtuosität ausgebildet hatte, und das da lautete: „Wer gegen einen Beamten etwas auszusagen ist verächtlich, und gegen ihn wird Auflage erhoben, nicht gegen den angeklagten Beamten“.

Puttkamer ist gestorben und verdorben, Schimpf und Schande ist sein Gedächtnis, aber das System lebt noch heute und wirkt noch heute fortwährend Unheil.

Der Essener Prozeß hat nicht nur sieben Unschuldige ins Zuchthaus gebracht und ihr Leben zerstört. Jenes Schandurteil — es ist nicht das einzige der deutschen Justiz — war für die Bewissenlosigkeit unserer Gegner die stärkste Verkräftigung jener insamen Legende, daß Sozialdemokraten aus politischen Gründen bereit seien, Meineide zu leisten. Immer noch fanden sich schmutzige Seelen, die die Verleumdung zu wiederholen wagten, immer wieder karrierebestimmte Richter, die Zeugen nach ihrer sozialdemokratischen Gesinnung befragten, um ihre Aussagen zu diskreditieren. Das Essener Urteil ist heute aufgehoben, aber wie viele Urteile sind gefällt, wie viel Strafen verhängt worden, die anders ausgefallen wären, wenn Berufs- und Laienrichter nicht unter jener Suggestion gestanden hätten, die von jenem Prozeß in Essen, wenn nicht ausgegangen, so doch durch ihn verstrahlt worden war.

Und nichts wäre irriger zu meinen, als ob jener Geist, der im ersten Prozeß das abfällige Urteil gesprochen hatte, den herrschenden Schichten Preußens etwa bereits ausgetrieben wäre. Haben wir es nicht erst jüngst wieder erleben müssen, daß ein Bedlich, dieser unermüdliche Treiber zu Ausnahmefällen, unter dem Schutze der Immunität die Zeugen in den Moabiter Prozessen des Meineides verdächtigte? Und was lag in jener Auflehnung der Bethmann, Beseler und Jagow gegen die übereinstimmenden Feststellungen zweier Gerichtshöfe, daß die Polizei sich schwerer Mißgriffe schuldig gemacht habe, anderes als der Vorwurf, daß die Richter auch den bürgerlichen Zeugen und nicht nur den uniformierten Dienst-eidigen Glauben beigegeben haben. Nein, jener Geist, der in den Trägern der Reichsautorität, er lebt in den Bethmanns und Beselers und in ihren Auftraggebern, den preussischen Konservativen.

Freilich es wird immer schwerer in diesem Geiste zu judizieren. Lange genug hat er namentlich in preussischen und sächsischen Gerichten in den Köpfen von Richtern und Staatsanwälten gehaftet. Aber die Judikatur, die aus diesem Geiste entsprungen, hat die Justiz so kompromittiert, die Kritik so aufgepeitscht, daß heute diese nackte und brutale Form von Klassenjustiz, wenn auch vielleicht noch nicht durchaus überwunden, so doch wenigstens ernstlich erschüttert ist. So sorgfältig auch die Auswahl der Richter gehandhabt wird, jene absolute Zuverlässigkeit, die die herrschende Reaktion ersucht, hat sie nicht erzielt. So sucht sie nach neuen Mitteln, die ihr das Resultat, die Justiz in eine tobbringende Waffe im Klassenkampf zu verwandeln, auf andere Weise sichern soll. Kann man die Aussagen der Entlastungszeugen nicht mehr ganz ignorieren, kann man nicht jeden Zeugen der Verteidigung mit Zuchthaus bedrohen, wenn ein Verteidiger ihm gegenübertritt, dann muß man eben verhüten, daß solche Zeugen überhaupt zu Aussage gelangen. Deshalb soll die wichtigste Garantie des Angeklagten, daß alle Beweismittel, die der Angeklagte zur Stelle schafft, erhoben werden, also auch die Zeugen, die er benennt, gehört werden müssen, dieser einzig wertvolle Schutz namentlich für den politischen Angeklagten, soll durch die neue Strafprozeßordnung befeitigt werden. Das ist die Sorge um die Gerechtigkeit, von der die Herren Bethmann, Beseler und Visco erfüllt sind. Es ist der Geist von Essen, der sie treibt...

Unter war ein Gendarm und deshalb, wenn er auch ein Galune war, glaubwürdig. Schröder und Genossen waren Sozialdemokraten und deshalb unglaubwürdig, obwohl sie Ehrenmänner waren. In Moabit waren die Zeugen, die die schlimmsten Erzesse der Polizei schilderten, zum Glück keine Sozialdemokraten. An einen Meineidsprozeß zur höheren Ehre der Polizei war nicht zu denken. Aber ebensowenig scheinen die maßgebenden Faktoren daran gehen zu wollen, aus den unbezweifelbaren Aussagen endlich die Konsequenzen zu ziehen und der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen.

Was wird mit den schuldigen Schulheuten geschehen?

Welche Maßnahmen sind insbesondere getroffen worden, um den Totschläger des Arbeiters Hermann zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen?

Man stelle sich vor, daß Schulheute Aussagen gemacht hätten, die Arbeiter und Bürger schwerer Verbrechen beschuldigt hätten. Zweifelt jemand daran, daß solche Aussagen Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft in sieberhafteste Tätigkeit versetzt hätten? Sind noch immer die Zeugenaussagen von Bürgern und Arbeitern, deren Richtigkeit das

Gericht mit Nachdruck anerkannt hat, für Polizei und Staatsanwalt so minderwertig, daß sie sie zu ignorieren sich annehmen dürfen? Oder ist die Berliner Polizei unter der glorreichen Leitung ihres Jagow so unfähig geworden, daß sie Verbrecher, die in ihrer eigenen Mitte zu haben der dringende Verdacht besteht, nicht ausfindig machen kann? Das wird wohl niemand annehmen wollen. Und so bleibt nichts anderes übrig als die Vermutung, daß die maßgebenden Instanzen es an dem nötigen Eifer und Nachdruck fehlen lassen, daß sie nicht den guten Willen haben, Verbrecher zu ermitteln, weil diese zufällig den Polizeirock tragen.

Daß diese Annahme zutrifft, ist für jeden, der den preussischen Staat in seiner Klassenchöne erkannt hat, freilich seinen Moment lang zweifelhaft. Zweifelhaft ist nur, ob die Herren wirklich so leichtem Kaufes davonkommen werden, als sie sich vielleicht einbilden. Die Frage: Was ist's mit den schuldigen Polizisten? wird nicht verschwinden. Das Gericht hat festgelegt, daß zahlreiche schwere Mißgriffe von der Polizei begangen worden sind und der Ruf nach Sühne wird nicht sobald verstummen.

Steuererhöhung in Berlin.

Der Berliner Magistrat hat gestern beschlossen, zur Bilanzierung des Etats der Stadtverordnetenversammlung einen Zuschlag zur Einkommensteuer von 110 Proz. und zur Gewerbesteuer von 165 Proz. bei gleichzeitiger Erhebung der Luftschadstoffsteuer vorzuschlagen.

Dieser Beschluß kommt nicht unerwartet. Bereits im Vorjahre glaubte der Magistrat mit den bisher üblichen 100 Proz. Gemeindesteuern nicht mehr auskommen zu können und schlug deshalb vor, 105 Proz. Zuschlag zu erheben. Darob erkundete in der Stadtverordnetenversammlung ein großes Moment und der mit der Beratung des Etats eingesetzte Ausschuss wurde beauftragt, alles daranzusehen, um die gebilligte Grenze der 100 Proz. nicht zu überschreiten. Der Auftrag wurde auch ausgeführt. Mit einer wahren Todesverachtung stürzten sich die Räder im Rathaus auf den Etat und strichen darauf los, bis sie die 5 Proz. herausgewirtschaftet glaubten. Hatte man in den besseren Jahren noch im Hochbauetat gewissermaßen einen Sparstopf, aus dem man in schlechteren Jahren zehren konnte, so stellte sich schon im vorigen Jahre heraus, daß diese Reserverequelle so ziemlich verstreut war. Trotzdem strich man im Eifer die ersten Raten für neue notwendige Schulbauten, und selbst zweite Raten für ziemlich fertiggestellte Schulen fielen der Streichmüt zum Opfer. Als sich aber herausstellte, daß in diesem Falle schon alle Vorbereitungen zum Bezuge dieser Schulen getroffen waren, mußte man diese Summen doch wieder in den Etat einstellen. Die Bilanzierung des vorjährigen Etats mit 100 Proz. wurde schließlich erreicht unter Zuhilfenahme von nicht unbedeutlichen Experimenten, indem der voraussichtliche Ertrag der Steuern um einige Millionen höher, als der Magistrat vorschlug, eingeschätzt wurde. Auch der Ertrag der kaum in Kraft getretenen Wertzuwachssteuer wurde um eine halbe Million höher veranschlagt als der Magistrat es getan hatte, obwohl von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß im ersten Jahre des Bestehens auf die Wertzuwachssteuer nicht allzu große Hoffnungen zu setzen seien.

Von sozialdemokratischer Seite wurde bei den vorjährigen Beratungen darauf hingewiesen, daß diese Art Finanzpolitik grundverkehrt sei und nur zur Folge haben müsse, daß man im kommenden Jahre nicht nur 105 Proz., sondern 110 oder mehr Prozent erheben müsse. Diese Voraussage ist nun eingetroffen.

Man wird ohne weiteres annehmen müssen, daß der Magistrat seinen Vorschlag nur nach reiflichster Erwägung gefaßt und nicht ohne Not 110 Proz. vorgeschlagen hat, wobei noch gar nicht gewiß ist, ob der in seinen Einzelheiten und noch nicht bekannte Etat für 1911 nicht so knapp bemessen ist, daß wichtige und notwendige Aufgaben der Gemeinde unberücksichtigt geblieben sind.

Mit der Uberschreitung der 100 Proz. in Berlin eröffnen sich die verschiedensten Perspektiven. Einmal ist Berlin nicht mehr eigener Herr seiner Finanzgebarung. Der Etat muß der Regierung zur Genehmigung eingereicht werden. Und gerade das wollten unsere Kommunalreformirer immer vermeiden. Sie glaubten die Selbstverwaltung täme in Gefahr, wenn die Aufsichtsbehörden bei der Festsetzung des städtischen Etats mitzureden hätten. Unsere Freunde im Noten Hause und vor allem unser verstorbenen Genosse Singer haben oft darauf hingewiesen, daß auch uns das Selbstverwaltungsrecht am Herzen liege, daß diese aber durch die Einreichung des Etats wirklich keine große Gefahr laufe. Zudem schwabe heute das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden so gut wie in der Luft. Es gibt kaum noch eine gemeindliche Angelegenheit, in der nicht die Aufsichtsbehörden sich auf Grund irgend welcher Verordnungen und Erlasse einmischen.

Es ist auch gar nicht zu befürchten — selbst bei der reaktionärsten Regierung nicht, daß in der Etatsfestsetzung den Gemeinden irgend welche erheblichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden; es sei denn, daß in einer Reihe von Fällen die Gemeinden auf die Erfüllung bestimmter Aufgaben von der Regierung hingedängt werden. Ist es doch vorgekommen, daß die Regierung die Stadt Berlin aufmerksam machen mußte, daß sie schleunigst Ersatz für Rietschulen schaffen müsse, weil diese Schulen aus bau- und feuerpolizeilichen Gründen nicht mehr für Schulzwecke geeignet seien. Schlechter kann es nach dieser Richtung hin auch bei Genehmigung des Etats nicht mehr werden.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung aber ist die Uberschreitung der 100 Proz. auf das Verhältnis Berlins zu den Vororten. Es ist bekannt, daß die weislichen Vororte ein großes Anziehungsmittel für die steuerkräftigen Einwohner Berlins bilden. Bisher haben fünf städtische Vororte gleichfalls 100 Proz. Zuschlag erhoben. Erhebt Berlin 110 Proz. und bleiben die Vororte bei 100 Proz., so kann sehr wohl der ohnehin schon starke Fortzug besser bemittelter Kreise nach den Vororten sich erheblich steigern und Berlins Steuerkraft schwächen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß einige große Vororte nur auf Berlin warten, um gleichfalls die 100-Prozentgrenze zu überschreiten. Es ist gar kein Geheimnis, daß manche Vororte mit den 100 Proz. nur fortwurzeln und dabei dringende Aufgaben vernachlässigen. Insofern bedeutet die Erhebung eines Steuerzuschlages von 110 Proz. in Berlin für manche Vororte die Erlösung aus ihren Finanznöten. Nun gehören wir gewiß nicht zu denjenigen, die es durchaus begrüßen, wenn der Bevölkerung erhöhte Steuern aufgeschliffen werden und wir halten die gegenwärtige Steuerordnung für sehr abänderungsbedürftig, weil die ärmeren Klassen am schwersten belastet werden. Hier Abhilfe zu schaffen, ist aber nicht Sache der Kommune. Wenn aber schon Steuern erhoben werden müssen, so muß der direkten Steuererhebung der Vorzug gegeben und es müssen die Steuern erhoben werden, die zur Befriedigung der Bedürfnisse notwendig sind.

Die Steuerermisere Berlins und der Vororte hat ihre Ursache nicht nur in einer verkehrten Steuerpolitik Preußens, sondern auch in der kommunalen Herrschaft des zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet verwachsenen Groß-Berlins und würde teilweise paralisieren werden können durch eine großzügige Eingemeindungspolitik, an der es leider heute mangelt.

Vom bankrotten Radikalismus.

Paris, 8. Februar. (Fig. Ver.)

Die am letzten Sonntag im Departement Ardèche vorgenommene Ersatzwahl, bei der die Radikalsozialisten einen ihrer Stammbezirke an einen gemäßigteren Linksbürgerlichen verloren, legt die Serie der Niederlagen des bürgerlichen Radikalismus fort. Auch die alten Wladprophezen, die die Schlappe bei den allgemeinen Wahlen im Mai in einen Erfolg umzudeuten versucht haben, geben jetzt zu, daß sich der Radikalismus in einer höchst kritischen Situation befindet. Aber bei dem Versuch, ihn zu retten, geraten sie einander in die Haare. Soll sich die Partei moralisch — durch eine energische Opposition gegen das Briandische Regime — oder parlamentarisch — durch eine profitbringende Ausöhnung mit ihm — wieder aufrichten? Der radikale Parteitag in Rouen hatte im Oktober eine wütende Resolution gegen die Briandische „Verufungspolitik“ gefaßt und den Parlamentariern die Mission erteilt, „künftig nur eine Regierung zu unterstützen, die durch Worte und besonders durch Handlungen beweist, daß sie von republikanischem, weltlichem und sozialem Geiste inspiriert ist“. Und um dieser Tendenz einen demonstrativen Nachdruck zu verleihen, wählte der Kongreß den alten Combes zum Präsidenten des Vollzugsausschusses der Partei. Ein würdiger Vorstoß gegen das Kabinett — im Senat von Combes selbst geführt — sollte die Parlamentssession einleiten. Es kam aber anders. Der Ausbruch des Eisenbahnerstreiks legte Briand in die Lage, sich als Retter der bürgerlichen Gesellschaft in Politik zu zeigen und — die radikalen Mannen ließen mit schlotternden Knien nach allen Richtungen auseinander. Briand ließ die gute Gelegenheit, sie ohne Stundung zu demütigen, nicht vorbegehen. Das Damoklesschwert der Verhältniswahl, das über ihren Häuptern hängt, hält sie in ewiger Angst und die Einstellung der amtlichen Wahlbeeinflussung zu ihren Gunsten erinnert sie an ihre säkularen Seiten. Zugleich läßt Briand die Künste der Verfälschung spielen. Noch nie hat eine Regierung über eine so reiche Palette offiziöser Schönfärberei verfügt: es gibt konservative, gemäßigte, demokratische und ganz besonders radikale Reptilienblätter. Fast die ganze radikaltuende Tagespresse von Paris wird von Briandischen Kommiss dirigiert. Der betriebsame Herr Bérenger kommandiert jetzt gleich vier Zeitungen auf einmal. Der Versuch der Radikalen, sich im „Radical“ ein offizielles Parteiorgan zu geben, ist eher noch dazu angetan, die Verwirrung zu vergrößern. In diesem Augenblick konstituiert sich die demokratische Linke, die bisher nur eine parlamentarische Vereinigung war, als selbständige Partei, mit einer programmatischen Erklärung, die sich wohl in nichtsagenden vulgär-demokratischen Phrasen bewegt, aber den Radikalen dennoch anzeigt, daß sich die rechtsstehenden Republikaner als Herren der Situation fühlen.

Und nun bricht über die Unentwegten des Radikalismus das aller schlimmste Unglück herein. Der Chef der alten Garde selbst kapituliert. Combes und das Exekutivkomitee der Partei verhandeln mit Briand über eine Annäherung! Herr Bérenger hat, wohl nicht ohne Auftrag, aus der Schule geschwätzt und der „Rappel“ bestätigt seine Enthüllung in einem Entrüstungsausbruch, worin selbst der herkömmliche Respekt vor dem „Vater“ des streitbaren Antikerikalismus empfindlich zu kurz kommt. Aber sein Jorn drückt nur seine Ohnmacht aus. Die Feuerprobe, an der er zerrt, ist in Wahrheit die Lotenglocke für den Radikalismus, der da, schon arg verwest, in die Grube fährt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar 1911.

Geschworenengerichte für die Presse und Lehrer als Schöffen und Geschworene.

Aus dem Reichstage, 10. Februar. Zunächst kam es zu der verschobenen Abstimmung über die Zusammenfassung der Strafkammern. Der sozialdemokratische Antrag auf die Bildung der Kammern durch eine Richter und vier Schöffen wurde abgelehnt. Dagegen wurde der fortschrittliche Antrag auf zwei Richter und drei Schöffen in namentlicher Abstimmung mit 175 gegen 145 Stimmen angenommen. Damit ist auch für Berufungssachen die Mitwirkung von Laienrichtern vorgesehen.

Wiederum nur um einige Paragraphen weiter wurde dann die zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes gebracht. Bei zwei Fragen kam es dabei zu eingehenderen Auseinandersetzungen. Zunächst bei dem sozialdemokratischen Antrag, die Preßdelikte den Geschworenengerichten zu überweisen, für den die Genossen Stücklen und Stadthagen durch Vorbringung umfassenden Materials eintraten. Sie verwiesen aus dem reichen Schatze ihrer Erfahrungen, die gerade sozialdemokratische Redakteure in Preßprozessen eingeholt haben, daß bei Geschworenengerichten für die Presse durchsichtlicher immer noch mehr Verständnis zu finden ist, als bei den Berufsrichtern. Aber diese Argumente halfen natürlich nichts bei der Mehrheit. Der Antrag wurde abgelehnt.

Eine lebhaftere Auseinandersetzung gab es dann bei der Frage, wie die Geschworenengerichte zusammengesetzt, oder vielmehr welche Bevölkerungsklassen vom Geschworenen-dienst ausgenommen werden sollen. Die Regierung wünschte die Volksschullehrer von diesem Dienst fernzuhalten. Anfangs war auch unter den Parteien der Rechte und beim Zentrum große Reizung dafür vorhanden. Mittlerweile sind aber zahlreiche Petitionen aus Lehrerkreisen eingelaufen, in denen die Zulassung zum Geschworenendienst verlangt wird. Es stellte sich nun im Laufe der Verhandlung, in die auf unserer Seite die Genossen Frohme und Stadthagen nachdrücklich eingriffen, heraus, daß alle bürgerlichen Parteien sich den Lehrwünschen anbequem haben. Dabei kam es zu erregten Zusammenstößen zwischen den Konservativen, vertreten durch Dr. Diederich Hahn, und den Fortschrittlichen, da sie sich gegenseitig vorwarfen, daß sie nur Verherrlichung für die bevorstehenden Wahlen treiben.

Bei der Abstimmung ergab sich dann, daß die Zulassung der Volksschullehrer zum Schöffen- und Geschworenendienst gegen eine Stimme angenommen wurde.

Am Sonnabend steht eine Interpellation Ranitz wegen der Zulassung ausländischer Wertpapiere auf deutschen Börsen auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Freitag zunächst die erste Lesung des Zweiverbandsgesetzes für Groß-Berlin. In der Debatte vertrat Abg. Hammer (L) die Wünsche des Kreises Teltow, während der Eisenberger Bürgermeister Gietzen sich zum Sprecher der auf eine Verteilung der Volksschulstellen hingelenden Wünsche der Ämlichen Vororts machte. Beiden Endes erklärte sich Herr Gietzen auch bereit, das ganze Volksschulwesen, nicht nur die Kosten desselben, auf den Verband zu übernehmen, ein Vorschlag, der bekanntlich von sozialdemokratischer Seite ausgeht und den später der freisinnige Abgeordnete Dr. Eräger bekämpfte, weil er darin ein Stück Kommunismus erblickt. Eigenartige Anschauungen über das Wesen der Selbstverwaltung gab Abg. Graf Spee (B.) zum besten, als er vorschlug, dem König das Recht der Ernennung einer bestimmten Zahl von Mitgliedern der Verbandsversammlung zu gewähren. Da wäre es doch wohl richtiger, gleich von vornherein zu bestimmen, daß alle großjährigen Prinzen, ebenso wie sie dem Herrenhause angehören, auch geborene Mitglieder der Verbandsversammlung sind. Was dabei herauskommen würde, steht freilich auf einem anderen Blatt.

Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen, in der die Sozialdemokratie durch Genossen Dirsch vertreten ist.

Hierauf nahm das Haus den Antrag Red und Genossen betreffend Entschädigung von Tierbesitzern für veterinärpolizeiliche Sperremaßnahmen in der Fassung der Budgetkommission an. Auch unsere Genossen stimmten dafür; unsern Standpunkt zu motivieren, war uns freilich dank der wieder funktionierenden Schlußantragsmaschine nicht möglich. Genosse Hoffmann, der als Redner bestimmt war, mußte sich auf eine kurze Bemerkung zur Geschäftsordnung beschränken, worin er erklärte, daß wir nur unter dem Vorbehalt dafür sind, daß nicht Maßregeln im Sinne einer einseitig agrarisch Wirtschaftspolitik getroffen werden.

Nach Kenntnisnahme der Denkschrift über die staatliche Hilfsaktion aus Anlaß der Hochwasserschäden im Jahre 1909 vertagte sich das Haus.

Am Sonnabend werden erst einige kleine Vorlagen erledigt. Dann soll die Bezahlung des Etats des Ministerium des Innern beginnen.

Konservative Vergewaltigungsgelüste.

Das Scherblatt meldet, daß die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses einen Antrag vorbereitet, der den Zweck verfolgt, den sozialdemokratischen Mitgliedern des Hauses die ihnen bis jetzt eingeräumten Rechte einer Fraktion zu nehmen.

Diese Meldung enthält nichts Neues. Bekanntlich sind die konservativen Parteien ja in einen Boykott des Senorenkonvents eingetreten, durch den sie die Sozialdemokratie aus dem Senorenkonvent hinausdrängen möchten. Die konservativen möchten die Sozialdemokratie aber darüber hinaus auch aus sämtlichen Kommissionen hinausdrängen, ja ihnen womöglich sogar das Recht nehmen, bei den Debatten des Plenums in dem Umfang zu Worte zu kommen, wie das bisher der Fall war. Es fragt sich nur, ob ein Teil des Zentrums oder der Nationalliberalen bereit sein wird, diese Vergewaltigung der Sozialdemokratie mitzumachen. Die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses selbst steht den Zerteilungen sehr kühl gegenüber. Wenn es die Mehrheit des Junker- und Heerparslaments gelüftet, sich vor aller Welt eine neue schwere Blamage zuzuziehen, mag sie dem konservativen Drängen nur nachgeben. Was die Herren dabei gewinnen, wird sich ja dann schon zeigen!

Zentrumstaktik.

Die Kommissionsverhandlungen über den Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen veranlaßten uns schon gestern zu der Vermutung, daß die Zentrumspartei an Furcht vor dem Abfall eines Teiles ihrer reichsständischen Gefolgschaft in der Elsaß-Lothringischen Verfassungsdiskussion eine oppositionelle Schwächung zu unternehmen gedenkt. Die Kommentare, die einige Zentrumblätter sich zu den gestrigen Verhandlungen in der Reichstagskommission leisten, bestätigen diese Vermutung. So schreibt die „Köln. Volksztg.“:

„Gewisse Verdächtigungen nach der Rede des Freiherrn v. Hertling, als ob zwei Richtungen in der Fraktion vorhanden seien, als ob der Fraktionsvorsitz die Wünsche der Elsaß-Lothringer unterdrücken würde, werden jetzt endgültig verstimmen müssen. Das Zentrum hat mit seinen Anträgen diese eindrucksvollen Mehrheitsbeschlüsse der Kommission erreicht. Die Nationalliberalen und selbst die Sozialdemokraten verzichteten zugunsten der Zentrumsanträge auf ihre eigenen und stimmten dafür, wenigstens zum Teil.“

Das Elsaß-Lothringische Volk aber kann aus der heutigen Kommissionsitzung und aus der Stellungnahme des Zentrums wieder einmal erkennen, was von den Heereten gegen das Zentrum zu halten ist. Herr v. Hertling hatte sicherlich nicht anders gesprochen wie der Abg. Vonderheide, dessen Rede und entscheidende Ausführungen auch von der gescheiterten Presse anerkannt worden sind. Das Zentrum wird nur der Vorlage zustimmen, wenn sie wirklich dauernde Verbesserungen dem jetzigen Zustand gegenüber bringt. Davon werden auch die weiteren Anträge und Beschlüsse in der Kommission Zeugnis geben. Die heutigen Kommissionsbeschlüsse haben bereits über die Wünsche des Reichstages Klarheit geschaffen. Das weitere hängt von der Haltung des Bundesrats ab.“

Das Zentrum will also, um das „Elsaß-Lothringische Volk“ von seiner politischen Zuverlässigkeit zu überzeugen, auf der linken Seite kämpfen. Die Frage ist nur: „Wie lange?“ Die gestrige Lesung des Entwurfs war die erste — bis zur dritten lassen sich noch manche Mühe- und Borwärtschreitungen vollziehen.

Ein Muster-Nationalliberaler.

Die Nationalliberalen Schleswig-Holsteins stehen auf dem äußersten rechten Flügel der nationalliberalen Partei. Sie haben deshalb bis jetzt auch alles Liebeswerben der Fortschrittspartei nach einem Zusammengehen bei der kommenden Reichstagswahl abgelehnt. Trotz der starken bündlerischen Reigungen der schleswig-holsteinischen Nationalliberalen hat ihnen die im Januar d. J. in Kiel stattgefundene Provinzialkonferenz des Bundes der Landwirte den Krieg bis aufs Messer erklärt, und es sind auch schon in zwei rein ländlichen Wahlkreisen (Oldenburg-Plön und Londern-Husum) den dem Landwirte sehr nahestehenden nationalliberalen Reichstagskandidaten besondere bündlerische Kandidaten gegenübergestellt worden. Auch im Wahlkreise Schleswig-Edenförde, den jetzt der mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählte freisinnige Buchdruckerbesitzer Spethmann-Edenförde im Reichstage vertritt, betrieb der Bund der Landwirte eine selbständige Kandidatur. Der Vorsitzende des Provinzialverbandes des Bundes der Landwirte, Graf Reventlow-Altenhof, legte sich sowohl in der Versammlung des Nationalen Wahlvereins für den Kreis Schleswig, wie in der Versammlung des Nationalen Wahlvereins für den Kreis Segeburg (beides Kreise des rechten Blockes) stark für eine eigene Kandidatur des Bundes der Landwirte ins Geschick. Aber der Reichstagskandidat der Nationalliberalen, Hofbesitzer Mattsen-Steinfeld, der den Kreis schon einmal im Reichstage vertreten hat, schlug alle Bedenken der Bündler wieder. Er gab nicht nur das Versprechen ab, daß er sich in der nationalliberalen Fraktion keinem Fraktionszwange fügen werde, wenn diesem Fraktionszwange bündlerische Interessen entgegenständen, er erklärte auch, daß er für einen Zoll auf Milch, Rohm und Gartenprodukte eintreten werde, um so die noch bestehenden Lücken des Zolltarifs zu beseitigen. Das sei schon nötig aus finanziellen und Gerechtigkeitsgründen.

Das schlug durch, und die Bündler sahen von einer eigenen Kandidatur ab. Warum sich Herr Mattsen wohl noch nationalliberal nennt? Allem Anscheine nach hofft er damit bei der Wahl noch Dumme zu fangen, denen die Firma Bund der Landwirte doch schon etwas anständig erscheint. Von solchem Nationalliberalismus aber eine Bekämpfung des schwarz-blauen Blockes zu erwarten, ist eine lächerliche Illusion.

„Schutz der nationalen Arbeit.“

Wie die Schutzrolle auf Rohmaterial die Weiterverarbeitung schädigen, illustrierte noch den Mitteilungen des Handelsvertragsvereins der Direktor der Mannheimer Schiffswerft, Blümke, in der dritten Generalversammlung des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller am 22. Januar in Mannheim durch folgende Angaben:

Die rheinischen Walzwerke fördern den holländischen Schiffbau zum Nachteil der deutschen Werkstätten. Um 25 bis 28 Rm. für die Tonne liefern die deutschen Eisenindustriellen das Rohmaterial billiger ans Ausland als der heimische Industrie. Bis 1910 wurden auf holländischen Werften 2188 Schiffe für deutsche Rechnung gebaut und 76 355 000 Rm. wanderten dafür über die Grenze. Das ist antinational. Die Holländer haben mit diesem Gelde Hypothekendarlehen gegründet und beleihen Rheinische, um ihren Werften Arbeit zu verschaffen. Aus dieser Praxis erklärt sich die ganze Misere der Rheinschiffahrt.

Lehrermangel in Preußen.

Die preussische Unterrichtsverwaltung hat in einer Verfügung die Klassenfrequenzen in den Präparanden-Anstalten mit dem Hinweis darauf neu geregelt, daß in der letzten Zeit der Lehrermangel zurückgegangen, ja in einzelnen Provinzen ein Ueberschuß an Schülern abgeworben eingetreten ist. Zunächst scheint also nach dieser amtlichen Feststellung die Lehrerbildung doch von größerem Einfluß auf die Befestigung des Lehrermangels gewesen zu sein, als dieselbe behörde — im Gegensatz zur Lehrerschaft und zur Mehrheit des Abgeordnetenhauses — früher zugeben wollte.

Leider oder lieber die Nachrichten aus einigen Gegenden Preußens in tristem Widerspruch zu der Auffassung, daß ein Ueberschuß an Lehramtsbewerbern vorhanden sei. Dafür nur einige Beispiele. Der Bezirk Oppeln hatte im Jahre 1910 für 7178 Klassen mit 434 656 Schülern nur 6345 Lehrende, so daß in diesem Landesteile auf jede Klasse 69, auf jeden Lehrer aber 69 Schüler kamen und 633 Klassen eine eigene Lehrkraft einbringen mußten. Im Bezirk Posen waren für 4325 Klassen sogar nur 2903 Lehrkräfte vorhanden. Hier war z. B. im Kreise Sagan die Differenz so groß, daß 68 Schulen mit 203 Klassen nur 436 Lehrende besaßen, mithin 67 Klassen, also an jeder Schule durchschnittlich eine volle Klasse keinen Lehrer hatten. Der Kreis Kempen, Provinz Brandenburg, zählte unter 106 Landschulen mit einem Lehrer 13 mit über 70 (bis hinauf zu 105) Schülern. Nach einer Erklärung des Kreisamtsleiters waren in Dortmund von 176 katholischen Lehrstellen 70 unbesetzt. In dem Dorfe Wandlitz, vor den Toren Berlins, müssen 2 Lehrer zusammen 170 Schüler unterrichten und die Regierung zu Potsdam hat die Anstellung eines dritten Lehrers abgelehnt. In Hennigsdorf bei Trebnitz, Bezirk Breslau, mußte ein Lehrer in einem einzigen Raume seit Jahren eine zwischen 130 und 150 schwankende Zahl von Kindern ganz allein unterrichten, bis er jetzt erklärte, er sei mit einer Kraft zu Ende.

Journalistenstreik.

Im Elsaß-Lothringischen Landesauschuss kam es, wie aus Straßburg gemeldet wird, gestern nachmittag gelegentlich der Besprechung des Verfassungsreformantrages Blumenhals und Genossen zu einer außerordentlichen Sitzung.

Als der Abgeordnete Justizrat Freyh-Colmar den Abgeordneten Wetterlö gegenüber gewissen Angriffen in der Presse, namentlich in der „Frankfurter Ztg.“ und in der „Straßburger Ztg.“ in Schutz zu nehmen suchte, bezeichnete er im Laufe seiner Angriffe den diesigen Vertreter der „Frankfurter Ztg.“ als Preßbanditen worauf sämtliche Journalisten ihre Tätigkeit einstellen und einmütig die Tribüne verließen. Erst als der Präsident v. Jaumez das Wort ergriff, um die seitens des Abgeordneten Freyh gefällene Beleidigung gegenüber der Presse zu bedauern und zu erklären, daß Freyh entschieden zu weit gegangen sei, traten die Vertreter der Presse wieder ein, um ihre Tätigkeit im Interesse der Öffentlichkeit wieder aufzunehmen. Auch der Abgeordnete Wetterlö, bekanntlich selber Journalist, bezeichnete den seitens des Kollegen Freyh gefällenen Ausspruch als nicht am Platze, wenn auch vielleicht durch die Erregtheit des Redners entschuldigbar. Herr Freyh selbst hielt es nicht für nötig, sich zu entschuldigen.

„Kreuz-Zeitung“ Weisheit.

Eine kurtlose Auseinandersetzung leistet sich im heutigen Morgenblatt die ehrsame „Kreuz-Zeitung“, das Spezialorgan der Herren v. Seydewitz, Röcher u. dergl. Das sich stets als beste Kennerin der politischen Parteiverhältnisse ausweisende Blatt nimmt nämlich auf eine Landesversammlung der nationalliberalen Partei Rastatt Bezug, in der der bekannte nationalliberale Kommerzienrat Wartling eine lange Rede gehalten hat und kommentiert dessen Ausführungen folgendermaßen:

Wozu soviel Worte? Wartling hätte einfach erklären können: wenn die nationalliberalen Kandidaten nicht in die Stichwahl kommen, dann stimmen ihre Anhänger für den sozialdemokratischen Kandidaten. Und mit solchen Drohungen wollen sie sich unter Mißbrauch der „nationalen Phrase“ die konterkarante Hilfe erzwingen. Der Redner machte allerdings ein Zugeständnis — ein etwas kurtloses Zugeständnis —, indem er bemerkte, der Bund der Landwirte, dem er selbst angehört, verfolge keine politischen, sondern gleich dem Handbunde nur wirtschaftliche Zwecke. Beide müßten zusammenarbeiten und sich nicht bekämpfen. Und trotz dieser legerischen Andeutungen ist Wartling offizieller Kandidat der Nationalliberalen? So ist es! Man hat hier ein Auge zugeknipft; denn der Wiesbadener Wahlkreis wird gegenwärtig von dem aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion herausgedrängten Abgeordneten Lehmann vertreten, und um diesen auszumergen, gelten alle Mittel. Da ist es selbst dem Bunde der Landwirte gestattet, gemeinsam mit dem Handbunde für die Wahl Wartlings sich ins Zeug zu legen.

Welchen Wert dieses Geschwätz hat, ergibt sich schon daraus, daß der Abgeordnete, der heute im Reichstage Wiesbaden vertritt, zwar Lehmann heißt, aber nicht nationalliberal ist, sondern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angehört, und daß ferner die „Kreuz-Ztg.“ diesen Abgeordneten einfach mit dem in Jena gewählten Gutsbesitzer Paul Emil Lehmann verwechselt.

Richtige Auslegung des Vereinsgesetzes.

In Wolfshagen (Braunschweig) war eine Versammlung einberufen worden, um für die Verbände der Landarbeiter, Stein- und Fabrikarbeiter Mitglieder zu werben. Sie war der Ortsbehörde nicht gemeldet worden, weil sie nicht als öffentliche politische, sondern als gewerkschaftliche Veranstaltung gedacht war. Die Veranstalter und Leiter erhielten darauf einen Strafbefehl wegen Verletzung des Vereinsgesetzes. Der Einspruch hatte den Erfolg, daß das Schöffengericht in Lutter a. W. die Angeklagten freisprach.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Referent in der Hauptsache die großen wirtschaftlichen Ereignisse des Jahres 1910 besprach, die einseitige Stellungnahme der Polizei bei Lohnkämpfen und bei den Wahlrechtsdemonstrationen in Braunschweig kritisierte. Das Gericht kam aber gleichwohl zu der Auffassung, daß die Versammlung keine öffentliche politische war; daß eine politische Angelegenheit in einer gewerkschaftlichen Versammlung kurz besprochen werde, vermöge den Charakter derselben nicht zu ändern. Es komme nicht darauf an, was in der Versammlung tatsächlich erörtert werde, sondern ob der Veranstalter eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten abhalten wollte. Ein in der fraglichen Versammlung verbreitetes politisches Flugblatt sei ohne Wissen und Willen des Leiters an die Versammlungsbesucher abgegeben; dies könne den Charakter der Versammlung ebenfalls nicht ändern.

Fortschrittlicher Wahlantrag.

Die Fortschrittliche Volkspartei des Abgeordnetenhauses hat einen Initiativantrag auf Annahme eines Gesetzes betreffend Einführung der geheimen Abstimmung bei den Gemeindevahlen eingebracht. Nach diesem Gesetzentwurf sollen die Wahlen zu den Gemeindevereinigungen in Stadt- und Landgemeinden in geheimer Abstimmung stattfinden und zwar nach der für die Ausübung des Reichstagswahlrechts geltenden gesetzlichen Vorschriften. Das Gleiche soll gelten für die Wahl der Bürgermeister, Magistratsmitglieder, Gemeindevorsteher, Schöffen und sonstigen Mitglieder der Gemeindeverbände, soweit diese Wahl nach den bestehenden Vorschriften durch die wahlberechtigten Gemeindeglieder unmittelbar erfolgt.

Bankbeamten und Pensionsversicherungsentwurf.

In Berlin nahm am Donnerstag eine stark besuchte Versammlung der Berliner Bankbeamten zu dem Entwurf über die Pensionsversicherung der Privatangestellten Stellung. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Versammlung erklärt einmütig, daß sie in dem Regierungsentwurf zur Staatsversicherung der Privatangestellten eine Lösung der bedeutenden sozialpolitischen Aufgabe nicht erblicken kann. Namentlich hat die Stellung des Entwurfs zur Frage der Zulassung von Ersatzinstituten die Bankbeamten schwer enttäuscht, und die Versammlung erhebt gegen die betreffenden Bestimmungen nachdrücklich Einspruch. Wenn dieser Entwurf-Gesetz werden sollte, dann würde einer großen Zahl von Angestellten die Möglichkeit einer besseren Alters- und Invalidenversorgung, als die Staatskasse in Aussicht stellt, ohne zwingenden Grund genommen, mindestens aber erheblich verteuert.“

Kleinliche Angriffe.

Durch die unanständige bürgerliche Presse wandert eine der ganzen Aufmachung nach vom Reichverband gegen die Sozialdemokratie stammende Notiz, in der es nach einem häßlichen Angriff auf Stadthagen heißt:

„Von einem anderen Stern am Himmel der sozialdemokratischen Adolfsnar, dem Abg. Viehnecht, hat jetzt eine als Jungin im Offener Kaiserdelegierten-Prozess vernommene Frau unter Eid ausgesagt, daß er ihr einst 80 Rm. Honorar abgenommen habe, zum Termin aber überhaupt nicht erschienen sei.“

Genosse Dr. Karl Viehnecht sendet uns hierzu folgende Erklärung:

Es handelt sich um eine Straffache gegen Nordmann und Genossen: In dieser Sache fand Hauptverhandlungstermin am 29. Januar 1907 vor dem Amtsgericht Weihenstephan an, demjenigen Amtsgericht in der näheren Umgebung Berlins, das am unbequemsten zu erreichen ist. Mit Rücksicht hierauf ist für die Vertretung

der Angeklagten im Vorverfahren und in der Hauptverhandlung der Berliner Verhältnisse normale Satz von 80 M. Honorar vereinbart worden. Die Angeklagte ist von meinem Bruder in der Hauptverhandlung vertreten worden. Allerdings ist mein Bruder etwas verspätet erschienen, was sich bei den zerrissenen Berliner Gerichtsverhältnissen vielfach nicht vermeiden läßt. Soweit jedoch die Beweisaufnahme schon vor seinem Erscheinen stattgefunden hatte, wurde sie nach seinem Erscheinen in den wesentlichen Punkten rekapituliert. Mein Bruder hat den Schlusswörter beigewohnt und selbst plädiert.

Wir haben gegen das verurteilende Erkenntnis Berufung eingelegt.

Am 4. Februar 1907 traf in unserem Bureau ein Schreiben der Angeklagten ein, in dem uns das Mandat gefälligst wurde, weil der Vertreter erst nach dem Urteilspruch gekommen sei. Im Schreiben vom 11. Februar 1907 wurde dem sofort widersprochen und mit anderem bemerkt: Ich habe der Beweisaufnahme beigewohnt, plädiert und, nachdem der Amtsanwalt erwidert, das Schlußwort erhalten.

Dem Schreiben wurde die Restliquidation über 3,45 M. beigefügt. Diese Liquidation ist unter dem 18. Februar von der Angeklagten anstandslos beglichen worden. Jegende eine Einwendung gegen das Schreiben vom 11. Februar hat die Beklagte nicht erhoben.

Dann ist der erhobene Vorwurf unbegründet. Insbesondere hatte ich mit den hier in Frage stehenden Vorgängen persönlich nicht das geringste zu tun. Ich habe nicht einmal Kenntnis von ihnen gehabt bis zu dem Augenblick, wo ich mich gegenüber den jetzigen Presseangriffen orientierte.

Die Mandanten in der Sache Rordmann und Genossen sind bereits im Februar 1907 der Angeklagten angeschlossen. Wir steht nur noch eine kleine Anzahl in einem sogenannten Netzt zusammengefaßter Schriftstücke zur Verfügung.

Ich hoffe, daß diese Sachdarstellung für die gesamte ansässige Presse zur Klarlegung hinreichen wird. Im übrigen erhebe ich gegen das Krioblat des Kreises Ostbavaria, das die Reichsverhandlungen auch gebracht hat, Privatklage.

Dr. K. Liebknecht.

Oesterreich.

Nationale Hochschulprobleme.

Wien, 9. Februar. Die Forderung der Italiener nach einer Universtität hat bekanntlich zu den wildesten Stürmen geführt. Die Regierung wollte aus Angst vor der Iredenta die Universtität nicht im italienischen Siedlungsgebiet errichten, die italienische Rechtsfakultät in Innsbruck wurde aber eines Tages von den deutschen Nationalen demoliert. Nun hat sich der Budgetausschuß endlich auf eine „Lösung“ geeinigt, die keine ist. Angenommen wurde nämlich ein Kompromißantrag Stedl, daß die italienische Fakultät vom Wintersemester 1911/12 ab provisorisch für vier Jahre in Wien errichtet, sodann in einem Ort des italienischen Sprachgebietes verlegt werden soll. Die Bestimmung der Regierungsvorlage, daß einzelne Vorträge auch in deutscher Sprache gehalten werden können, ebenso die Bestimmung, daß bei der Prüfung der Kandidaten die volle Kenntnis der deutschen Sprache näher zu stellen ist, wurde auf Antrag der Italiener abgelehnt, dagegen die Resolution Korofsch betreffend die Reglementierung der Agrarstudien und vorbereitende Maßnahmen für die Errichtung einer slovenischen Universtität angenommen.

Frankreich.

Für Durand.

Paris, 10. Februar. Der sozialistische Verband des Seine-Departements erteilte einen Aufruf, in dem er abermals in heftigen Worten die sofortige Freilassung Durands verlangt, da dieser, wenn er noch länger im Gefängnis bleibe, vom Wahnsinn bedroht sei. Gleichzeitig wird für morgen eine große Arbeiterversammlung einberufen, in der mehrere sozialistische Deputierte zugunsten Durands sprechen werden.

Eine Offiziers-Gewerkschaft.

Paris, 10. Februar. Dem „Journal“ zufolge hat eine Gruppe von Offizieren, die von der Pike auf gedient haben, ihre aus den Militärschulen von St. Maizent, Versailles und Saumur hervorgegangenen Kameraden aufgefordert, eine Vereinigung zum Schutze ihrer beruflichen Interessen zu bilden, da die letzte Beförderungsliste gezeigt habe, wie geringes Wohlwollen sie bei den Vorgesetzten finden.

Belgien.

Gefinnungsschnüffelei!

Brüssel, 10. Februar. In der Kammer gelangte heute die Interpellation des Sozialdemokraten Vertrand zur Beratung. Die Erkundigungen, die vom Kriegsministerium über die politischen Anschauungen der Rekruten eingezogen werden. Der Interpellant bekämpfte die Einführung dieser Maßregel und wies darauf hin, daß die Gendarmen, die meist mit diesen Erkundigungen beauftragt werden, nur ungenügend diese Spionage betrieben. Der Kriegsminister, der diese Erkundigungen zu rechtfertigen sucht, wird von Mitgliedern der Linken wiederholt unterbrochen. Der Minister behauptet, daß diese Maßnahme durch die von den Sozialisten betriebene Propaganda, durch welche die Rekruten zur Fahnenflucht und Wehrdienstverweigerung verleitet werden sollten, notwendig gemacht sei, um so den Eintritt unliebsamer Elemente in die Armee zu verhindern. Es handelte sich hierbei um die Lebensinteressen der Nation.

England.

Die Koldebatte.

London, 9. Februar. Bei der Fortsetzung der Debatte über das Zollpolitische Amendement der Opposition erklärte Premierminister Asquith, das Amendement bedeute einen Tadel nicht nur für die Regierung, sondern auch für die Wähler, welche die Regierung wiederum zur Macht berufen hätten. Er bestreite, daß Länder mit Schutzzöllen sich einen besseren Zutritt zu auswärtigen Märkten verschaffen könnten als Großbritannien. Es existiere kein Beweis für diese Behauptung der Opposition. Es sei ebenfalls nicht richtig, daß die Kolonien an die Tore des Mutterlandes angelockt und um Vorzugszölle gebeten hätten. Der Zollpolitische Plan der Opposition sei der größte politische Beitrag der modernen Zeit. Er bestreite ferner, daß ein System von Vorzugszöllen innerhalb des Reichs das Abkommen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten verhindert oder verzögert haben würde. Eine Verhinderung des Abkommens würde weder dem kanadischen noch dem britischen Volke zum Vorteil gereicht haben.

Als Folge erwiderte, der Unterschied zwischen der Opposition und der Regierung sei der, daß die Regierung die Kolonien nicht besser behandeln wolle als die fremden Länder, während die Opposition glaube, daß es für das Reich als politisches und ökonomisches Vorrecht sei, die Kolonien mit Selbstverwaltung besser zu behandeln als die fremden Länder.

Das Amendement wurde mit 324 gegen 223 Stimmen abgelehnt. Die Mitglieder der Arbeiterpartei und die Nationalisten stimmten mit der Regierung. Die Rationalisten haben sich bisher der Abstimmung über Zolltariff Fragen enthalten.

Rußland.

Zu den Studentennunnen.

Petersburg, 10. Februar. Aus maßgebenden Regierungskreisen erfährt der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, daß man gesonnen ist, mit äußerster Strenge in der Studentenangelegenheit vorzugehen. Hier und in anderen Hochschulstädten finden zahlreiche Verhaftungen statt.

Türkei.

Lodspielei.

Das in Paris erscheinende Organ der „radikalen ottomanischen Partei“, „Mescherutjet“ veröffentlicht — zum Teil im Kaffimile — zwei Dokumente, die das Lodspiel und die Beeinflussung der Justiz unter dem jungtürkischen System beweisen. — Kurze Zeit nach der Verurteilung der Verfassung hatte sich in Konstantinopel eine Vereinigung „Fedarakan-i-Mijet“ (Verband der der Nation Ergebenen) gebildet, die die Rechte der in die Heimat zurückgekehrten Exilierten verteidigen wollte. Dieser unpolitische Verein erregte aber beim Komitee „Einheit und Fortschritt“ Verdacht und dieses beschloß, sich seiner zu entledigen. Ein gewisser Fethi Bey wurde nebst anderen Personen seinesgleichen in den Verein hineindirigiert. Sie verschafften sich den Vereinseinstempel und setzten dann ein Schriftstück auf, das „beweisen“ sollte, daß der Verein eine Revolte, den Sturz des Komitees und die Ermordung der Gesandten zur Vorbereitung einer europäischen Intervention vorbereitet hätten. Dieses Dokument wurde im Vereinslokal gelassen, wo die Polizei prompt eine Hausdurchsuchung vornahm. Das Dokument wurde natürlich „gefunden“, worauf die gewünschten Verhaftungen vorgenommen werden konnten. Nach zweimonatlicher Untersuchungshaft wurde die Unschuld der Verhafteten und die Schuld Fethi Bays und seiner Spießgesellen nachgewiesen. — „Mescherutjet“ bringt nun zwei Briefe zum Ausdruck, die die Beeinflussung des Verfahrens zugunsten des Lodspieles illustrieren. Der erste ist an den Polizeipräfekten Sami Pascha gerichtet und hat Enver Bey, den berühmten „Freiheitshelden“, zum Verfasser. Er lautet:

Lieber Bruder!
Ich bitte Sie, Fethi Bey, den Ueberbringer meiner Karte, nicht verhaften zu lassen, denn er kennt die Frage bis in ihren Kern und außerdem ist er einer unserer Anhänger. Sie werden mich also erfreuen, wenn Sie sich nach dem Obigen richten. Bewahren Sie die strengste Diskretion und geben Sie ihm meine Karte zurück.

Der zweite Brief ist von Dr. Bahaeddin Schakir, einem führenden Komiteemitglied, an den Untersuchungsrichter Nihad Bey gerichtet. Sein Wortlaut ist:

Lieber Bruder!
Ich weiß, daß es nötig war, um der öffentlichen Meinung Genugtuung zu geben, Fethi Bey, einen unserer Freunde, der in die Affäre Fedarakan-i-Mijet verwickelt ist, provisorisch zu verhaften. Da wir uns aber die notwendigen Dokumente dank ihm und Niazim verschaffen konnten, haben die beiden uns große Dienste erwiesen. Darum ist es der Befehl des Zentralkomitees, ihre Unschuld zu proklamieren und sie in Freiheit zu setzen. Die Order des Komitees ist bereits dem Generalprokurator des Appellhofes und Sami Pascha telefonisch bekanntgegeben worden. — Ich bitte um Rückstellung dieses Briefes und bin usw.

Die Jungtürken scheinen, nach diesen Proben zu schließen, nicht nur von der deutschen Armee, sondern auch von der preussischen Polizei Instruktionen bezogen zu haben. In ihrer waldsprüngen Barbarei betreiben sie die Spitzelgucht und Richterbeeinflussung freilich noch weit gröber als die Zagow und Behmann Hölweg.

Amerika.

Die Revolution in Mexiko.

Die vor einigen Wochen verbreitete offizielle Mitteilung, daß die revolutionäre Bewegung in Mexiko beendet sei, scheint etwas verfrüht gewesen zu sein, angesichts der Tatsache, daß alle neueren Nachrichten von Siegen der Aufständischen über die Regierungstruppen melden. Die Revolutionäre sind siegreich in den drei nördlichen Provinzen Chihuahua, Sonora und Coahuila siegreich gewesen. Sie hätten auch die Hauptstädte dieser Provinzen einnehmen können, aber sie haben nicht genug Soldaten, um Garnisonen hineinzulegen, so verzichteten sie darauf.

Die revolutionären Führer sind auch der Meinung, daß diese Städte um so mehr revolutionäre Rekruten liefern, je länger sie in der Gewalt der Regierung bleiben, weil die Unzufriedenheit die Bürger in die Reihen der Aufständischen treibt. Diaz hat alle Truppen, die er entbehren konnte, nach den nördlichen Provinzen geschickt, so daß die südlichen Provinzen fast von Soldaten entblößt sind. Die verflachten Landarbeiter, wahrhafte moderne Leibeigene, werden diese Gelegenheit benutzen, um sich der revolutionären Bewegung anzuschließen.

Genosse Josh-London, der berühmte amerikanische Schriftsteller, ist an der Spitze einer Freiwilligenchar nach Mexiko gegangen.

Das Generalstabsquartier der Aufständischen ist in Los Angeles, wo die Genossen Villareal und Magoon die „Regeneracion“, eine sozialistisch-revolutionäre Zeitung, herausgeben. Diaz hat noch einmal die amerikanische Regierung um Intervention gebeten.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag des Deutschen Arbeiter-Absinenten-Bundes (Joh. Michaelis, Berlin S.O. 18, Engelauer 10) erschien: Albert Rohn, Arbeiterversicherung und Alkoholismus. 23 Seiten. Preis 30 Pf.

Billige Ausgabe, Preis 10 Pf. 100 Exemplare 8,25 M., 500 27,50 M., 1000 70 M., inklusive Porto.

Der Reichsverband, Nationale Zeitung zur Vernichtung der Sozialdemokratie, bestellt sich eine Soeben im Verlage von H. Brel u. Co. m. b. H. in München erschienene illustrierte Festschrift, die die Bestrebungen des Reichsverbandes und aller anderen Scharfmacher in Wort und Bild der verdienten Scharlichkeit auslieferet. Der Preis beträgt 10 Pf.

Aus den Organisationen.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereines Frankfurt a. M. wurde mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl im letzten Halbjahr um 528 gewachsen ist. Der Mitgliederstand ist 7455,

darunter sind 587 weibliche Mitglieder. Das vierte Quartal brachte eine Erntnahme von 18 268,59 M., gegen 11 288,10 M. im dritten Quartal.

Folgen des Gewerblichkeitsstreits in Oesterreich.

Charakteristisch für die unheilvollen Verhältnisse, die der Kampf der tschechischen sozialdemokratischen Partei gegen die Einseitigkeit der Gewerkschaften heraufbeschworen hat, ist der folgende Flugzettel, der jetzt von den Zentralisten in Brünn herausgegeben wird. Er lautet:

In den Frangern!

Arbeiter! Genossen! In dem uns aufgezungenen Kampfe um die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation haben sich in Brünn längst wieder Dinge abgespielt, die so unerhört sind, daß kein ehrlich denkender Arbeiter zu ihnen schweigen darf. — Arbeiter, höret und richtet! Am 18. Januar l. J. fand in Brünn eine Plenarversammlung der Fabrikvertrauensmänner der auf internationaler Grundlage organisierten Arbeiterchaft statt. 300 Vertrauensmänner waren versammelt. Vertrauensmänner, die früher so oft zusammengekommen waren, um über die Kämpfe der Arbeiterchaft gegen die Ausbeuter und die bürgerlichen Parteien zu beraten. Diesmal waren sie zusammengetreten, um für ihre Genossen einzutreten, deren Existenz durch Banek und Tuzar vernichtet worden war. Und da geschah nun das Unerhörte und Ungehörige: Der Landtagsabgeordnete Banek telephonierte aus der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse um die Polizei! Diese Schandtat vermag er nicht zu leugnen. Er ist ihrer überwiesen und muß sich den entehrenden Vorwurf ins Gesicht schleudern lassen, daß er als angeblüher Arbeitervertreter die Polizei, das Werkzeug der Herrschenden, gegen die Arbeiter zu Hilfe gerufen hat!

Arbeiter! Lehnt sich nicht Euer proletarisches Ehrgefühl gegen diesen Vubenstreich auf? Ihr dürft diese Schandtat nicht ruhig hinnehmen! — Banek hat ein für allemal das Recht verweigert, sich ein Vertreter der Arbeiter zu nennen!

Arbeiter! Denket daran! Vergeht auch nicht, daß der Helfershelfer Baneks, der Redakteur der „Kobnoh“, Tuzar es ist, der gemeinsam mit Banek den Bruderkrieg unter der Arbeiterchaft entzündet und geschürt hat. Eure proletarische Ehre muß Euch gebieten: Weg mit Banek! Weg mit Tuzar! Die vereinigten Korporationen der sozialdemokratischen Partei während.

Die Versammlung der Vertrauensleute galt der Abwehr von unerhörten Maßregelungen, durch die Banek die zentralistisch gestimmten Angehörigen der Krankenkasse aus Lohn und Brot gedrückt hätte. Um die Aktion der Zentralisten zu verhindern, rief Banek die Polizei zu Hilfe! Woi Teufel!

Soziales.

Habt acht bei Kautionsstellung!

Der angeblich sehr wohlhabende Hippodrombesitzer Gleich suchte mittels Anseter in der Tagespresse einen Kassierer oder Kassiererin. In der Person der Frau N. fand sich auch eine Bewerberin, die allen Anforderungen entsprach und vor allem auch kautionsfähig war. Das Unternehmen war nach den Angaben des Besizers ein sehr großes. Unter den Klängen einer Musikkapelle laufen dort sieben Pferde, und 300-400 M. Kasse würden täglich gemacht. Daß die Kassiererin da auch genügende Sicherheit bietet, sei erforderlich. Wegen Stellung einer Kautions von 200 M. kam das Engagement zustande. Die Kassiererin fand sich denn auch pünktlicher als nötig zu der verabredeten Zeit zum Dienstantritt ein. Sie war jedoch nicht wenig erstaunt, als sie anstatt des ihr geschilderten riesigen Unternehmens nur ein winzig kleines fest vorfand. Von der Musikkapelle und von Pferden war auch nichts zu sehen. Das Gartenlokal, in dem das Hippodrom stand, war vollkommen leer von Gästen, so daß also jene feierlichste Tagesveranstaltung, von der beim Engagement geredet wurde, absolut nicht zu erwarten war. Die Kassiererin fühlte sich infolge dessen um die Kautions gestellt. Ihr vergebliches Verlangen nach der Entlassung entging auch dem „wohlhabenden“ Arbeitgeber nicht. Unter allerhand Vorwänden bemühte er sich, ihr die Kautions zu erklären. Doch ihr einmal erwaches Vertrauen wollte nicht weichen, so daß der Unternehmer schließlich die Sache bündig machte und zu ihr sagte: „Es ist besser, Sie fangen gar nicht erst an, wenn Sie ein solches Geschäft machen, kann ich kein Geschäft machen, denn da gtaulen sich ja die Kunden.“ Erfreut, auf so bequeme Weise mit diesem Arbeitgeber wieder auseinander zu kommen, stimmte Frau N. zu, und das Arbeitsverhältnis wurde im beiderseitigen Einvernehmen gelöst. Von der Kautions erhielt sie jedoch nur 100 M. zurück, die restlichen 200 M. behielt der „wohlhabende“ Hippodrombesitzer ein, weil ihm durch die infolge des Verhaltens der Kassiererin fruchtlose Lösung des Arbeitsverhältnisses ein Schaden in dieser Höhe erwachsen sei. Mit dem „Geschäft“ war Frau N. natürlich nicht einverstanden. Sie wandte sich hilfesuchend an das Gewerbegericht, wo die Sache gestern vor der Kammer 6 unter Vorsitz des Magistratsassessors Dreuer zur Verhandlung kam.

Der Beklagte wurde zur Rückzahlung der 200 M. verurteilt, weil der Schaden, den er gehabt haben will, weder näher substantiiert noch nachgewiesen werden konnte und den Anschein der Wahrheit nicht für sich hat. Das Urteil wird aber der Klägerin wenig nützen, denn der Beklagte dürfte jedem Pfändungsversuch Kapitalmangel entgegenhalten.

Wer sich vor Schaden bewahren will, übe die größte Vorsicht bei Kautionsstellungen. Diese Mahnung muß immer wieder wiederholt werden.

Nur ein Schönheitsfehler.

Der Tischlerlehrling Walter A. hatte am 26. August 1908 durch Betriebsunfall einen Bruch der rechten Hand erlitten. Die Bruchstücke der Mittelhandknochen der vier dreigliedrigen Finger waren in leichter Verkettung aneinandergeheilt. Die Norddeutsche Holz-Versicherungsgesellschaft gewährte dem Verletzten nach Beendigung des Heilverfahrens — vom 20. Februar 1909 — eine Rente von 30 Proz. Durch Beschluß vom 24. März 1910 wurde die Rente mit dem 1. April 1910 aufgehoben, weil die Unfallfolgen bis auf die unweiseliche Behinderung der Streckung in den Mittelgelenken des rechten Mittels-, Ring- und kleinen Fingers beseitigt und eine „Anpassung und Gewöhnung an den Zustand“ eingetreten sei. — Der Vater des Verletzten legte gegen den Beschluß der Norddeutschen Holz-Versicherungsgesellschaft beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtfriedrichsberg, Berufung ein. Er führte u. a. aus, infolge der Verletzung und der dadurch erfolgten Verbindung der rechten Hand habe sogar das Lehrverhältnis gelöst werden müssen.

Indessen die Spruchkammer des Schiedsgerichts unter dem Vorsitz des Regierungsrats Herrn v. Darling wies die Berufung zurück. Im Verhandlungstermin war die rechte Hand durch den Vertrauensarzt Herrn Geh. Rat Dr. Becker untersucht, und dieser Sachverständige betradtete die Verbindung der rechten Hand als „Schönheitsfehler“ und hielt eine Erwerbsbehinderung nicht mehr für vorliegend. Und das, wiewohl die rechte Hand harter Schweiß absondert, die Muskulatur des rechten Armes nur die gleiche Maße wie der linke Arm aufweist, das physiologische Uebermaß, das bei einem Rechtsänder vorhanden sein muß, also fehlte! Wegen das Urteil rekurrierte der Vater des Verletzten beim Reichsversicherungsamt.

Der Rekurs hatte Erfolg. Der erkennende Senat des Reichsversicherungsamtes hob das Urteil des Schiedsgerichts auf und verurteilte die Versicherungsgesellschaft, dem Kläger vom 1. April 1910 ab eine Rente von 15 Proz. zu zahlen.

Der erkennende Senat vermochte sich durch die Augenheilmahme davon zu überzeugen, daß die Unfallfolgen keineswegs beseitigt sind.

Die Reichsversicherungsordnung will bekanntlich das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz beseitigen. Zum Schaden der Arbeiter. Wie notwendig die Rekursinstanz ist, damit der Verletzte zu seinem Rechte gelangt, beweist der vorliegende Fall.

Gewerkschaftliches.

Das Arbeitskammergesetz und die Eisenbahner.

Das Reichskartell der christlichen Verbände der Unterbeamten und Arbeiter staatlicher Lehranstalten (Sitz Elberfeld) hat folgende Eingabe an den Reichstag gelangen lassen:

Der Hohe Reichstag wolle anlässlich der Beratung des Arbeitskammergesetzes beschließen, die Verbänden der Regierungen zu erlauben, den Eisenbahnhandwerkern und Arbeitern in Werkstätten, Betrieb und Bahnunterhaltung der Reichs- und Staatsbahnen, den Post- und Telegraphenarbeitern, wie auch den Militärarbeitern und den sonstigen Staatsarbeitergruppen, falls diese nicht dem Arbeitskammergesetz unterstellt werden, durch Ausbau und Zentralisation der schon bestehenden Arbeiterausschüsse in den Staatsbetrieben, eine die Arbeitskammern ersetzende gesetzliche Ständevertretung zu geben.

Auf die bereits im März 1910 dem Hohen Reichstag durch ein Mitglied desselben übermittelte Petition nebst ausführlicher Begründung des Zentralverbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter wird ergebenst verwiesen.

Ehrerbietig:
Reichskartell der Verbände der Unterbeamten und Arbeiter staatlicher Lehranstalten.
J. A.: Wiltz, Gutsche, Elberfeld."

Obgleich der Minister v. Breitenbach im vorigen Jahre mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß die Regierung die Arbeiterausschüsse nicht weiter ausbauen werde und kein Interesse an der Zentralisation der Arbeiterausschüsse habe, obgleich also das Reichskartell der christlichen Staatsarbeiter weiß, daß an einen weiteren Ausbau der Arbeiterausschüsse vorläufig noch nicht zu denken ist, tritt diese Organisation in dem Augenblick mit solchem Wunsche hervor, wo die Regierung das Arbeitskammergesetz als unannehmbar erklärt, wenn auch die Eisenbahner dem Gesetz unterstellt werden sollen. Mit dieser Eingabe hat das christliche Staatsarbeiterkartell dem Zentrum eine goldene Brücke gebaut und ihm den Umfall bei der Abstimmung im Reichstage wieder recht leicht gemacht. Es ist die zentrumschristliche Interessenvertretung der Eisenbahner.

Schlimmer noch als der christliche Berrat ist der vom Verband der Eisenbahnhandwerker und Arbeiter (Sitz Berlin, früher Trier) geleitete Berrat an den Interessen der Eisenbahnarbeiter. Wegen der Unterstellung der Arbeiter in den Werkstätten und Nebenbetrieben der Staatseisenbahnen schreibt das Organ dieses Verbandes:

„Die Regierung hält diese Forderung der Kommission für unannehmbar. Wir können sagen: Gott sei Dank, denn die größere Mehrzahl der Kollegen, soweit sie im Betriebe beschäftigt sind, wäre von diesem Gesetz ausgeschlossen worden!“

Weil also die Kommission nicht auch zugleich die Betriebsarbeiter dem Arbeitskammergesetz unterstellen wollte, „Gott sei Dank!“ auch die Werkstattarbeiter und alle sonstigen in den Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter diesem Gesetze nicht unterstellt werden. Das ist eine Logik, die nur der verstehen kann, der auch die Beweggründe der Trier-Berliner Drahtzieher kennt. Der Trier-Berliner Eisenbahnerverband ist das Schloßkind des Ministers v. Breitenbach. Es ist dies derselbe Verband, dessen Vertreter am 13. Dezember vorigen Jahres zur Eisenbahndirektion Berlin geladen waren. Es wurde behauptet, daß sie dort eine Verwarnung erhalten hätten. Das Verbandsorgan schreibt darüber:

„Das ist natürlich unannehmbar und völlig auf der Luft gegriffen! Der Herr Präsident hat mit den Mitgliedern unseres Zentralverbandes leblichst Fragen allgemeiner Natur, die die Verbandsleitung und unsere Zeitung betreffen, besprochen. Er hat auch Mitteilungen gemacht über eventuelle Lohnerhöhungen und über den Urlaub der Bahnunterhaltungsarbeiter.“

War das keine Verwarnung, so war es doch zum mindesten eine Direktive, die sich der Vorstand vom Direktionspräsidenten erteilen ließ. Die Organisation, die dieser Vorstand vertritt, umfaßt etwa 90 000 Mitglieder, das ist nahezu der dritte Teil der preussischen Eisenbahnarbeiter. Wäre es den Leitern dieses Verbandes Ernst mit der Vertretung der Arbeiterinteressen, dann hätten sie eine Petitionsbewegung zugunsten der Unterstellung der Eisenbahnarbeiter unter das Arbeitskammergesetz eingeleitet. Die Unterfütterung aller Eisenbahnarbeiter, auch der in anderen Verbänden organisierten, wäre ihnen sicher.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Bei der Firma Henschel u. Co., Neuenburger Straße, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist gesperrt. Die Firma sucht durch den Nachweis der Metallindustriellen Arbeitswillige zu erhalten und gibt sich dieser Nachweis resp. der Leiter derselben, Herr Dr. Rose, auch alle erdenkliche Mühe, der Firma in ihrer Bedrängnis beispringen. Dieser allerdings ohne Erfolg. Wir eruchen die Kollegen, jedes Arbeitsangebot dieser Firma strikte abzulehnen. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit übrigens mit aller Deutlichkeit, was der eigentliche Zweck dieses Unternehmernachweises ist, nämlich: Die Vermittlung von Arbeitswilligen. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Mafregelung eines Kellners im Reichstagsrestaurant.

Die Hotel-Betriebs-Aktien-Gesellschaft hat die Bewirtschaftung des Reichstagsrestaurants übernommen. Sie beschäftigt eine größere Anzahl von Kellnern, die aus der Kasse des Reichstages besoldet werden. Der Lohn der Kellner ist wöchentlich zu zahlen. Am letzten Dienstag fragte nun der Abg. Heckscher, der Vorstandsmitglied ist und als solches die Restaurantkontrolle mit zu versehen hat, einen thätigen älteren Kellner, Vater von zwei Kindern, ob er seinen Lohn schon erhalten habe. Die Antwort lautete: „Nein“. Der Lohn von der vorigen Woche war am Dienstag noch nicht ausgezahlt worden. Heckscher wandte sich daraufhin an den Geschäftsführer und ersuchte ihn um pünktlichere Lohnzahlung. Der Geschäftsführer nahm eine Umfrage vor, wer die verspätete Lohnzahlung mitgeteilt habe. Der Kellner meldete sich und wurde sofort entlassen. Auf Intervention des Abgeordneten Heckscher wurde die Mafregelung zurückgenommen. Der Geschäftsführer versprach auch, den Mann auf indirektem Wege nicht hinauszubringen. Dann aber griff der Direktor Eilan von der Betriebsgesellschaft ein und erzwang die Mafregelung, weil ein disziplinarwidriges Verhalten nicht geduldet werden könne. Ein Einspruch des Abgeordneten Heckscher war vergeblich. Der Reichstagspräsident will jetzt eine Vermittlung versuchen. Der gemafregelte Kellner ist der älteste im Reichstagsrestaurant und gehört dem sogenannten Genfer Verband an.

Achtung, Fleischergelesen! Die Firma Thomczik (Fleisch- und Würst-Zentrale „Südwest“, Poststr. 37, die vor einigen Tagen zwei organisierte Gesellen mafregelte und dem Organisationsvertreter, der zwecks Beilegung dieses Konflikts vorschlag, das Geschäft verweigert, hat von ihren Gesellen unterschrieben verlangt, daß sie nie der Organisation beitreten oder, falls sie Mitglieder sind, sofort austreten. Als die Gesellen sich weigerten, ein derartiges Schriftstück zu unterzeichnen, wurden sie sofort entlassen. Dem Erstgelesenen wollte man zum Zwecke der

Spittelstätigkeit die Zugehörigkeit zur Organisation gestatten. Als dieser die ihm zugeordnete Vertreterrolle ablehnte, war auch er nicht mehr zu gebrauchen.

Die Firma sucht jetzt bei allen Stellenvermittlern Arbeitswillige. Erstrecklicher Weise hat sie wenig Erfolg, obgleich der Innungsarbeitsnachweis in der Mulackstraße sich alle Mühe gibt, Streikbrecher zu werden. Zugut ist streng fernzuhalten. Zentralverband der Fleischer.

Die streikenden Hausdiener und Pader der Leppischfabrik von G. Feilich, Treptow, beschäftigten sich am Donnerstag mit der augenblicklichen Situation. Es sind keine Berufscollegen der Streikenden, die in diesem Betrieb Arbeit angenommen haben, sondern Leute, die man unter normalen Verhältnissen niemals aufgenommen hätte. In der Diskussion schiederten die Streikenden auch die polizeilichen Maßnahmen zur Unterstützung des Unternehmers. So ist ihnen bis auf 30 Meter von der Fabrik entfernt das Streikpostensystem unterjagt. Auch beschwerten sich die Streikenden über die Rügenberichte, die seitens der Arbeitswilligen über sie verbreitet werden. Als einer der Arbeitswilligen am Tage nach dem Arbeitsantritt nicht mehr erschien und durch einen Polizisten nach der Arbeitsstätte gebracht wurde, erzählte er, er wäre durch die Streikenden belästigt worden, was aber nicht der Fall war. Dieser, ein früherer Kolonialist, 22 Jahre alt, mit Namen Karl Jostich, wohnhaft Barshauer Straße 48, Seitenflügel, Part., bei Bierwitz, tritt überhaupt den Streikenden in recht provokatorischer Weise entgegen. Unter den anderen noch im Betrieb Beschäftigten befinden sich ein Fahrstuhlführer Kaste, Treptow, Weermannstraße 6/7, wohnhaft, sowie die Hausdiener Jungmann, Marktgröndamm 29, Seitenfl. III., Willi Braubaum, Soldiner Straße 103, bei Wegener, Karl Hofrichter, Gubrystraße 36, und Schmidt, Stralauer Allee 20. Es sind circa 16 Personen im Betrieb beschäftigt. Die Streikenden eruchen die organisierte Arbeiterschaft, auf diesen Betrieb aufmerksam zu machen und Ununterrichtete vor Zugang zu warnen. Mitgeteilt wurde in der Versammlung noch, daß der Wirt, bei dem das Streikbureau tagt, eine Karte nachstehenden Inhalts erhalten hat:

Herrn Wanslitz,
Restaurant, Treptower Landstraße 27.
Aug' um Aug' — Zahn um Zahn.
Da von ihrem Lokal aus, fortgesetzt Belästigungen und Ueberfälle stattfinden auf Arbeitswillige, ist ihr Lokal von heute ab, für Alle Arbeitswilligen gesperrt.
Weitere Maßnahmen behalten wir uns vor.
Sämtliche Arbeitswillige.

Man versucht durch derartige Mittel, den Wirt zu veranlassen, den Streikenden das Lokal zu verweigern. Deswegen eruchen die Streikenden um Solidarität.

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Nachdem die örtlichen Verhandlungen in den in Frage kommenden 22 Orten vollständig ergebnislos verlaufen waren, haben zwischen den Zentralvorständen wiederum Besprechungen stattgefunden und zwar in der Zeit vom 3.—6. Februar. Zu diesen Besprechungen war auch die von beiden Parteien eingesetzte zentrale Schlichtungskommission zugezogen. In erster Linie handelte es sich wieder um die Frage des Ablauftermins der Verträge, ferner aber auch um die künftige Dauer der Arbeitszeit in den einzelnen Orten, die bemessen werden soll auf Grund des seinerzeit zwischen den Verbandsvorständen vereinbarten Regulativs. Zwischen den Zentralvorständen konnte auch dieses Mal eine Einigung über diese Streitpunkte nicht erzielt werden, doch hofft man, wenigstens eine Grundlage für die Fortsetzung der örtlichen Verhandlungen gefunden zu haben. Diese sollen nun auf der ganzen Linie sofort aufgenommen werden. Am 16. Februar sollen die örtlichen Verhandlungsprotokolle bei den Vorständen eingeleitet sein. Da es unumgänglich erscheint, bis zu diesem Tage — wo die alten Verträge ablaufen — eine endgültige Verständigung in allen Städten herbeizuführen, wurde zwischen den Zentralvorständen vereinbart, daß alle Verträge bis zum 1. März weiterlaufen sollen.

Die Aussichten für eine Verständigung sind auch heute noch recht trübe und ungewiß; die allernächste Zeit aber wird Klarheit schaffen.

Zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe.

Für die Herrenschneiderei ist mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, der sich kurzweg „Adav“ nennt, und dessen Hauptvorstand seinen Sitz in München hat, 1907 ein Vertrag abgeschlossen, der die Arbeitsverhältnisse für diese Branche regelt. Es besteht noch kein Reichstarif, sondern die Tarife werden örtlich vereinbart und dann von den beiderseitigen Hauptvorständen übernommen, denen nur das Recht der Kündigung zusteht. Diese Tarifverträge sind sämtlich auf unbestimmte Dauer mit gegenseitiger dreimonatlicher Kündigung abgeschlossen. Die Partei, die den Vertrag kündigt, ist verpflichtet, am Tage der Kündigung dem anderen Vertragskontrahenten eine neue Tarifvorlage zu unterbreiten, die dann selbstverständlich die neu aufgestellten Forderungen enthält. Für die Reihenfolge und Benennung der einzelnen Positionen ist für das ganze Reich ein Schema, Lohnartikelmuster genannt, vereinbart, das auf alle Fälle benutzt werden muß.

Infolge der am 1. Januar d. J. erfolgten Kündigungen ist der „Adav“ in folgenden 50 Orten beteiligt:

Barmen, Bernburg, Blankenburg, Braunschweig, Bremen, Cassel, Chemnitz, Coblenz, Coburg, Danzig, Darmstadt, Eisenach, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Fürth, Glogau, Görlitz, Greiz, Hildesheim, Hamm, Hameln, Hildesheim, Hirschberg, Jena, Kiel, Königberg, Leipzig, Ludwigshafen, Mainz, Mannheim, Reg. Münster, Neuwied, Rürnberg, Osnabrück, Pforzheim, Regensburg, Reichenbach i. V., Schwab.-Gmünd, Sondershausen, Sonneberg, Stendal, Steinfurt, Stuttgart, Wernigerode, Wiesbaden, Wilhelmshaven und Zittau i. S.

Insgesamt sind in diesen 50 Städten in der Herrenschneiderei circa 15 000 Gehilfen nach Tarif beschäftigt, davon bei Mitgliedern des „Adav“ circa 9000. Von den Arbeitern sind insgesamt 60 Proz. im Zentralverband organisiert, in einigen Orten sind es aber 90 bis 100 Proz., auch Christliche und Gewerkschaftler (D. D.) kommen in Frage, doch ist deren Zahl nicht bekannt.

Nach dem Uebereinkommen der Hauptvorstände sind die Verhandlungen über die Neugestaltung der Lohnartikelmuster nächst örtlich zu führen, und zwar zunächst 14 Tage nach erfolgter Kündigung. Es soll über die Klasseneinteilung der Geschäfte, Verarbeitung der einzelnen Stücke in bezug auf Hand- und Maschinenarbeit, Zahl der Taschen und Regelung sonstiger Extraarbeiten, sowie ferner die Lieferung oder Entschädigung der Hand- und Maschinenzutaten (Fournituren), Verhältnissenfrage und besondere Entschädigung an die Seimarbeiter beraten werden.

Nach weiteren 4 Wochen — für die diesjährigen Tarifverhandlungen am 12. Februar — beginnen die Verhandlungen über den materiellen Inhalt der Tarife: Stücklohn, Zeitlohn, Bezahlung der Extraarbeiten, Entschädigung für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit. Wenn die Parteien am Orte sich einigen, so wird der Lohnartikeln neu vereinbart und von den Hauptvorständen übernommen. Einigen sich die Parteien nicht oder nicht vollständig, so werden die strittigen Punkte den Hauptvorständen zur Entscheidung überwiesen. Zu der Zusammenkunft der Hauptvorstände, die in der vorletzten Woche vor dem Ablauftermin (31. März) stattfinden muß, werden außerdem noch je 2 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den beteiligten Orten hinzugezogen. Ist diese Zusammenkunft nicht instande, die Differenzen auszugleichen, dann steht es beiden Teilen frei, auf dem Wege des Streiks oder der Aussperrung ihrem Willen Geltung zu verschaffen.

Für die sich aus dem bestehenden Arbeitsverhältnis ergebenden tariflichen Streitfragen — wobei es sich meistens um die Auslegung des Tarifs oder einzelner Positionen handelt — ist ab 1. Januar

d. J. ein Schiedsgerichtsverfahren vereinbart worden, das Ortschiedsgerichte, Gauschiedsgerichte und das Schiedsgericht der Gauvorstände vorsieht. Die beiden letzten tagen unter einem unparteilichen Vorsitzenden. Außerdem sind ab 1. Januar d. J. in allen Geschäften dieser Branche Lohnbücher eingeführt, die eine Kontrolle über den verdienten Lohn, wie über die Einhaltung tariflicher Bezahlung ermöglichen. Die Verhandlungen über paritätische Arbeitsnachweise haben sich, wenigstens vorläufig, geschlossen.

Der Streik der Steinseher in Kollberg ist mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Der Unternehmer Krause war gezwungen, den Lohnabzug von 10 Pf. für die Stunde rückgängig zu machen. Wegen der höchst ungünstigen Jahreszeit ist der Erfolgs um so höher anzuschlagen.

Der Streik in den Papierfabriken Blankenberg-Rosenthal ist beendet. Verhandlungen des Gausleiters und zweiten Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes ergaben die Einstellung sämtlicher entlassenen Arbeiter und Anerkennung des Koalitionsrechts durch die Firma.

Ausland.

Die Finanzen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hatte im Jahre 1910 eine Gesamteinnahme von 43 453 Fr., wovon 28 919 Fr. Beiträge der Verbände, 7930 Fr. Ergebnisse von Sammlungen, 6267 Fr. Saldo usw. Die Ausgaben beliefen sich auf 39 259 Fr., so daß ein Ueberschuß von 4194 Fr. verblieb.

Letzte Nachrichten.

Zur Befreiung Durands.

Paris, 10. Februar. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer stellte der Abgeordnete Paul Reunier an den Justizminister eine Anfrage bezüglich des Standes der Angelegenheit Durands, des Sekretärs des Syndikats der Kohlenarbeiter in Havre. Er erklärte, die Anklage Durands sei in Anbetracht der festgestellten neuen Tatsachen unbestreitbar. Durand sei verurteilt worden, weil er nicht die Mittel gehabt habe, Entlastungszeugen vorladen zu lassen. (Beifall.) Reunier verlas sodann den Bericht der Polizei, in dem gesagt wird, es sei niemals eine Abstimmung über die Tötung des Kohlenarbeiters Dongé erfolgt. Er erinnerte zum Schluß daran, das Clemenceau nach der Verurteilung von Drehsfuß durch den Gerichtshof in Rennes im Jahre 1899 das Todesurteil gegen den Unschuldigen zerrissen habe. Er fordere, daß man sich nicht weigere, ähnliche Maßregeln zu ergreifen, weil Durand nur ein Kohlenarbeiter sei.

Justizminister Girard erwiderte, der Antrag auf Revision des Prozesses Durand werde seinen regelrechten Verlauf nehmen. — Paul Reunier trat nochmals zugunsten Durands ein und verwies mit Nachdruck auf den Präzedenzfall der Affäre Drehsfuß. Die äußerste Linke ersuchte Reunier, in die Erörterung einzugreifen. Joseph Reimach wollte sprechen. Der Präsident aber erklärte, daß die Anfrage erledigt sei. André Hesse beantragte darauf die Umwandlung der Anfrage in eine Interpellation. Ministerpräsident Briand führte aus, die Revision des Prozesses Durand müsse dem regelrechten Gang gehen; dabei habe noch keine Verzögerung stattgefunden. Zur äußersten Linken gewandt, erklärte Briand: „Es sollten am allerwenigsten wollen, daß die parlamentarischen Versammlungen Recht sprechen. Andererseits kann man von einem Minister nicht verlangen, daß er seine Verantwortlichkeit einsetzt bei einem Gnadengesuch, das dem Präsidenten der Republik vorliegt, dem dieses Recht verfassungsgemäß vorbehalten ist.“

Der Justizminister erklärte, die Kammer dürfe die Befugnisse nicht verwirren; die Regierung könne keine Umwandlung der Anfrage in eine Interpellation zulassen.

Der Sozialist Baillant bestand auf der Umwandlung. Briand sagte, er würde die Interpellation später annehmen, aber nicht jetzt. Pugliesi Conti von der Rechten rief: Der Präsident der Kammer hätte das vor Ihnen sagen müssen. (Lärm.) Der Präsident Briand erklärte, die seit langer Zeit wiederholten Präzedenzfälle bewiesen, daß Interpellationen in betreff einer Ausübung des Begnadigungsrechts gestattet seien. (Bewegung.) Briand erwiderte: Man kann keine Interpellation über einen Akt zulassen, der noch nicht vollendet ist und dessen Ausübung durch die Verfassung vorbehalten ist. Ich stelle die Vertrauensfrage. (Beifall und lebhafter Bewegung.) André Hesse forderte, daß der erkrankte Durand in Freiheit gesetzt werde. Briand antwortete: Die Initiative muß dem Gewissen und der Humanität der Regierung überlassen bleiben.

Die Umwandlung der Anfrage in eine Interpellation wurde darauf mit 340 gegen 153 Stimmen abgelehnt und die Sitzung sodann aufgehoben.

Die neue Zeitbestimmung in Frankreich.

Paris, 10. Februar. (W. Z. V.) Der Senat nahm in zweiter Lesung den Gesetzentwurf an, welcher die gesetzliche Zeitbestimmung für Frankreich abändert, um sie mit dem in Europa herrschenden Zeitsystem in Einklang zu bringen. — Ferner wurde der schon in der Deputiertenkammer genehmigte Gesetzentwurf über die Bezeichnung der Champagnerweine angenommen.

Abänderung des österreichischen Vereinsgesetzes.

Wien, 10. Februar. (W. Z. V.) Nachdem das Abgeordnetenhaus das Hausgesetz in der zweiten und dritten Lesung mit einigen Abänderungen angenommen hatte, referierte Bernertstorfer über seinen Antrag betreffend die Abänderung des Vereinsgesetzes, durch die auch den Frauen die Teilnahme an politischen Vereinen gewährt werden soll.

Die Studentenbewegung in Petersburg.

Petersburg, 10. Februar. (W. Z. V.) Die Unübersichtlichkeit und die höheren Frauenkurse sind für zwei Tage geschlossen worden. Das technologische Institut hat den Ausstand der Studierenden durch Abstimmung abgelehnt. Die Studien an den übrigen Hochschulen dauern fort.

Die Pest in der Mandchurei.

Peking, 10. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Pest breitet sich über die ganze Mandchurei aus. In Nordchina ist die Verbreitung noch gering. In Awangschong-tse hat sich die Lage verschlimmert, in Charbin läßt jedoch die Seuche nach, da die Bakterien eine geringe Gefährlichkeit zeigen. Eine weitere leichte Zunahme hat in Tientsin und Tschifu stattgefunden, aber in anderen Städten ist die Lage unverändert. Die Regierung hat den Vortag von etwa 750 000 Taels für Maßregeln zur Bekämpfung der Pest ausgeworfen.

Petersburg, 10. Februar. (W. Z. V.) Die russische Regierung entsendet auf Wunsch und Kosten der chinesischen Regierung zur Erforschung und Bekämpfung der Pest eine wissenschaftliche Expedition nach China, an deren Spitze Professor Sabolotnik steht.

Reichstag.

124. Sitzung. Freitag, den 10. Februar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Lisca.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

Begimmt mit der Abstimmung über § 77, Besetzung der Strafkammern mit zwei Berufsrichtern und drei Schöffen in erster Instanz...

Der Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Ueber die identischen Anträge Müller-Reiningen (Sp.) und Gröber (Z.) wird namentlich abgestimmt; sie werden mit 175 gegen 142 Stimmen bei 3 Stimmentzählungen angenommen.

Dagegen stimmt die Rechte geschlossen mit Ausnahme eines Teiles der Antisemiten, ein erheblicher Teil des Zentrums...

Die Verkündung des Resultats wird von der Linken mit Bravo!-Rufen aufgenommen.

§ 80 regelt die Zuständigkeit der Schwurgerichte. Ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) will alle mittels der Presse begangenen Vergehen und Verbrechen vor das Schwurgericht verweisen.

Ein Antrag Müller-Reiningen (Sp.) will einen Teil der Verbrechen den Schwurgerichten überweisen, besonders sollen ausgenommen sein und bei den Strafkammern verbleiben die nur auf Antrag zu verfolgenden Verleumdungen.

Abg. Städlin (Soz.):

In Bayern und Baden hat sich die Zuständigkeit der Schwurgerichte für Verbrechen bewährt; sie besteht dort seit der Gründung des Reiches, und deshalb ist es nicht zu verstehen, daß es von dem Wohnort des Angeklagten abhängig sein soll...

Ueberföhrung ihrer Amtsbefugnisse.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch in Breslau würde sich sicher kein Schwurgericht finden, das dem Staatsanwalt bei diesen Massenanklagen zu Willen wäre...

Kleines Feuilleton.

Pariser Reklame. In Paris wurde jüngst unter dem Namen „Die Freunde von Paris“ eine Gesellschaft gegründet, die ihre Aufgabe in der energischen Bekämpfung der Auswüchse der Reklame erblickt...

Die Schweiz nach der letzten Volkszählung. Ebenso wie das Deutsche Reich hat auch die Schweiz am 1. Dezember 1910 eine allgemeine Volkszählung veranstaltet...

Schwurgericht kommen. (Hört! hört! rechts.) Kein Delikt ist besser geeignet zur Aburteilung durch das Schwurgericht als das Verbrechen...

Majestätsbeleidigungen.

Als in Berlin das Wort gefallen war von der Kotte, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wurden wegen der Kritik an diesem Worte an vielen Orten Anklagen wegen Majestätsbeleidigung erhoben.

Gerade gegenwärtig, wo die politischen Gegensätze immer stärker und die wirtschaftlichen Kämpfe immer größer werden, ist es eine Notwendigkeit, die Verbrechen den gelehrten Richtern zu entziehen.

In Preußen trant man den Schwurgerichten nicht und fürchtet, wenn man ihnen die Verbrechen überweist, könnten die Verfolgungen gegen die unabhängige Presse eine Einschränkung erfahren.

Bei dem Kampf um das Wahlrecht, bei dem Kampf gegen die Landratsbesetzung

Ist es ganz selbstverständlich, daß auch politische Prozesse und Verbrechen entstehen und deshalb läge es im Interesse aller, wenn der Presse ein etwas größerer Spielraum eingeräumt würde.

Im Mai 1906 wurde ein gleicher Antrag von uns gestellt und in zweiter Lesung mit großer Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.): Ein Ideal sind die Schwurgerichte nicht, das hat der Redner mit Recht betont. Im Sinne der Briand'schen Vorschläge sollten die Schwurgerichte aufhören und über das Strafmaß die Richter mit den Geschworenen zusammen.

Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren (Z.): Die Auflösung des Vorredners wird in weiten Kreisen Süddeutschlands nicht geteilt. Auch in Süddeutschland kommen die meisten politischen Verbrechen nicht vor die Schwurgerichte...

sicht der vorläufig berechneten Ziffern für die gesamte Schweiz und für die einzelnen Kantone. Danach zählt das Gebiet der Eidgenossenschaft auf einer Fläche von 41 824 Quadratkilometern eine Wohnbevölkerung von 3 738 685 Seelen.

Theater.

Lustspielhaus: Das Objekt, eine Anwaltsgrötze von Fritz Sellen. Die Grötze ist Ergebnis eines Rechtsanwalts und wurde von den zahlreich anwesenden Kollegen mit überschwänglichem Wohlwollen aufgenommen.

gehen und bei pornographischen Darstellungen, und hier haben sich die Schwurgerichte nicht bewährt. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Marcour (Z.): Als Norddeutscher und Journalist muß ich mich ebenfalls gegen die Anträge Müller-Reiningen und Albrecht aussprechen.

Abg. Graf-Weimar (Wirtsch. Vg.): Der Mangel der Schwurgerichte liegt vor allem daran, daß die Geschworenen keinen Einfluß auf das Strafmaß haben.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.): Wir glauben es ja ganz gern, daß Herr Mayer-Kaufbeuren und anderen Herren vom Zentrum die Rechtsprechung der Geschworenen in Verhängenheiten nicht gefällt.

Es sind in keiner Weise durchschlagende Gründe für die Notwendigkeit ins Feld geführt worden, die Verbrechen nicht den Schwurgerichten zu überweisen.

man entnehme die Geschworenen allen Kreisen der Bevölkerung und die bellagte Einseitigkeit wird verschwinden.

Die Schwurgerichte, wie sie jetzt sind, sind Klassengerichte. Wir haben oftmals über die Klassenjustiz der Schwurgerichte Klagen führen müssen und wir werden, fürchte ich, solche Klagen noch oftmals erheben müssen.

Ich muß auf einige Fälle näher eingehen, um die Notwendigkeit nachzuweisen, die Verbrechen vor die Geschworenen zu verweisen.

Was bei der Rechtsprechung der Strafkammern in Prozessen herauskommt, haben wir bei den nur zu berühmt gewordenen

Brausewetter-Prozessen

gesehen. Bekanntlich handelte es sich dabei um die Vorgänge bei den Arbeitslosenverammlungen von 1904.

Humor und Satire.

Die Karle das Luftschiff beschreibt. Aus Eisenach wird der „Frankf. Jg.“ geschrieben: Die Bewohner der Wartburgstadt hatten, als „M III“ in Gotha verankert lag, tagtäglich nach dem lähnen Segler feinsinnig ausgedauert.

Notizen.

Theaterchronik: Weitere Wiederholungen des „Oedipus“ im Julius Schumann finden Freitag, den 24., und Montag, den 27. d. M., statt.

Die Neue freie Volksbühne bringt vom nächsten Sonntagabend ab im Neuen Operettentheater Andraus Operette „Der Glückselige“ zur Aufführung.

Eine neue Gewinnungsmethode radioaktiver Stoffe. Der Professor Otto Hahn hat im chemischen Institut der Berliner Universität eine Entdeckung gemacht.

Die Schweiz nach der letzten Volkszählung. Ebenso wie das Deutsche Reich hat auch die Schweiz am 1. Dezember 1910 eine allgemeine Volkszählung veranstaltet.

sondern auch bürgerliche Journalisten angeklagt — tief hinaus auf

offenbare Rechtsbeugung.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein Mann, so allgemein als ruhiger Mann bekannter Journalist, unser Kollege Schmidt, damals Redakteur des „Vorwärts“, wurde wegen eines objektiven, lediglich referierenden Artikels zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren vom Zentrum besaßen sich über die Angriffe, die der „Simplicissimus“ gegen sie richtete, als das höchste „Simplicissimus“! Wenn die sozialdemokratische und polnische Presse auch so empfindlich sein wollte! Gegen sie werden noch ganz andere Beleidigungen und Beschimpfungen gerichtet. Die Staatsanwaltschaft schreitet aber nicht gegen die Beleidiger und Beschimpfer ein.

sondern gegen die Beleidigten und Beschimpften,

wenn sie sich ihrer Haut zu wehren trachten. Geradezu ungläublich ist es, wie da vorgegangen wird. Unser Kollege Kunert wurde wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften verurteilt, weil er gegen die Schweinerei eines konservativen Blattes polemisiert hatte und dabei natürlich genötigt gewesen war, diese Schweinerei abzubringen. Wegen den wirklichen Schweinigel (Große Heiterkeit) wurde nicht vorgegangen, wohl aber gegen den Sozialdemokraten, der den Schweinigel bekämpfte hatte. Straffrei blieb der Schweinigel, bestraft wurde die Bekämpfung der Schweinigelkeit. (Weiterkeit und lebhaftes Hört! hört! links.) Alle diese mehr als befremdlichen Urteile, deren Zahl ich nach Verlehen vermehren könnte, wären von Schwurgerichten denn doch nicht gefällt worden. So bitte ich Sie denn, unseren Antrag anzunehmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt. Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Antragsteller, der Antrag Müller-Meinungen gegen die Stimmen der Fortschrittler, Polen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Ausdehnung der Kompetenz der Schwurgerichte auf Verbrechen ist also abgelehnt.

§ 81 ist von der Kommission unverändert gelassen. Er lautet: „Die Schwurgerichte bestehen aus drei richterlichen Mitgliedern mit Einschluss des Vorsitzenden und aus zwölf zur Entscheidung der Schuldfrage berufenen Geschworenen.“

Abg. Stadthagen (Soz.)

begründet hierzu kurz einen Zusatzantrag, wonach als richterliche Mitglieder bei Schwurgerichten nur ständig angestellte Richter fungieren dürfen. Der Antrag ist nur eine Konsequenz des vom Hause schon angenommenen Antrages, wonach in Strafsachen nur ständig angestellte Richter Recht sprechen dürfen. Abhängige Assessoren gehören geradezu wenig in die Schwurgerichte wie in die Strafkammern. (Lebhafte Beifall links.)

Der Antrag Albrecht wird durch die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Polen und eines Teils der Rationalisten und des Zentrums angenommen.

§ 90,1 der Kommissionsvorlage bestimmt, daß bei den Landgerichten Verurteilungsgenossen gegen Urteile der Strafkammern zu bilden sind, die mit drei, in der Hauptverhandlung mit fünf Berufsrichtern zu besetzen sind.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, die Berufungsgerichte mit zwei Richtern und fünf Schöffen zu besetzen.

Die Abg. Dr. Müller-Meinungen und Genossen (Op.) beantragen, die Berufungsgerichte bei den Oberlandesgerichten zu bilden und mit zwei Richtern und drei Schöffen zu besetzen.

Abg. Wassermann (natl.) befürwortet den Antrag Müller-Meinungen bezüglich der Besetzung der Berufungsgerichte, der nur eine Konsequenz des früheren Beschlusses bei § 77 sei. Aber die Bildung der Berufungsgerichte wird besser bei den Landgerichten erfolgen als bei den Oberlandesgerichten.

Abg. Dr. Varenhorst (Op.): Wir haben schon bei § 79 unsere Stellung zu der Frage, Laien zur Berufungsinstanz hinzuziehen, dargelegt und beharren auch hier auf unserem ablehnenden Standpunkt.

Staatssekretär Dr. Lisco bittet, die Berufungsgerichte bei den Landgerichten zu bilden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Op.): Die Berufungsgerichte werden doch besser bei den Oberlandesgerichten gebildet, ihre Bildung bei den Landgerichten, gegen deren Strafkammerurteile die Berufung erfolgt, würde bald zu allgemeiner Unzufriedenheit führen. Sollte das abgelehnt werden, so nehmen Sie wenigstens den Zusatzantrag an, den wir stellen, es dem Ermessen der Landesjustizverwaltung zu überlassen, ob die Berufungsgerichte bei den Landgerichten oder bei den Oberlandesgerichten zu bilden sind. Falls Sie auch diesen Antrag ablehnen, stellen wir den Subvenualantrag, wenigstens die richterlichen Mitglieder der Berufungsgerichte aus den Mitgliedern der Oberlandesgerichte zu nehmen, um ihnen eine höhere Autorität zu geben.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Wir gehen noch über den Antrag Müller-Meinungen hinaus und beantragen, die Berufungsgerichte mit zwei Richtern und fünf Schöffen zu besetzen. Öffentlich nehmen Sie unseren Antrag an. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (Z.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Wassermann an.

Abg. Müller-Herold (Op.) befürwortet namens eines Teiles seiner Freunde die Errichtung der Berufungsgerichte bei den Landgerichten; dies sei für das Publikum entschieden bequemer.

Abg. Graef (Wirtsch. Gg.) tritt für die Bildung der Berufungsgerichte bei den Landgerichten ein.

Abg. Dr. Wagner-Sachsen (L.): Prinzipiell würde die Bildung der Berufungsgerichte bei den Landgerichten vorzuziehen sein. Aber dagegen spricht, daß, wenn die Zuziehung des Laienlements zu den Berufungsgerichten beschlossen wird und folglich die Berufsgerichte den Landgerichten angegliedert werden, Strafkammern und Berufungsgerichte genau dieselbe Zusammensetzung aufweisen würden. Und das sollte auch für Anhänger der Laienzuziehung unangenehm sein.

Die Diskussion schließt.

Die Anträge Müller-Meinungen auf Errichtung der Berufungsgerichte bei den Oberlandesgerichten und der Antrag Albrecht auf Verlegung der Berufungsgerichte mit 2 Richtern und 5 Schöffen werden abgelehnt.

Über den Antrag Müller-Meinungen, die Berufungsgerichte mit 2 Richtern und 5 Schöffen zu besetzen, wird namentlich abgestimmt.

Der Antrag wird mit 166 gegen 122 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen. (Bravo! links.)

Bei Titel 7a „Schöffen und Geschworene“ beantragen die Abgeordneten Albrecht u. Gen. (Soz.) diese Ueberschrift durch die Ueberschrift „Volksrichter“ zu ersetzen und auch weiterhin „Volksrichter“ statt „Schöffen und Geschworene“ zu sagen.

Abg. Frohne (Soz.):

Unser Vorschlag bedeutet eine Vereinfachung des Gesetzes, die auch der deutsche „Handwerksfreund“ befürwortet. In die Rechtsliteratur ist das Wort Volksrichter längst eingedrungen; es bezeichnet auch weit besser das Wesen des Zuziehens des Laien zum Richteramt als die Worte „Schöffen“ und „Geschworene“. Jemand, welcher durchschlagenden Bedenken können gegen unseren Vorschlag nicht geltend gemacht werden. Nehmen Sie also den Antrag an. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Bundesratskommissar Geh. Oberlandesgerichtsrat Schulz bittet, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 118 erster Absatz lautet nach dem Kommissionsvorschlag: „Schöffenamt und Geschworenenamt sind Ehrenämter. Nur ein Deutscher kann Schöffe oder Geschworener sein.“

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen zu sagen: nur ein Deutscher oder eine Deutsche kann Schöffe oder Geschworener sein.

Ein weiterer Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) verlangt in dem nächsten Absatz dieses Paragraphen, daß die Wahl der Schöffen auf Grund allgemeiner, gleicher, geheimer, direkter Wahl durch die volljährigen Einwohner des Amtsgerichtsbezirks nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgt.

Abg. Frohne (Soz.):

Für uns handelt es sich hier um eine grundsätzliche Frage. Auch auf anderen Gebieten sieht die Frau dem Manne gleich, es ist nicht einzusehen, warum sie ihm nicht auch hierin gleich stehen soll und das Amt eines Schöffen und Geschworenen bekleiden soll. Der Einwand, daß die Frau als Hausfrau und Mutter ins Haus und nicht in den Gerichtssaal gehöre, ist angeht unsern ganzen Entwicklung ganz unhaltbar. Namentlich wenn eine Frau als Angeklagte vor Gericht steht, empfiehlt es sich, daß auch

Geschlechtsgenossinnen als Schöffen oder Geschworene

sie vor Gericht sitzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Frau ist in der Gewerbeaufsicht tätig und überhaupt an der Lösung der öffentlichen Aufgaben in weit höherem Maße beteiligt als früher. Deshalb will man ihnen da den Zutritt zum Schöffen- und Geschworenenamt verweigern.

Kommen wird die Zeit, wo die Fragestellung nicht vor den Frauen baltischen wird, wenn es gilt, dem Volke eine gute Rechtspflege zu sichern. Dreißig Gewerkschaften petitionieren um Zulassung der Frauen zum Schöffenamt. — Einer der Herren vom Zentrum meinte in der Kommission: man könne die Frauen nicht so ohne weiteres zum Schöffenamt zulassen, man müsse erst eine Vorstufe schaffen. Wir nehmen den Herrn beim Wort. Er stimme mit uns, wenn wir bei passender Gelegenheit das aliovi und positive Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbegerichten beantragen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Geht wird es noch dieser Kämpfe bedürfen, um den Frauen die Gleichberechtigung zu erkämpfen; aber die Gleichberechtigung kommt und muß kommen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Was unseren Antrag betrifft, die Schöffen aus allgemeiner, gleicher, geheimer, direkter Wahl nach dem Proportionalstimmens hervorgehen zu lassen, so entspricht dieser unserm Antrag unterm allgemeinen demokratischen Prinzip. Der gegenwärtige Reichstag wird diesen Antrag ablehnen, aber die Zukunft wird uns auch hierin recht geben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Anträge Albrecht werden abgelehnt.

§ 118, 8 Absatz 5 schließt die Dienstboten von dem Amte der Schöffen und Geschworenen aus.

Hierzu liegt ein Antrag Albrecht (Soz.) auf Streichung dieses Absatzes vor.

Abg. Frohne (Soz.)

begründet diesen Antrag. In der Ausschließung der Dienstboten liegt eine durch nichts begründete Herabsetzung und Vernachlässigung einer Berufsklasse, die auch in anderer Beziehung — ich erinnere an die Beförderungsordnung — der Rechtsgleichheit entbehrt, wie sie in einem Kulturstaate herrschen sollte. Ich bitte dringend, um Annahme unseres Antrages. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Zu § 118, 4 hatte die Kommission beschlossen, daß Volksschullehrer nur bei Jugendgerichten als Schöffen zugelassen werden sollten.

Hierzu liegen Anträge von allen Parteien vor, die Volksschullehrer allgemein als Schöffen zuzulassen.

Ferner liegt vor ein Antrag Träger (Op.), bei Jugendgerichten auch Frauen als Schöffen zuzulassen.

Abg. Dr. Hahn (L.) begründet den konservativen Antrag auf allgemeine Zulassung der Volksschullehrer. Wegen die Zulassung der Lehrer sind von seiten der konservativen Vertreter in der Kommission und von seiten der Regierungsveteren erhoben worden, die nicht eine Herabsetzung, sondern eine Würdigung des Lehrberufs bedeuteten. Nachdem uns von seiten der Land- und Kleinstadtlehrer berechtigte Vorstellungen gemacht worden sind, sind ich und viele meiner Freunde zu einer anderen Ansicht in dieser Frage gelangt. (Große Heiterkeit links.) Wir konservativen sind keineswegs mit unserem Antrage auf allgemeine Zulassung der Lehrer hinter anderen Parteien gebückt oder getuppt, sondern sind als die ersten auf dem Platze gewesen. (Stürmische Heiterkeit links.) Daß „Deutscher Lehrer-Blatt“ hat diese Haltung der Konservativen ausdrücklich anerkannt. (Lebhafte Heiterkeit links.) Zurufe bei den Fortschrittler: Das Blatt wird ja ausgehalten vom Bund der Landwirte! (Lärm rechts.) Das ist eine ganz unerhörte Invidie! (Witzepigramm Dr. Spahn trägt diesen Ausdruck.) Ich muß so sprechen, denn Herr Hildebrand und andere Leute, die in Gemeinschaft mit Sozialdemokraten den großen Fürsten Bismarck belächelt haben, (Zuruf links: Das Zentrum war auch dabei! Sehr gut! links) drücken das Niveau des Reichstags auf das Niveau des roten Hauses herab. (Lärm, tobender Beifall rechts, Unruhe, Zuruf und Lachen links.) Das „Deutsche Lehrer-Blatt“ ist kein Organ des Bundes der Landwirte, (Lautes Lachen links) sondern ein Organ des Neuen deutschen Lehrervereins! (Zuruf links: Also einer Filiale des Bundes der Landwirte!) Unser Antrag bezweigt, daß wir vollumfänglich die Interessen der Lehrerschaft wahrnehmen! (Lebhafte Beifall rechts, anhaltende minutenlange Weiterkeit links.)

Abg. Kopsch (Op.): Die Ausführungen des Herrn Dr. Hahn bestätigen, daß der Neue deutsche Lehrerverein eine Filiale des Bundes der Landwirte ist. (Sehr wahr! links.) Im übrigen freue ich mich über die konservative Belehrung. Die Lehrer haben sich hier als erfolgreiche politische Erzieher erwiesen. (Sehr gut! links.) Man hat davon gesprochen, daß die Zuziehung zum Schöffenamt die Interessen des Unterrichts schädige. Aber die Unterrichtsinteressen werden viel mehr durch die kirchliche Nebenbeschäftigung und durch agrarische Startoffenerien usw. geschädigt. (Lebhafte Zustimmung links.) Man läßt die einflussigen Säulen an, um zu beweisen, daß die Schule geschädigt wird, wenn der Lehrer Schöffe sein kann. Die einflussigen Säulen hält man künstlich aufrecht durch Lieberpannung des konfessionellen Prinzips. (Sehr richtig! bei der Volkspartei) um Schaden der Kinder, zum Schaden der Schule und auch, wie wir sehen, zum Schaden der Rechtspflege. (Lebhafte Zustimmung bei der Volkspartei) Ueber die Wandlung der Konservativen würde ich mich noch mehr freuen, wenn sie von innen heraus erfolgt wäre und nicht durch die erzieherische Wirkung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und des neuen Terminus seiner Ausbildung. (Sehr richtig! links.)

Abg. Wegel (natl.): Auch wir sind grundsätzlich dafür, die Lehrer ganz allgemein zum Schöffen- und Geschworenenamt zuzulassen; der gegenwärtige Bescheid der Kommission, der die Lehrer nur bei Jugendgerichten als Schöffen zulassen will, ist nur durch einen Zufall zustande gekommen.

Ein Bundesratskommissar: Aus sachlichen Gründen, nicht aus Ablehnung gegen die Lehrer sind sie bisher nicht zum Schöffenamt herangezogen worden. Diese sachlichen Gründe bestehen auch heute noch und sogar in verstärktem Maße, denn die Aufgaben der Lehrer sind größer als früher, und die Zahl der Schöffen und Geschworenen wird durch die Reform erheblich vermehrt. Wenn Sie den Wünschen der Lehrer durchaus entgegenkommen wollen, so könnte man vielleicht den Mittelweg einschlagen und die Lehrer zum Schöffenamt zulassen, nicht aber auch zu dem des Geschworenen. Wenn die Lehrer auch zum Geschworenenamt zugelassen werden sollten, so müßte mindestens noch bestimmt werden, daß auf Antrag der Verwaltungsbehörde davon abgesehen werden muß, wenn sie erklärt, die Schule würde darunter leiden.

Inzwischen ist ein Antrag Bietz-Frohne (Soz.) eingegeben, den Antrag Träger, die Frauen bei den Jugendgerichten als Schöffen zuzulassen, dahin zu ändern, daß sie überhaupt als Schöffen zugelassen werden.

Abg. Frohne (Soz.):

Daß die Stellung der konservativen grundsätzlichen Erwägungen entspricht, wird niemand glauben; bei ihnen handelt es sich lediglich um parteipolitische Spekulationen. (Sehr richtig! links.) Aber gerade bei dieser Gelegenheit sollte man nicht Wohlreden zum Fenster hinaushalten. Die Lehrerschaft kann sehr Erhebliches in der Rechtspflege leisten. Wir müssen alles tun, daß ein Zustand nicht weiter existiert, der nicht zur Ehre unseres Rechtslebens gereicht, sondern das Ansehen unserer Gerichte beeinträchtigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heilscher (Z.): Der Vordredner hat Recht, daß wir bei dieser Gelegenheit nicht Wohlreden halten sollten. Eine reine Wohlrede war die des Herrn Kopsch (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum), führte er doch sogar für die Zulassung der Lehrer zum Schöffen- und Geschworenenamt an, sie würden dann eine bessere Stütze des Deutschtums in den östlichen Provinzen bilden. Herr Kopsch mit der Fortschrittspartei auf holländischen Pfaden! O jorum, jorum, jorum! O quos mutatio rerum! (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit im Zentrum und rechts.)

Abg. Ling (Op.): Meine Partei wird für die Zulassung der Lehrer zum Schöffen- und Geschworenenamt stimmen. Ungefallen ist meine Partei nicht, sondern unsere Kommissionsmitglieder haben in der Kommission eben anders gestimmt, als die Fraktion im Plenum stimmt. (Schallende Heiterkeit links.) Der Redner ergeht sich dann in holländischen Tiraden.

Abg. Enghel (Vole): Grundsätzlich kann man natürlich keinen Stand vom Schöffenamt ausschließen. In den gemischtsprachigen Provinzen aber, wo der Lehrer die Ostmarkenulage erhält, ist er nicht Vertrauensmann des Volkes, und das Mißtrauen gegen ihn muß noch zunehmen, wenn er Schöffe wird. Wie soll er denn unparteiisch richten können, wenn man ihn hier in diesem Amt als Stütze des Deutschtums hinstellt; in diesem Amt soll niemand dem Deutschtum dienen, sondern allein der Gerechtigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Voten.)

Abg. Adde (Wirtsch. Gg.): Meine Fraktion wird geschlossen für die Zulassung der Lehrer zum Schöffen- und Geschworenenamt eintreten.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte über die Zulassung der Volksschullehrer und dann der Antrag, sie unbeschränkt zum Schöffen- und Geschworenenamt zuzulassen, angenommen.

Abg. Hildebrand (zur persönlichen Bemerkung): Herrn Hahn erwidere ich auf seine Bemerkung über den Ton des roten Hauses, daß nachdem seine Freunde daraus verschwunden sind, in seinem Parlament der Welt ein so ruhiger und anständiger Ton herrscht, wie im Berliner Rathaus. (Lebhafte Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Hahn (persönlich): Der Reichstag läßt sich in seinem Ton von keinem Parlament übertrumpfen. (Abg. Stadthagen (Soz.): Wenn Sie nicht drin sind! Schallende Heiterkeit.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. (Vorher Interpellation Graf Ranitz über den Abzug deutschen Kapitals nach dem Auslande.)

Schluß 1/3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung, Freitag, den 10. Februar 1911, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Dallwitz.

Die erste Beratung des

Zweckverbandesgesetz für Groß-Berlin

wird fortgesetzt.

Abg. Hammer (L.): Als Vertreter des Kreises Teltow kann ich nur sagen: wie man's macht, ist's falsch. (Weiterkeit.) Die Interessen der verschiedenen Gemeinden des Kreises sind eben nicht einheitlich. Daher bleibt mir nichts übrig, als die im Interesse der Allgemeinheit liegende mittlere Linie zu wählen. Redner kritisiert das weitere Einzelheiten des Entwurfs.

Abg. Graf v. Sver (Z.) regt an, daß die einzelnen größeren Gemeinden unabhängig vom Kreisverband zum Beitritt in den Zweckverband zugelassen werden.

Abg. Bietz (L.) erklärt, dem Gesetz nur zustimmen zu können, wenn die Regierung erklären könne, daß in nächster Zeit ein Ausgleich der Schul- und Steuerlasten zwischen den ärmeren und reichen Gemeinden erfolgen werde.

Abg. Dr. Gröber (Op.): Diese Vorlage ist ein praktisches Exempel auf die allgemeine Vorlage. Es zeigen sich hier die Schwierigkeiten bei der Bildung eines Zweckverbandes in der Provinz. Ein Zweckverband, dessen einzelne Glieder nicht zusammenarbeiten, wäre ganz zwecklos, ja er könnte die Entwicklung dieser einzelnen Glieder direkt hemmen. (Sehr richtig! links.) Redner protestiert erneut lebhaft gegen das Vorgehen des Verkehrsministers in Sachen der Konzeptionsverlängerung für die Große Berliner Straßenbahn und der Nord-Süd-Bahn gegenüber Berlin. — Den Anlaß zur Vorlage bildet zweifellos die Absicht des Kaisers, seine Wälder um Berlin zu verkaufen. Ich erwarte aber, daß er diese Wälder an den Zweckverband nicht etwa als Pauschalverkauf, das wäre eine viel zu hohe Belastung für den Zweckverband. Die Uebernahme der Schullasten auf den Zweckverband wäre ein Stück Kommunismus, das uns zu weit geht. (Bravo! links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Das Gesetz geht an die Zweckverbandesgesetzkommission.

Es folgt die Beratung eines Antrages Albrecht und Genossen betr.

Entschädigung von Tierbesitzern

für veterinärpolizeiliche Sperrmaßnahmen.

Die Budgetkommission beantragt, den Antrag so zu fassen, daß die Regierung ersucht wird, bei der Neuregelung der Ausführungsvorschriften zum Reichsdiebstahlsengesetz Vorkehrungen zu treffen, daß die von den Tierbesitzern an die Provinzialverbände für Entschädigungsleistungen zu zahlenden Beiträge auch Verwendung finden können zu Beihilfen an solche Tierbesitzer, welche durch veterinärpolizeiliche Sperrmaßnahmen — namentlich in Grenzbezirken — in ihrer Existenz bedroht werden.

Nach einer längeren, aber unwesentlichen Debatte wird der Antrag der Budgetkommission angenommen.

Abg. Hoffmann (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich wollte nur feststellen, daß, während zwei freistimmige Redner zu Wort gekommen sind, es meiner Partei durch den Schlußantrag unmöglich gemacht worden ist, zur Kenntnis zu bringen, daß wir für den Antrag eintraten, natürlich unter dem Vorbehalt, daß nicht Wahrgelassen im Sinne unserer einseitigen agrarischen Wirtschaftspolitik getroffen werden.

Nach Entschädigung der Denkschrift über die staatliche Hilfsaktion aus Anlaß der Hochwasserschäden im Jahre 1909 verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Etat des Ministeriums des Innern.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

Am Freitag erledigte die Kommission die neue Militärvorlage, die selbstverständlich von den bürgerlichen Parteien angenommen wurde. Hervorzuheben ist, daß Abg. Erzberger dem Kriegsminister nahe legte, einen Teil des Armeebedarfs in den Strafanstalten herzustellen zu lassen, ein Verlangen, das von dem Genossen Roske sofort entsprechend festgenagelt wurde. — Zum Schluß standen noch einige Resolutionen zur Verhandlung. Das Zentrum verlangte, daß Besuche von Verurteilten Militärschützlinge vom aktiven Dienste aus Willigkeitsgründen möglichst wohnmöglich behandelt würden. Diese Resolution fand Annahme. — Von den Fortschrittler war folgende Resolution eingebracht worden: den Reichskriegler zu erziehen, dahin zu wirken,

Dass bei der Befehung militärischer Stellen allein die persönliche Tüchtigkeit ohne Rücksicht auf die politische oder konfessionelle Überzeugung oder die gesellschaftliche Stellung entscheiden soll.

Diese Resolution führte zu einer Debatte, in der die Genossen Stücken und Roske mit dem Kriegsminister hart aneinander gerieten. Abg. v. Hertling (Z.) verlangte nämlich, daß das Wort „politische“ gestrichen werden müsse, weil sonst auch Sozialdemokraten als Offiziere geduldet werden müßten. Dieser Auffassung schlossen sich der Kriegsminister und die nationalliberalen Abg. Görde und Osann an. Genosse Stücken stellte fest, daß hier im Gegensatz zur Verfassung die Sozialdemokraten wieder einmal ganz offiziell zu Staatsbürgern zweiter Klasse gestempelt würden. Derselbe Kriegsminister und dieselben Parteien lassen sich aber die Sozialdemokraten als Soldaten und Steuerzahler ganz gern gefallen. Uebrigens werde kein Sozialdemokrat etwa den „Ehrgeiz“ haben, den Beruf des Offiziers zu ergreifen. Immerhin stehe es fest, daß die Sozialdemokratie auch unter den Offizieren Anhänger habe. Höchst gereizt entgegnete der Kriegsminister, daß ein Sozialdemokrat, der den Staat umstürzen und den Kaiser beseitigen wolle, nicht Vorgesetzter sein dürfe. Genosse Roske hielt dem Kriegsminister dann vor, seine Rede habe bewiesen, daß er von der Sozialdemokratie absolut nichts verstehe. Nach dieser Logik seien Sozialdemokraten eigentlich nur berechtigt, sich im Falle eines Krieges für dieses System totzuschicken zu lassen. — Schließlich änderten die Fortschrittler ihre Resolution entsprechend den Zentrumswünschen um, wofür sie dann der Abg. Gröber (Z.) weiblich verspottete. Das Ende vom Liede war, daß die Resolution abgelehnt wurde. Angenommen wurde eine Resolution, die verlangt, daß die Reform des gesamten Militärstrafrechts, des Besondereinstellungsrechts und des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Offiziere, sowie der Stellung der nicht dem aktiven Militärstande angehörenden Personen in diesem Verfahren in die Wege geleitet werde.

Die weitere Beratung des Militäretats wurde auf Dienstag vertagt.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission. Sitzung vom Freitag, den 10. Februar.

Die Kommission stimmte dem Grundgedanken der Kompromißanträge zum Ausbau der Versicherungsbehörden zu. Hiernach sollen die Berufsgenossenschaften zunächst einen Vordereinstellungsbescheid erlassen. Gegen den Bescheid kann der Berechtigte Einspruch

erheben. Der Einspruch ist binnen einem Monat nach Zustellung des Bescheides bei dem Versicherungsamt schriftlich zu erheben. Der Einspruch kann auch wirksam bei dem zuständigen Versicherungsamt erhoben werden.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde hinzugefügt, daß — wie es auch im geltenden Gesetz zugelassen ist — der Antrag auch bei jeder inländischen Behörde erhoben werden kann.

Die rechtzeitige Erhebung des Einspruchs begründet das Recht auf persönliche Wehr des Berechtigten. Die Berufsgenossenschaft bestimmt, ob der Berechtigte vor ihr oder vor dem zuständigen Versicherungsamt vernommen werden soll. Der Berechtigte muß aber, wenn er es verlangt, vor dem Versicherungsamt vernommen werden.

Die Sozialdemokraten forderten zunächst, daß die Vernehmung in allen Fällen vor dem Versicherungsamt stattfinden soll. Das wurde jedoch mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt.

Ferner forderten die Sozialdemokraten, daß den Berechtigten die Kosten ersetzt werden, die ihnen durch die Wehr zu ihrer Vernehmung verursacht werden. Auch dies stimmten zwar die anderen Parteien nieder, jedoch nahm die Kommission gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen den Bescheidantrag der Sozialdemokraten an, daß weigert sich dann dem Berechtigten die Kosten ersetzt werden, wenn er von der Berufsgenossenschaft vernommen wird.

Schließlich wurde, wieder infolge einer Anregung der Sozialdemokraten, die Bestimmung hinzugefügt, daß für die Vernehmung stets das Arbeitsamt zuständig sein soll, in dessen Bezirk sich der Berechtigte zurzeit der Vernehmung aufhält.

Verzögliche Gutachten.

Ist nicht schon durch die Berufsgenossenschaft ein Arzt gehört worden, dem der Versicherte nach eigener Wahl seine Behandlung übertragen hat, so hat das Versicherungsamt auf den Antrag des Versicherten das Gutachten eines anderen Arztes einzuholen. Dies soll aber nach den Kompromißanträgen ausgeschlossen sein, wenn das Gutachten nach Ansicht des Versicherungsamtes für die Entscheidung von Bedeutung sein kann.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß das verlangte Gutachten nur dann verzögert werden darf, wenn es für die Entscheidung offenbar nicht in Frage kommt. Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß der Antrag auf ein weiteres Gutachten auch dann zulässig sein soll, wenn der bisher gehörte Arzt in einem Vertragsverhältnis zu der Berufsgenossenschaft steht. Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Ferner ist auf Verlangen des Berechtigten in allen Fällen, wenn er die Kosten im voraus estrichtet, ein von ihm bezogener Arzt zu hören. Jedoch sollte das Versicherungsamt berechtigt sein, den von dem Berechtigten bestimmten Arzt abzulehnen, wenn der Antrag nach Ansicht des Versicherungsamtes zur Verschleppung des Verfahrens dient. Diese Beschränkung wurde von den Sozialdemokraten als ganz unbedeutend nachgewiesen und schließlich einstimmig genehmigt.

Nächste Sitzung Dienstag.

Aus der Reichstagskommission für das Schiffsahrtsabgabengesetz.

Die Kommissionsitzung am Freitag wurde mit einer Debatte über die Stellungnahme Oesterreichs und Hollands zu der in Aussicht genommenen Aufhebung der Abgabenfreiheit ausgefüllt. Beide Länder sind in hohem Maße an der Aufrechterhaltung der freien Rhein- und Elbschiffahrt interessiert und haben bis jetzt auf das entschiedenste erklärt, sich nicht auf eine Abänderung der sie schützenden Verträge einlassen zu wollen. Solange die Schiffsahrtsverträge bestehen, können für diese beiden Hauptströme keine Abgaben eingeführt werden. Darüber sind sich Kommission und Regierung einig. Der Artikel 6 der Vorlage spricht das auch aus. — Die „vertraulichen“ Erklärungen, die der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, v. Riederlen-Wächter, am Freitag abgab, haben diese Schwierigkeit in keiner Weise gelöst. Sie waren so inhaltlos wie möglich und brachten nichts, was nicht schon seit der Öffentlichkeit bekannt war.

Unsere Genossen verteilten in der Debatte nachdrücklich den Standpunkt, daß die ganze Weiterverhandlung zwecklos sei, solange sich Oesterreich und Holland ablehnend verhalten, jedoch beschloß die Mehrheit der Kommission, die Beratungen trotz der durchaus negativen Auskünfte des Vertreters des auswärtigen Amtes fortzusetzen.

Am Mittwoch und Donnerstag nächster Woche will die Kommission die Rheinischen Frankfurt am Main, Mannheim, Mainz, Köln und Duisburg besuchen, um sich an Ort und Stelle über die in Frage kommenden Verhältnisse zu informieren.

Gerichts-Zeitung.

Die Unverlässlichkeit von Polizeimandsagen

erscheint den Gerichten nur zu oft als zweifellos. Wenn ein Schuttmann schwört: „Ein Verbrechen ist geschehen!“, dann kann der Angeklagte sich schon auf eine Verurteilung einrichten. Diesem

bedauerlichen Vertrauen der Richter auf die Sicherheit der Wahrnehmungen und Beobachtungen von Polizeisten hatte der Arbeiter Paul Wiebold aus Steglitz es zu danken, daß er im April 1910 zu 20 W. Geldstrafe verurteilt wurde.

Im Oktober 1909 sollte er in Steglitz vor der in der Jahnstraße gelegenen Schule ohne Erlaubnis der Polizei Zettel verteilt haben, durch die die Fortbildungsschüler zum Besuch von Versammlungen der Freien Jugendorganisation aufgefordert wurden. Wegen eines Strafbefehls, den die Polizei ihm schickte, erhob er Widerspruch. Vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg behauptete Paul Wiebold, er habe keine Zettel verteilt und sei überhaupt nicht zur fraglichen Zeit am fraglichen Ort gewesen. Da auch die Zeugen ihn nicht sicher wiederzuerkennen schienen, so wurde er freigesprochen. Auf Berufung des Amtsanwalts kam die Sache vor das Landgericht II Berlin. Hier wurde angenommen, daß durch die Aussagen zweier Kriminalbeamten, die ihn damals festgestellt zu haben meinten, seine Schuld erwiesen sei. Paul Wiebold wurde trotz seiner Veteuerung, daß eine Personenbezeichnung vorliegen müsse, zu 20 W. Geldstrafe verurteilt.

Später erst erfuhr der Verurteilte von seinem Bruder, dem Tischler Wilhelm Wiebold, daß er es sei, den damals die Kriminalbeamten festgehalten und ausgeschrien hatten. Daraufhin ließ Paul Wiebold durch Rechtsanwalt Dr. Josef Herzfeld das Wiederaufnahmeverfahren betreiben. Am Donnerstag stand Paul Wiebold vor dem Landgericht II Berlin (Strafkammer 3), um im

Wiederaufnahmeverfahren

nochmals eine Entscheidung über jene vom Amtsanwalt eingelegte Berufung gegen das freisprechende Schöffengericht entgegenzunehmen. Der jetzt als Zeuge vernommene Wilhelm Wiebold erklärte, warum er nicht schon früher mit seiner Angabe hervorgetreten sei. Er sei damals mit dem Bruder entzweit gewesen, darum habe er ihm, obwohl beide zusammen mit ihren Eltern wohnten, nichts von seinem Erlebnis an jenem Oktoberabend erzählt.

Angehalten hatte die Polizei den Tischler Wilh. Wiebold, weil er in der Nähe des Schulhauses umhergezierte und wohl bei dem vor der Tür stehenden Rektor den Verdacht weckte, Zettel verteilen zu wollen. Vor Gericht bekundete Wilh. Wiebold, erst nachdem er selber (Wiebold) sich einen Zettel geben lassen und ihn dem gleichfalls vor der Tür umherstehenden Schuldiener überreicht mit den Worten: „Hier! Sie brauchen sie nicht erst von der Straße aufzulesen.“ Nach seiner Darstellung, die von dem Zeugen Fortbildungsschüler Teßloff unterstützt wird, wäre diese Ugelei alles, was gegen ihn vorlag. Aufgeschrieben habe man ihn aber schon vorher, ohne daß ihm gesagt wurde, wessen er sich schuldig gemacht haben solle. Der Strafbefehl, durch den die vermeintliche Zettelverteilung geahndet werden sollte, wurde hinterher, wie schon gesagt, seinem Bruder Paul Wiebold zugesandt.

Wie diese Verwechslung möglich war, ließ im Wiederaufnahmeverfahren sich nicht aufklären. Wilh. Wiebold versichert, daß er dem Kriminalbeamten, der ihn an die nächste Laterne führte und die Personalisten ausschrieb, den Familiennamen „Wiebold“ samt dem richtigen Vornamen „Wilhelm“ und dem Beruf „Tischler“ gesagt habe. Teßloff, der zugegen gewesen ist, kann hierüber nichts angeben. Kriminalwachmeister Johann Wagner, der die Feststellung vorgenommen hat, glaubt sich zu erinnern, daß ihm der Vorname „Paul“ gesagt worden sei. Wilhelm Wiebold bestreitet das sehr entschieden. Auf eine Frage des Verteidigers erklärt Wagner, die Notizen seien nicht mehr aufzufinden. Nach den Geburtsdaten hat er überhaupt nicht gefragt, weil er Wiebold ohnedies zu kennen meinte. Bei der Feststellung war auch Kriminalbeamter Wilhelm Krensch zugegen. Er erinnert sich, daß ein Vorname angegeben wurde, kann aber nicht sagen welcher.

Der Strafbefehl richtete sich gegen Paul, und in dem Strafverfahren gegen Paul Wiebold bekundeten beide Beamten unter Eid, er sei es, den sie angehalten hätten. Im Wiederaufnahmeverfahren erklären beide mit verlogener Gesicht, sie seien der festen Überzeugung gewesen, in dem damaligen Angeklagten Paul Wiebold den Richtigen vor sich zu haben. Der Vorsitzende läßt die beiden Brüder sich nebeneinanderstellen. Wagner möchte noch jetzt annehmen, daß er Paul angehalten habe. Er findet, die Brüder seien „zum Verwechseln ähnlich“, aber der Augenschein zeigt, daß die Ähnlichkeit keineswegs so sehr groß ist. Wilhelm ist ein junger Mann, der im Oktober 1909 erst 19 Jahre alt war, während Paul damals bereits im 30. Lebensjahr stand. Damals wird der Altersunterschied gewiß noch mehr als heute ausgefallen sein. Den Zeugen Wagner fragt der Verteidiger: Hatte der, den sie festhielten, einen Anflug von Schnurrbart? — Zeuge: Ja. — Verteidiger (indem er auf Paul Wiebolds recht hübsch entwidelten Schnurrbart zeigt): Na, das nennt doch kein Mensch einen Anflug! — Zur Sprache wird noch gebracht, daß mindestens der jüngere Bruder den Beamten schon bekannt sein mußte. Wilhelm hat öfter auf der Polizei wegen Anmeldungen zu tun gehabt. Beide Beamten geben zu, daß sie ihn in der Tat von früher kannten.

Dem Antrage des Staatsanwalts, hiernach das verurteilende Erkenntnis gegen Paul Wiebold für aufgehoben zu erklären und den Angeklagten freizusprechen, schließt der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Josef Herzfeld sich an. Der Verteidiger hebt hervor, in dem früheren Strafverfahren gegen Paul Wiebold sei von beiden Kriminalbeamten mit Bestimmtheit gesagt worden, daß Paul Wiebold der sei, den sie angehalten hätten, und daß ein Verbrechen unmöglich sei. Unmöglich habe, wie man jetzt sehe, eine Verwechslung der Brüder sein müssen; nur aus großer Fahrlässigkeit der als Zeugen vernommenen Beamten könne man sie sich erklären. Das Urteil lautete selbstverständlich auf Freisprechung.

Wir hören, daß durch Anzeige gegen die beiden Kriminalbeamten die Staatsanwaltschaft zu näherer Prüfung jener im ersten Verfahren gegen Paul Wiebold gemachten Aussagen aufgefordert worden ist.

Revolverdiebstahl

eines verheirateten Mannes, der außerdem Vater von drei unmündigen Kindern ist, beschuldigt gestern das Schwurgericht des Landgerichts III. Aus der Untersuchungshaft wurde der 36jährige Kesselfabrikant Otto Steindorff vorgeführt, der beschuldigt wurde, seine Geliebte, die Arbeiterin Emilie Runge vorsätzlich und mit Ueberlegung zu töten versucht zu haben. — Den Vorfall führte Landgerichtsdirektor Liebenow.

Der auf verurteilten Wort lautenden Anklage liegt folgendes zugrunde. — Der Angeklagte, welcher seit mehreren Jahren verheiratet und Vater dreier Kinder ist, lernte im Oktober 1909 auf einem „Wittwenball“ in dem Lokal „Marienbad“ in der Wobrisstraße die ledige Arbeiterin Emilie Runge kennen. Da er sich als unverheiratet ausgab, ging die R. mit ihm ein intimes Liebesverhältnis ein, welches bis zu Ostern v. J. dauerte. Um diese Zeit erfuhr die R., daß Steindorff verheiratet war. Sie löste deshalb ihre Beziehungen zu dem Angeklagten, der darüber in eine Art Liebeskrise geriet. Er verfolgte die R. von nun an auf Schritt und Tritt. Als die R. sich trotzdem ablehnend verhielt, taufte sich der Angeklagte einen Revolver, den er der Runge und ihrer Mutter zeigte. Bei dieser Gelegenheit äußerte er, wenn die R. nicht zu ihm zurückkehre und wieder das Verhältnis mit ihm aufnehmen, so werde er sie töten, wo er sie treffe. Als ihr der Angeklagte dann wiederholt mit dem Revolver schon gegen 6 Uhr morgens vor ihrer Arbeitsstelle aufwartete, lief die R. schließlich in ihrer Todesangst

zur Polizei und erstattete gegen Steindorff Anzeige wegen Erbrochens. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht Webbing nahm einen recht eigenartigen Verlauf. Die Runge war anscheinend vorher von dem Angeklagten geblendet worden, ihn nicht unglücklich zu machen. Dies hatte zur Folge, daß die R. vor Gericht sich als Verlobte des Steindorff ausgab und demgemäß von dem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machte. Dem damaligen Vorsitzenden entging es, daß es sich nur um eine Scheinverlobung handelte, da die R. mit dem Angeklagten als verheirateten Manne überhaupt kein Verlöbniß eingehen konnte. Die Folge war, daß Steindorff in dieser Sache freigesprochen wurde. Diese Freisprechung mußte den Angeklagten wohl besonders mutig gemacht haben, denn einige Tage nach dem Termin laurierte er der R. von neuem auf. Am 18. August v. J. lief Steindorff mit einem Revolver in der Faust hinter der stehenden Runge her. Er wurde von Passanten angehalten; ein Arbeiter Walchert entriß ihm den Revolver und verhielt sich weileres Unheil von seiten des schleichwärtigen Wiebolders. Von der Runge wurde nunmehr zum zweiten Male Anzeige wegen Erbrochens erstattet, welche zur Folge hatte, daß St. zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Während dieses Verfahrens schwebte, verübte dann der Angeklagte die jetzt zur Anklage stehende Tat. Er schaffte sich einen neuen Revolver an und suchte damit eine Tanzfestlichkeit auf, an welcher auch die Runge teilnahm. Als ihm diese beim Tanzen einen „Korb“ gab, äußerte der Angeklagte zu einem Bekannten, daß heute noch „etwas passieren“ würde. Kurz vor Schluß der Festlichkeit verließ der Angeklagte den Saal und ging voraus, um der R. vor ihrer in der Schulstraße gelegenen Wohnung aufzulauern. Als die R. mit einer Freundin ahnungslos die Straße entlang kam, trat der Angeklagte plötzlich auf sie zu und gab vier Schüsse ab. Eine Kugel verfehlte die R. leicht am Halse, eine zweite Kugel ging durch das Kopfhaut, durchschlug den Hut und einen Haarkamm, so daß die R. lediglich dadurch, daß die Kugel zufällig einen Zentimeter höher ging, vor dem Tode bewahrt blieb. Nach dieser Tat ergriff der Angeklagte die Flucht. Er ging in seine Wohnung, wo er am nächsten Tage verhaftet wurde. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er stark angetrunken gewesen sei und überhaupt nicht wisse, wie er eigentlich dazu gekommen sei, zu schießen. Eine Absicht, die Runge zu töten, habe er nicht gehabt, er habe ihr nur einen Schreck einjagen wollen, um sie dadurch zu veranlassen, ihn wieder Liebe zuzuwenden. — Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage nach vergeblichem Totschlag und billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte unter Einbeziehung der 6 Monate Gefängnis, zu denen der Angeklagte bereits verurteilt ist, eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis.

Ein beleidigter Reichstote.

Wegen öffentlicher Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Ding (Eberfeld-Barmen), verurteilte das Schöffengericht in Barmen am Dienstag den politischen Redakteur der liberalen „Neuesten Nachrichten“ in Eberfeld, Wilhelm Kumann, zu 200 Mark Geldstrafe. Die Beleidigung wurde gefunden in einem in dem genannten Blatte veröffentlichten Bericht über eine von der Freien evangelischen Volksvereinigung anfangs Oktober 1910 einberufene öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Ding eine Rede gegen die Sozialdemokratie und den Abgeordneten Dr. Kumann gehalten hat. Der Artikel war überschrieben „Himmelstürmer“ und nannte Ding einen Fanatiker, der in der Versammlung „gestudiert und gemettert habe wie ein besserer Fuhrmann“. Der Angeklagte wandte ein, daß er ihm persönlich auch gar nicht habe beleidigen wollen, sondern nur eine Satire auf seine politische Tätigkeit habe schreiben wollen, wie sie Männer aller politischen Parteien in den Organen ihrer politischen Gegner über sich ergehen ließen. Das Gericht erklarte in den erwähnten Ausdrücken aber eine schwere formelle Beleidigung und erkannte, obgleich K. noch nie bestraft ist, auf die gehäufte ungewöhnlich hohe Strafe. — Gegen seine politischen Gegner ist Herr Ding durchaus nicht zimperlich, weshalb seine Klagezeit um so unverständlicher ist.

Unserem Begleitführer	
Ernst Studel	
die besten Glühwürmche zum heutigen Tage.	
Der 148a Bezirk.	
Kunstkloster von Frau Kolobitz	
Schlachter, Kurstraße 8 III.	

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen

(E. H.) zu Schw.-Gmünd

Montag, den 13. Februar, abends präzise 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung

(§ 28 des Statuts) im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung: 1. Jahres- und Rechenschaftsbericht vom Jahre 1910. 2. Diskussion. 3. Wahl für die nach § 23 des Statuts auscheidenden Mitglieder des Vorstandes. 4. Verschiedenes.

Das Kassendbuch legitimiert. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. J. K.: E. Holtkamp, Vorst., Admitstr. 18 B

Pa. Schlaek- u. Salamiwurst 1.20 M.	
Dr. geräucherte Gänsekulen, z. Robben, ff. Gänsefleisch, garantiert rein, a Pfd. 1.20 M., empfiehlt 21/11	
Hermann Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95. Schaub Kaiser-Wilhelm-Strasse.	

Gegründet 1893	
A. B. KOCH	
Gegründet 1893	
Kohlen- und Briketts-Großhandlung	
Hauptkontor: Petersburger Str. 1 Berlin. Telefon: Amt 7. 3040 und 3096.	
Lagerplatz 1: O., Rüdorsdorfer Str. 71 (am Kästriner Platz, alt. Ostb.)	
Lagerplatz 2: O., Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)	
Lagerplatz 3: N., Behmstraße 36 (Schivelbeiner Straße, Ecke Malmder Straße)	
Preise für Ia Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:	
Ia Senftenb. Marienglück Salon 82 Pf.	pr. Ztr.
Ia Senftenb. Gotthold Salon . 92 Pf.	pr. Ztr.
Ia Diamant Salon 1.-M.	pr. Ztr.
(Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.)	
Ia Huse Salon 1.-M.	pr. Ztr.
Ia Halksteine 80 Pf.	pr. Ztr.
Ia Anthracit Cadé 2.80 M.	pr. Ztr.
Bei Frankfurterlieferung je nach Quantum per Ztr. 10-18 Pf. mehr.	
Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.	
Holz, zerkleinert, per Zentner 2.- M.	
Bei größeren Abschüssen u. Originalwagg. verl. Sie meine Spezialofferte.	
Als besonders preiswert sind meine unüber-troffenen Marienglück-Briketts	
zu empfehlen, welche ich bei 2000 Stück mit	
8.75 pr. Taus. bei 30 Ztr. mit 97 Pf. pr. Ztr.	
franko bis 4 Tropfen lukulive aller Unkosten liefern.	

Todes-Anzeigen

Verband der Sattler und Portefeuilleur.

Ortsverwaltung Berlin.
Am 9. Februar verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied, der Kollege

Hermann Hertramph

(Berksalt Frei Cobau).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Montag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Grennhalt zu Bitternau.
Um rege Beteiligung ersucht
156/7 Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß am Donnerstag nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann und guter Vater, der Schriftfeger

Albert Loeper

im 41. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
Berta Loeper nebst Kind.
Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 2 Uhr auf dem neuen Rigsdorfer Friedhof am Marienborler Weg statt.

Am 9. Februar verschied plötzlich unser lieber Kollege, der Schriftfeger

Albert Loeper

im 41. Lebensjahre.
Er war uns ein braver Kollege. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. Rüge ihm die Erde leicht sein!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Neuen Rigsdorfer Gemeinde-Friedhof am Marienborler Weg statt.
Die Kollegen der Druckerei
Otto Elsner.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

und verwandter Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß am 8. Februar, nach langem schweren Leiden der Kollege, Stalman

Gottfried Amling

(Gabriel u. Jäger)
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgs-Kirchhofes in Niederschönhausen-Kordend aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
12/5 Der Vorstand.

Kranken- und Begräbniskasse der Seifensieder u. Berufsgen.

(E. N. 17 zu Berlin.)

Nach kurzem aber schwerem Leiden verstarb unser langjähriges Mitglied

Wilhelm Bethge.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Bethenfee aus statt.
Um rege Beteiligung bitte
287/16 Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4

„Freier Bund“

Einkaufs- u. Produktivgenossenschaft freier Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Berlin.

Dienstag, den 28. Februar 1911, nachmittags 5 Uhr, beim Genossen Fritz Wille, Sedanstraße 39:

Ordentl. Generalversammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Berlegung des Protokolls der letzten Generalversammlung.
 2. Geschäftsbericht vom Vorstand und Aufsichtsrat.
 3. Beröffentlichung der Bilanz und Gewinnverteilung.
 4. Festsetzung eines Termins zur Auszahlung der Mitgliederanteile über 20 Mark.
 5. Festlegung der Entschädigung für Vorstand und Aufsichtsrat.
 6. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat und Vorschläge zum Vorstand.
 7. Vortrag des Kollegen Wänzer über: „Genossenschaftlicher Einkauf und deren Vorteile“.

Der Vorstand.
H. Matthes, Joh. Greth.

103/8

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 12. Februar 1911, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Umänderung der Unterstufungsätze.
 2. Delegiertenwahl zur Berliner Generalversammlung.
 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
- Die Ortsverwaltung.
79/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zur Beachtung!

Die Geschäftsstelle 45 ist von Zentus, Kottbusser Damm 23, nach Kottbusser Damm 32 bei Zentus verlegt worden.

H. A.: Die Ortsverwaltung.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monats-Garderoben, Große Frankfurter Straße 93, mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen. Wir bringen unsere Anzüge, Paletots etc. teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern etc., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen. Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Seide) und tadellosen Sitz auszeichnen. Wir empfehlen getragene Woll-Anzüge 8 M., 14 M., 18 M. Woll-Paletots 6 M., 12 M., 16 M. etc. Gesellschafts-Anzüge werden billigt vertieft.

Kaufhaus für Monats-Garderoben

Große Frankfurter Str. 93

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Keine Filialen am Plage.

Abteilung II Neue Garderoben.

Nur Große Frankfurter Straße 93

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1939. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Gürtler! Achtung!

Montag, den 13. Februar 1911, abends 6 Uhr:

Allgemeine Versammlung

aller in Gürtlereien beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen

im Gewerkschaftshaus, Engelster 15, großer Saal.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Kollegen Karl Sebering: „Die Bedeutung der nächsten Reichstagswahlen für die Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl der Kommission. 4. Berbandangelegenheiten und Verschiedenes. 111/17

Es wird erwartet, daß die Kollegen in dieser Versammlung zahlreich vertreten sind; niemand darf fehlen!
Die Ortsverwaltung.

MÖBEL

-Kauf ist Vertrauenssache; man sei daher beim Einkauf von Möbeln vorsichtig. Wir leisten für jedes Stück Garantie. Niemand veräume daher, bei uns einen Versuch zu machen

Einrichtung	Einrichtung	Einrichtung
12 Mark	20 Mark	30 Mark
Anzahlung	Anzahlung	Anzahlung

Einzel-Möbel
schon mit 5 Mark Anzahlg. an. Abzahl. wöchentl. 1 Mark an.

S. Gottlieb
G. m. b. H.
Rosenthalerstr. 54

KREDIT!

Möbelfabrik Berolina

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Sonntag, den 26. Februar 1911, vormittags 9 Uhr, im Geschäftstokal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bilanz. 2. Wahl des Vorstandes u. des Aufsichtsrates. 3. Geschäftliches.

Die Bilanz liegt zur Einsicht in unserem Geschäftsraum aus. 103/10

Der Vorstand: H. Kreß, Karl Bräuer.

Möbelfabrik Zukunft

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Sonntag, den 26. Februar 1911, nachmittags 2 Uhr,

im Lokale von Fritz Schumann, Lillier Str. 6; 103/11

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berlegung der Bilanz. 2. Renzmaß. 3. Anträge. Der Vorstand.

Pollmanns

Bandagen-

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc.

Berlin N., Rothringstr. 60.

Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.



SALAMANDER

Schubges. m. b. H., Berlin

Zentrale: W 8, Friedrich-Strasse 182

Einheitspreis für
Damen und Herren M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50
Fordern Sie Musterbuch V

- W. Friedrich-Strasse 182
- SW. Friedrich-Strasse 221
- N. Friedrich-Str. 118/19
- C. König-Strasse 47
- W. Potsdamer Strasse 5
- C. Rosenthaler Tor
- W. Tauentzien-Strasse 15
- N. Bad-Strasse 20
- NO. Gr. Frankfurter Str. 102 (am Strausberger Platz)
- NW. Wiltschaker Strasse
- Ecke Turmstrasse 9
- Charl., Wilmerdorfer Str. 126
- Steglitz, Schloss-Strasse 20
- Spandau, Breite Strasse 30
- Potsdam, Naucener Strasse 24

MAGGI^s Bouillon-Würfel zu 5 Pfg. für 1/4-1/3 Liter



sind allein echt

mit dem Namen **MAGGI** und dem Kreuzstern.



Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 11. Februar.

Abend 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Lothengrin. (Anfang 7 Uhr.) Königl. Schauspielhaus. Der Störenfried. Deutsches. Oskello. Kammerstücke. Lenzel. (Anf. 8 Uhr.) Anfang 8 Uhr. Neues königl. Oper-Theater. Geislingen. Neues Schauspielhaus. Das kleine Schokoladenmädchen. Nachm. 3 1/2 Uhr: Maria Stuart. Festung. Die Ratten. Romische Oper. Die Bohème. Kleines. Die verführten Frauenzimmer. I. Klasse. Varieté. Neues Operetten. Die schöne Misset. Berliner. Bummelstudenten. Nachm. 8 1/2 Uhr: Nathan der Weise. Dessen. Die lustige Witwe. Neues. Mein erlauchter Ahnherr. Trianon. Hippolisches Abenteuer. Zulu. Barbet Rena. Dalia. Polnische Gesellschaft. Schiller O. (Wagner-Oper.) Die Fee Caprice. Schiller-Charlottenburg. Husarenlieber. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Cyrano von Bergerac. Volkoper. Das Auge Jekessen. Der Traudabour. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Sinfoniehaus. Das Objekt. Ausstellungen-Theater. Meyers. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Linsen. Durchgegangene Weiber. Nachm. 4 Uhr: Rottkäppchen. Modernes. Der Feldherrnhügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Neue. Lorbeerbaum und Bettelstab. Nachm. 4 Uhr: Prinzessin Edeltraut. Herrfeld. Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er. Follies Caprice. Der Feldweibel. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Metropol. Hurra - Wir leben noch! Kasino. Julie Wippen. Apollo. Spezialitäten. Variété. Spezialitäten. Boigt. Geschlossen. Reichshallen. Steffner Sönger. Sandfouci. Spezialitäten. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Wintergarten. Spezialitäten. Walskalla. Bravo! Dacapo! (Anfang 8 1/2 Uhr.) Wedding. Lustspiele. Urania. Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Von San Remo nach Florenz. Abends 8 Uhr: Die neue Tavernen- und Karawanken-Bahn. Hörsaal 8 Uhr: Professor Dr. Donath: Die Entstehung der Röntgenstrahlen. Sternwarte. Invalidentstr. 57-62.

Lessing-Theater. 8 Uhr: Die Ratten. Sonntag 3 Uhr: Rosenmontag. 8 Uhr: Die Ratten.

Berliner Theater. Täglich 8 Uhr: Bummelstudenten.

Neues Theater. Täglich: Mein erlauchter Ahnherr. Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.

Modernes Theater (früher Heubeltheater). Abends 8 Uhr: Doppelmensch.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Pariser Menu. Drei Gänge von Georges Feydeau und Weber-Abrie. 1. Gang: „Der Kater über Paris“, 1 Akt von Weber-Abrie. 2. Gang: „Eine Nachtschicht“, 1 Akt von Georges Feydeau. 3. Gang: „Nach dem Wunschenball“, 1 Akt von Georges Feydeau. Sonntag, den 12. Februar, nachm. 3 Uhr: Kummere Dich um Amalie.

Pariser Menu. Drei Gänge von Georges Feydeau und Weber-Abrie. 1. Gang: „Der Kater über Paris“, 1 Akt von Weber-Abrie. 2. Gang: „Eine Nachtschicht“, 1 Akt von Georges Feydeau. 3. Gang: „Nach dem Wunschenball“, 1 Akt von Georges Feydeau. Sonntag, den 12. Februar, nachm. 3 Uhr: Kummere Dich um Amalie.

Burgtheater. Festsäle und Kinematograph vom Groterjan, Inhab.: Rud. Marz, Schönhauser Allee 126. Tel. 8, 9353. Lebende Photographien. Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte. Anf. 7 1/2, Sonn. 4 U. Vorzugskarten, nur wochentl. gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Walhalla-Theater. (Nollendorf-Platz) Weinbergstr. 20. Täglich 8 1/2 Uhr. Abends 8 Uhr. Bravo! Da Capo! Eine Weltweit-Revue. Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: Unsere Don Juans. Kleine Preise.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Nachmittags 4 Uhr: Prinzessin Edeltraut. Märchen mit Gesang und Tanz in 5 Akten. Abends 8 Uhr: Lorbeerbaum und Bettelstab. Schauspiel in 4 Akten von Goltz. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Der Witzschied. Abends u. Montag: Lorbeerbaum und Bettelstab.

Urania. Wissenschaftliches Theater Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Von San Remo nach Florenz. Abends 8 Uhr: E. v. Paska: Die neue Tavernen- und Karawanken-Bahn. Hörsaal 8 Uhr: Professor Dr. Donath: Die Entstehung der Röntgenstrahlen.

Kaiser-Panorama. S. i. Male: IV. Wanderung im Venedig. 2. Woche: III. Tour im Wäldchen Schwarzwald. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf. Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonnabend, 11. Febr., abends 8 Uhr: Cyrano von Bergerac. Sonntag 3 Uhr: Die Frau von Orleans. 8 Uhr: Wilhelm Tell. Montag: Wilhelm Tell.

Luisen-Theater. Nachmittags 4 Uhr: Große Kinderdarstellung. Rottkäppchen. Abends 8 Uhr: Durchgegangene Weiber. Sonntag 3 Uhr: Hamlet. 8 Uhr: Ums goldene Kalb. Montag: Ums goldene Kalb.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Das Objekt.

Apollon Theater. Abends 8 Uhr: Ein sensationeller Erfolg: ? WALDON ? 8 heilige Chaugusen 8 9 1/2 Uhr: Lachen! Lachen! Lachen! Otto Reutter.

Metropol-Theater. Hurra! Wir leben noch! Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern v. R. Freund. Musik v. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. R. Schütz. Anfang 8 Uhr. Mäuschen gestattet. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Pariser Leben.

Wintergarten. Die berühmte chinesische Tragödie Md. Chung mit ihrem chines. Schauspiel-Ensemble „Im Reiche des Drachens“ Chines. Schauspiel (nach einer alten Legende) in 2 Akten. sowie das drollige Faschingsprogramm. Morgen nachm. 3 Uhr: Vorstellung. Kleine Preise.

Passage-Panoptikum. Lappland in Berlin. Eine Kolonie Frauen, Männer, Kinder. In ihr. Loben, Sitten u. Gebräuch. Zum 1. Male in Berlin! in ein. eigens erbauten Polardorf. Ohne Extra-Entree!

Burgtheater. Festsäle und Kinematograph vom Groterjan, Inhab.: Rud. Marz, Schönhauser Allee 126. Tel. 8, 9353. Lebende Photographien. Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte. Anf. 7 1/2, Sonn. 4 U. Vorzugskarten, nur wochentl. gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Walhalla-Theater. (Nollendorf-Platz) Weinbergstr. 20. Täglich 8 1/2 Uhr. Abends 8 Uhr. Bravo! Da Capo! Eine Weltweit-Revue. Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: Unsere Don Juans. Kleine Preise.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wagner-Oper.) Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Fee Caprice. Lustspiel in 3 Akten v. E. Clumenthal. Ende 10 1/2 Uhr. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Ehre. Sonntag, abends 8 Uhr: Husarenlieber. Montag, abends 8 Uhr: Die Fee Caprice.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Husarenlieber. Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Kadelburg u. Richard Stowromet. Ende 10 1/2 U. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Kaiser. Montag, abends 8 Uhr: Nathan der Weise.

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS. Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91. Eintritt 50 Pf. Gastspiel v. Johann Strauß aus Wien. Anfang 8 Uhr. Morgen, Sonntag: Matinee und Gastspiel von Johann Strauß. Montag zum Besten des Invalidendank: Monster-Konzert.

Brauerei Friedrichshain. Am Königstor. Größte Sehenswürdigkeit Berlins. Morgen: Sonntag auf d. Alm. Der berühmteste Festwitz Schorsch Schrenguber mit seiner Truppe (60 Personen) aus München. Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen. Jeder Besucher erhält ein Los gratis. Anfang 8 Uhr. 4 Orchester. Entree 30 Pf.

Sport-Palast. Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a. Entree 1 M. Größter Eispalast der Welt. Feerie „Karneval am Nordpol“. 200 Eiskunstler. X Prachtvolle Ausstattung. Unerreichbare Lichteffekte. X 2 Musikkapellen. Raum für 10.000 Personen. X Unterricht im Eislauf. Vormittags-Konzerte. Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Excelsior-Lichtspielhaus. Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße.) Anfang: wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachm. Monaldeschi. Historischer Schlager. Das Duell aus Eifersucht. Drama a. d. wilden Westen. Moritz und der Sonnenschirm. Sehr ulkig. Der mutige Bräutigam. Herrn Haases Erlebnisse etc.

Castan's Panoptikum Friedrichstraße 165. Die Schönen Samoas. 25 Personen. Ohne Extra-Entree.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenhalde 108-114. Täglich das beliebte Bockbierfest. Dienstags, Donnerstags und Sonntags: Großer Ball. Anfang 7 Uhr. 3 Kapellen. Entree 30 Pf. Sont. 4 Uhr. Sont. 5 „ 50 „

Stadt-Theater Moabit Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 12. Februar 1911: Die goldene Eva. Lustspiel in 3 Aufzügen von Schönkhan und Rappel-Gesfeld. Ritter Hans v. Schwelgen: Dr. Hans Reich. Koffeneröffn. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

Herrnfeld Theater Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. Zwei Schlager: Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Theater Sanssouci Hochbahnstation Rottbuscher Tor. 8 Uhr: Die von da drüben. Große Gesangsposse von L. Hg. Musik von Schottland. Grete Gallus Paul Förster.

Berliner Volkoper Belle-Alliancestraße 7/8. - 7/9 Uhr: Das Auge Jekessen. Dienstag: Der Traudabour.

Zirkus A. Schumann. Berlins größtes Vergnügungs-Etablissement. Sonnabend, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Grand Soiree high Life. Neu! Heros. Neu! ganz außerordentl. Kraftjongleur. Neu! Antonet u. Grock mit ihren ganz neuen musikal. Kreisel-Globus. neueste Kreation des Direktor H. B. Schumann. Die übrigen neuen Attraktionen. Der große Coup 9 1/2 Uhr. der 9 1/2 Uhr. Schmuggler. Sonntag: 2 Vorstellungen.

Karl Haverland-Anfang Theater Kommandantenpr. 7 1/2 U. Theater. (Anf. 7 1/2 U.) Das vielseitige amüsante Februarprogramm. Neue erhalt. Spezialitäten.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr. Sgr. Ordonia der spanische Caruso. Schneider-Duncker Les Vignacs u. d. kolossale Febr.-Prog. 14 neue Variété-Attraktion.

Casino-Theater Lotzbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr: Ronatelang total außerordentl. Julie Wippen! Ein edles Berliner Volkstheater. Julie Wippen! Man laßt Tränen über Julie Wippen! Sonntag 3 1/2 Uhr: Haß und Liebe.

Union-Theater. Heute fünf neue Programme. Sie werden den Gesprächsstoff aller Berliner bilden.

Theater des Weddings Lichtspiel-Palast Müllerstr. 162/163 - Seltenerstr. 35. Paul Singers Begräbnis. Das Eisenbahnunglück am Baumschulenweg sowie das übrige Glanz-Programm.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Hippolyte's Abenteuer.

Allg. Kranken- u. Sterbehilfe der Metallarbeiter. E. S. 29, Hamburg. Filiale Berlin. Heute Sonnabend: Großer Maskenball in Karl Nifles Kesseln, Dennewitzstr. 13. 645 Das Komitee.

Zirkus Busch. Sonnab. 11. Febr., abds. 7 1/2 Uhr: Elite-Gala-Vorstellung. Auftreten der Tauchkünstlerin Miß Serene Nord! Gastspiel des Herrn Direktor Pierre Althoff und Frau Direktor Adele Althoff. Käti Sandwin. Lady Herkules! Hons. Amonus, Champion im Hochspringen. 3 Gebr. Fratellinis urkomische Clowns. Fredianis, berühmte Reitorfamilie. Um 9 Uhr ca. zum 51. Male: „Armin.“ Vorher das große Galaprogramm.

Theater „Groß-Berlin“. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag, 12. Februar, in Eberswalde M. Rohdes Theater- und Festhalle: Die Rose von Japan. (Er. Operette von Rindt u. Reiffingen. Preise: 30 Pf. bis 1,25 M.; im Vorverf. billiger. Vorverkauf: Im Theaterlokale und in den Zigarrengeschäften von Rindt, Hamann und Rattiblas.

Volks-Theater Rixdorf, Hermannstr. 20. Sonntag, den 12. Februar: Die Geheimnisse von New York. Detektivkomödie in 3 Akten von R. Wang. Montag, den 13. Februar: Tod des Abenteurer. Barbeske in 3 Akten nach dem Englischen von James Carlisle durch B. Sallis.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Die abgetretene Frau. Neuer bunter Teil. Feldweibelhügel. Voigt-Theater. Gelundbrannen, Badstraße 58. Heute, Sonnabend: Keine Vorstellung. Sonntag, 12. Februar, nachm. 3 Uhr: Reif-Reiflingen. Abends 7 Uhr: Robert der Teufel oder: Die Stimme v. Burgund.

LICHTSPIELE. MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr. Königsstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72. Gänzlich neues Programm mit Franz Sobanski. Leop. Rosser, Elsa de Planque, Geschwister Bernhardt, Miß Eugenio, The Blanke usw. Ein Berliner Witzmädchen. Bobert. Anf. 8, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Bosporus am Moritzplatz. 8 Uhr: Das vollstnd. neue Variétéprogramm Nach Schluß der Vorstellung: Großer Bockbier-Trubel 2 Kapellen. Festang. Tanz bis 2 Uhr nachts. Hartmanns Brauerei Carl Beyer, Reinickendorf-W. Scharnweberstr. 101-104. Sonntag, 12. Februar 1911. Noch nie dagewesen! 67b Reinickendorfer Bockbier-Rummel in dem großen neuerb. Festsaal. Norwegische Damenkapelle. Schuhplattler. - Riesa-Rodelbahn zum erstenmal in Berlin. Schaubuden jeder Art. - Humoristen. Großer Ball. Bockbiermützen gratis. - Prämierungen etc.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Abzahlungsgehefte

Credit-Haus Bellealliance

Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S. Spandau

Wolter, Carl

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertr. Otto Starick

Franz Abraham

Dece Brause

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk

Röhren & Jöring

Bäckereien, Konditor

Arnold Beuster's Landbrotfabrik

Feronia

Fischer, Götterstr. 52

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Brotfabrik Buehl & Sohn

Bäckerei „Nordstern“

Bäcker Ostern

Mache, Carl

Carl Kappeler

Paul Müller

Peter's Großbäckerei

Otto Scillat

Schütt, G.

Ulbrich

Heinrich Wittler

Redaktionsstellen

Erscheint 2 mal wöchentlich

Nohonstufen-Bad

Bad Landsberger

Jungrunnen-Bad

Kur-Anstalt „Löser“

Kuranstalt M. Schulz

Köhn's Samariter-Bad

Bad Meyers Hof

Bad Ostend

Passage-Bad

Bad Ostend

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Bandagen, Gummw.

R. Bauke

Wende, A.

Reiche, A.

Boerdig-Anst., Sargm.

Becker, Reinh.

Bunzel, R.

Kronen-Grossmann

Carl Kappeler

Paul Müller

Peter's Großbäckerei

Otto Scillat

Schütt, G.

Ulbrich

Heinrich Wittler

Redaktionsstellen

Arkonas-Bad

Bürger-Bad

Canitz-Bad

Central-Bad

Bezugsquellen-Verzeichnis

Brauerei F. Happoldt

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Weißensee

Brauerei Caramel-Weißbier

Groterjans

C. Habels Brauerei

Goldbier

S. D. Moewes

Münchener Brauhaus

Norddeutsches Brauhaus

Phönix-Brauerei

Richter & Co.

Roland Schade

Schlossbrauerei

Schlossbräu-Kronenbräu

Verins-Brauerei

Weissbier Albert Braun

Weißbier C. Breithaupt

Weißbier F. W. Hiltelmann

Blumen und Kränze

Gasper, Charl.

Otto Hinz

Michaelis & Co.

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Arenz & Poper

Butterhandlung

Ackermann

Oskar Beck

Fritz Bartz

Buntrock, W.

W. Riesner

Ernst Schneider

Schröter, R.

A. Talman

Uhly & Wolfram

Vereingte Meiereien

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cyliax, G.

Die Fabrikator „Sarotti“

Schön Wf. Konditorei

Seiffert, Erich

Teichmann

Alb. Kasulke

Klein, With.

Krebs, Aug.

Willy Mühlenturm

Schürer, A.

Weber, K.

Welters, Theod.

Damenkonfektion

Hugo Arnhold

Max Arndorff

Blusen-Kap.

Carl Brunzler

Cohn, Geschw.

Confektionshaus

Dombrowsky

Holz & Ascher

König

Pappelbaum

Wagner, P.

Louis Röhl

Franz Schönbeck

Schultz, Hugo

Siegfried-Broderie

Spangenberg

Ulrich-Drogerie

Verchow-Drogerie

Wedding Drogerie

W. B. W. esch

Zobel, Georg

Eisen- u. Stahlw.

Aln. O. H.

W. Altmann

Otto Belle

Beutel, C.

Horn, Braun

Brenneke, C.

G. Brenneke

W. Brenneke

G. Brucklacher

Otto Döring

M. Eggeling

Willy Epel

J. Fehrmann

Finck, E.

Gericke & Wolfram

Rob. Helme

C. Hiller

Jacob, Otto

Carl Jung

Junghuth

Carl Karstadt

Unternehmende Geschäfte

Seefische vom Fangplatz

Hans Kunkel

Winkler & Barthold

Flischer u. Wurstw.

Peter Abraham

Hermann Albrecht

Alstadt, Eberfeld

S. Basch

H. Fleisch u. Wurstwaren

Wilhelm Behr

Speck- und Schinkensalerei

Beste und billigste Bezugsquelle

Aut. u. Einsteinst.

Hermann Blauke

Paul Brackrock

Bramer, Franz

Georg Brenner

P. Buckwitz

Spez.-Gesch. f. Fleisch u. Wurstw.

J. Buchholz

Daniel, J.

Robert Bludschus

Pasorumstr. 1 u. Gostardtr.

Danziger Fleisch-Centrale

Dannenberg, Neue Hochstr.

Rich Deckert

Max Dlingos

Albert Donke

Job. Durzynski

Georg Düll

Düll, H.

Erbschlag, G.

H. Matzker

Stephan Moderer

Otto Menzel

Merker, P.

Gottfr. Meussling

Josef Michel

Adolf Nagel

Max Neubert

Julius Ohl

Karl Petrich

F. Poporzelsky

Max Pöbler

Jul. Pytilik

Fritz Rasch

A. Rathow

Peter Rechel

Reimann, Frankfurter

Rhinow, A.

Wilhelm Röder

E. Schauer

Roh. Schäfer

M. Scherer

A. Kiewitz

E. Kiewitz

Richard Schindler

Ed. Schindler

J. Scholz

Schönhauser

Oskar Schubert

Max Schubert

Albert Schucht

O. Schreiber

Max Sommer

Sprengel, A. Wimmerstr. 14 B.
Steinhardt, O. Königsberg, St. 30.
Emil Zallo, Gr. Frankfurt-Str. 30.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Herrn-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Gustav Levy, Spandau,
Lutz, Fr., Bismarckstr. 10.
Edvard Roha, Ob. Schöneweide.

Kautschukfabriken
Kemper Kautschuk, Kautschukfabrik,
Kemper Kautschuk, Kautschukfabrik.

Kinematogr-Theater
Gromadecki, F. Warschauerstr. 63.
Reform-Kino, Reichenberg-Str. 20/27.

Kohlen, Koks, Briketts
Rud. Beier & Co.,
Paul Singer, Knippenstr. 18.

Gesirberger & Müller
Perd. Gräning
Aug. Grimberger

Guse & Co.
Reuterplatz 3
M. F. Leyke

Ferdinand Leyke sen.
Loebell, L.
Georg Knöpfel & Sohn

J. Mannheim
Gebr. A. & J. Podzwitz,
L. Sager & Co.

Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. m. b. H.
Kolonialwaren

Abend, R.,
L. Kücknitz,
Gustav Behrens

Franz Bonk
Borchardt, O.,
Rudolf Fink

Vester, E.
Zur Flora
Kaffee-Spezialgeschäft

L. Kobbelt
Oskar Hrosche
Kaffee-Surrogato

M. Bathke
Goetsch, Ernst
Kartoffeln, Gemüsee

R. Grotlich
Z. Alexander & Co., Badstr. 55.

Paul Herrmann
Hilfrich, A.
Rich. Hübner,
Emil Hübner,

Janik, L.
Georg Jonas,
Oscar Just,
Fritz Jarrack,

Kaseltz
Kastier, M.
Max Katzork,
Reinhold Kelm,

Max Kelm
Kieburg Nfg.,
H. Kindell,
Georg Klepp,

Lips, Chamissoplatz 12
Fritz Lobeth,
Herm. Loewig,
Lonsler, G.,

Lutz, Herm.
Matechka, A.,
Paul E. Maass,
Marshall, E.,

Wilhelm Marx
Karl Maurich,
Meyer, Gust.,
Nichols, Paul,

Niechke, Max,
Möwe, Adolf,
Mink, Carl,
Moritz, Alf.,

Müller, G.,
Münchow, Rob.,
Murnikopf, G.,
Albert Nass,

W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,

W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,

W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,

W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,

W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,

W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,
W. N. N.,

Gebr. Horn, Spandau,
Karl Hahn,
Janicke, F.,
Kerker, J.,

Willy Knobe
Korn, Hugo
B. Krüger,
E. Kunze,

Kurzleben, H.
Gebr. Lange
Lau, W.
Lanz & Jasmann,

Rob. Linde
Lüdke, H.,
Bernh. Lühmacker,
Ulrich, F.,

Wittenbeck, Fr.
Korbwar., Kinderwag.
Metzners

Krankebedarfsartik.
Lederwaren
Gg. Engnath

Carl Fessel
Glatz & Langner
Paul Kratky

M. Rector,
Otto Wehnerl
Lehranstalten

Zuschaide-Schule
Deutsch-Zuschneider-
Verbande, e. V.,
Hartkes Zuschneide-

Rudolf Maurer
Dir. Rönners
Strahlendorffs

Handels-Akademie
Technikum, Bauschule
Licht-Heilanstalten

Linoleum u. Wachs.
Rausch, Rich.
Manufakturwaren

Belwe Nchl., Otto
Konsum
Grünberg Nachf.,
Seidel, M.,

M. Anders
Bethke, Georg,
Boek, Paul,
Dordach, G.,

H. Braest
Fritz Brodes
O. Erhardt
Prese, Ernst

Friedrichsohn
J. A. Fürstenberg,
Gaage, Otto
Hugo Gessler

Grossen, Gebr.
Hammerstadt, G.
Heinrich, R.
Herrmann, H.,

Manke, M.
W. Marx,
C. D. Neumann
Nitsch & Rahnahl,

Jul. Penner
A. Plaetrich
F. Pflüger,
Punzel, Alf.,

Alex. Rambold
Reichpietsch
P. Rentner
Rosin, G.,

Fr. Sacks
Scheibe, Adolf
H. Scheuermann
Schleinitz, A.,

Schneider, Emil
Sophie Charlottenstr. 100.
Otto Schoening & Co.,
Schramm, F.,

Schreiner, Emil
Sophie Charlottenstr. 100.
Otto Schoening & Co.,
Schramm, F.,

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Optiker

Dase, Paul,
Groß, Paul,
Schubert, Carl,
Papier- u. Schreibw.

Putzmittel
Kauf nur
Saffin, bester Schubputz
Solano, best. Metallputz

Welllederwaren
Karnobin
Putz- u. Modwaren
M. Ende

Wilhelm Metzner
Eosterhandlungen
Carl Joch,
Neumann, G.,

Schirmfabrik
Berliner Schirm-Fabrik
Eugen Lichtenstein
Lehrplatz 28.

Schirme u. Stücke
Dahner,
Gottf. E. Spandau,
H. Jung,

Neukirch, Gebr.
Rebsch, E.,
Rehfeld, A.,
Stobeky, W.,

Schmidt, Otto
Stargard, O.
K. Thomas
Wendland, Ernst

Herm. Wendland
Werthers
Witth Wilhelmsdammstr. 37.
Molkereien

Witth Schmidt
Molkerei, Nord-West
„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.

Musikinstrumente
Braun, Emil
Kauf nur
Kauf nur

„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.
Musikinstrumente
Braun, Emil

„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.
Musikinstrumente
Braun, Emil

„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.
Musikinstrumente
Braun, Emil

„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.
Musikinstrumente
Braun, Emil

„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.
Musikinstrumente
Braun, Emil

„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.
Musikinstrumente
Braun, Emil

„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.
Musikinstrumente
Braun, Emil

„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.
Musikinstrumente
Braun, Emil

„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.
Musikinstrumente
Braun, Emil

„Schweizerhof“,
Erdener Str. 46.
Musikinstrumente
Braun, Emil

Franziska Dammick,
Dräger,
Ed. Drechsler,
Engel, W.,

Formanowitz, E.,
Goldschmidt's Partiewaren,
Schuhwaren,
Otto Grälich,

A. Grütz,
Heinrich Johann,
Hering, C.,
Hoffmann, C.,

Janke, F.,
Herm. Jentsch,
H. Jentsch,
Juhke, E.,

Reetz, Max
Fr. Rogosch,
Sachselm, F.,
Schmidt, Gebr.,

Schubert, Carl,
Schnitzler, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,

Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,

Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,

Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,

Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,

Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,

Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,

Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,

Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,

Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,
Schwarz, W.,

Carl Stuhr, Dresdenstr. 154.
Sturm, Erich, Tegel, Hermsd.-Str. 11.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32.
Trieb, Alfred, Falkensteinstr. 4.
Truxa, W., Frankf. Allee 185.
Ulbrich, Friedr., Brunnenstr. 187.
Adolf Völkel, Frankf. Chaussee 159.
Reinh. Wankel, Brunnenstr. 163.
Otto Wartig, Triftstr. 3.
Wedermann, O., Wilmersdorf, Augustastr. 14.
Wegner, R., Rixd., Dergstr. 55/56.
R. Weise, Nowawes, Priesterstr. 74.
Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinstr. 44.
Wutke, Karl, Invalidenstr. 10.

Versicherungen

„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-
Sterbekassenversichg. — Straße 3.

„Friedrich Wilhelm“
Berlin W8, Behrenstr. 58-61
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterversichg.
Mit u. ohne ärztl. Untersuchung.
Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge

Warenhäuser

Bernhard, G., Ober-Schöneweide.
Bieber, Nt., Yorkstr. 37, am Hof.
MaxBlumenreich, Schwedea Str. 1.
Warenhaus MaxCodik
SO, Wrangelstr. 20, Ecke Facklerstr.

David, L. S., Sim-Dachstr. 42.
Sim-Dachstr. 38.
Helmze, Partlowar, Langhausstr. 101.
Leopold Jacobsohn, Nostitzstr. 38.

Julius Loewenberg Nachflg.
sur Gleimstr. 19, a. d. Schönhauser-Allee.

Warenhaus M. Hirsch
Spandau

Waschmittel

Verlangen Sie
„Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.

Herkules Bleich-
Seifen-
Pulver
= schont die Wäsche =
Sparsam im Verbrauch.
Chem. Fabr. „Hewella“ Wollakstr. 44.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Beling
50 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettinger, Eug., Wald-Eck, Wiekfel

Conrad, Großdeffillation
Oranienstr. 207, Ecke Skalitzerstr.

Denhardt & Schultze, Brunnenstr. 55.
Eile m. Weyde, Likörfabr., Gröblichstr. 16.
Gröblich, „Zur Sonne“, P. Freudenberg.
K. Lehmann, Nowawes, Großbeerenstr. 29.
Martin, Bruno, Rl. Hermannsplatz 19.
Mortem, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
Rieß, Fritz, Rl. Hermannsplatz 67.
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Städt. Einzelverkauf zu Engrospreisen.
auch Liköre u. Säfte.
Einzelverk. z. Engrospr.
Weihe, W., Hermannstr. 160.
Wein-Vertriebsgesellsch. v. Maiotki

G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 69.
Hitte Preis. zu vert. Tel. III, 8192.
Wermuth, Oswald, Kopenag.-Str. 1.

Weiß-, Wollw., Trikot.

Ahlscher, Gust., Chornitzerstr. 75.
Max Bahr, Mühlenstr. 42.
H. Baris, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Rl. Hermannsplatz 56.
Otto Erdmann, Mirbachstr. 96.
Benzelstr. 76
M. Gardels Taugrogenstr. 10
Grüner
Hans, A. Weg 26.
Hugo Hecht, Chornitzerstr. 65 a.
Hirschfeldt Reichen-
bergerstr. 43.
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Kästrin-Pl. 11.
Jonas, Hermann Kätzin-Pl. 11.
Juncker, H. Hermannstr. 172.
Kaufh. Katski, Rl. Kais. Friedr.-Str. 143.
Carl Klein, Höchststr. 16, N.O. 18.
Robert Kutsche, Gubenstr. 56.
Adolf Kiesel, Rl. Bergstr. 84 a.

R. Lehmann, Inh. Winter, Köpenick.
Eugen Lewald Frankfr. Allee 187.
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 52/53
via a-vis der Kirche.
A. Lüdek, Rixdorf, Kais.-Friedr.-Str. 177
Luster, C., Reichenbergerstr. 61.
Thaerstr. 46.
Müller, E., Wäsche eig. Fabrikats.
Meyer, Bernauerstr. 12, (Arbeiterkolonie)
Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 205.
Schimmann, Marie, Jagowstr. 25.
A. Radloff, Reinckdt., Markt i. a. See
Raehmer, C., Andreasstr. 69.
Schaefer, Husiten-
str. 42.

M. Schaefer
S.W. Hollmannstr. 43
W. Maagsonstr. 17.
Schrom, Lina, Nibelungenstr. 51.
Hermann Meyer, Schönlagerstr. 21.
A. Nitschpan, Bernauerstr. 111.
Sigmund Simon Nt., Köpenickerstr. 123

Stawenow, Charl., Gardes-de-Corpsstr. 10.
L. Vierarm, Zionskirchestr. 34.
E. Volgt, Reichenkloster, Amendstr. 101.
Gr. Frkf. Str. 95.
Weber & Heynache Prkf. Allee 134.
Wollhaus Lucas Rixdorf, Bergstr. 63

Wild u. Geflügel

C. Dittmann Rixdorf, Berliner Str. 43.
O. Grimm Landsberger Allee 28, auch Fisch.
Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19
Stenzel, L. Rl. Berlinerstr. 59
Zimmer, H., Frinzenstr. 12.

Zahn-Atelier

E. Bade, N. Kastanienallee 103, I.
Hollbruch, Herm., Fankf. I. gr. 1871
Jordan, Alfr., Fr. Allee 31, geg. 1888.
Schmidt, W. Rixdorf, Reuterstr. 811.
Vorseiger dieses 10% Rabatt.

A. Jandorf & Co.

Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm Sowiell Vorrat

Lebensmittel

Haushaltschokolade Pfund 68 Pf.	Kaffee Mischung I II III Pfund 1.10 1.20 1.35
Kakao Pfund 65, 95 Pf.	Zucker z. gemahlen 5 Pfund 98 Pf.
Hühner Stück 1.75, 2.25	Schinkenspeck Pfund 1.10
Bratenschmalz Pfund 63 Pf.	Rückenfett Pfund 58 Pf.
Kartoffeln Weiße runde rote Winter Zentner 2.25	Liesen Pfund 63 Pf.
Kartoffeln Weiße runde rote Winter Zentner 2.75	Dabersche Zentner 2.75
Kasseler Rippespeer Pfund ... 75 Pf.	

- Brech- od. Schnittbohnen 1/2 Dose 28 Pf.
- Kohlrabi in Scheiben mit Grün 1/2 Dose 28 Pf.
- Wirsingkohl 1/2 Dose 30 Pf.
- Spinat 1/2 Dose 42 Pf.
- Suppenscoten 1/2 Dose 38 Pf.
- Junge Scoten 1/2 Dose 45 Pf.
- Feine junge Scoten 1/2 Dose 55 Pf.
- Gemischtes Gemüse 1/2 Dose 45, 65 Pf.
- Bruchspargel ohne Kopf 1/2 Dose 72 Pf.
- Bruchspargel mit Kopf 1/2 Dose 95 Pf.
- Stanger spargel 1/2 Dose 1.20, 1.35
- Pflaumen mit Stein 1/2 Dose 45 Pf.
- Mirabellen 1/2 Dose 68 Pf.
- Birnen wein oder et. 1/2 Dose 65 Pf.
- Kirschen mit Stein 1/2 Dose 65 Pf.
- Kirschen ohne Stein 1/2 Dose 95 Pf.
- Preisselbeeren 1/2 Dose 68 Pf.
- Stachelbeeren 1/2 Dose 68 Pf.
- Erdbeeren 1/2 Dose 88 Pf.
- Früchte-Melange 1/2 Dose 95 Pf.
- Schweizer Käse Pfund 78 Pf.
- Tilsiter Käse Pfund 68 Pf.

- Gervelatwurst Pfund 1.25
- Salamiwurst Pfund 1.25
- Teewurst Pfund 1.25
- ff. Leberwurst Pfund 1.05
- Landleherwurst Pfund 95 Pf.
- Zwiebelleber-o. Rotwurst Pfund 48 Pf.
- Apfelsinen Dutzend 20, 28, 35 Pf.
- Blut- Apfelsinen Dutzend 35, 45 Pf.
- Amerik. Aepfel Pfund 30 Pf.
- Kalif. Aepfel Pfund 35 Pf.
- Citronen Dutzend 25, 35 Pf.
- Ananas Pfund 75 Pf.
- Teltower Rübchen Pfund 9 Pf.
- Sardinen in Öl Dose 25, 38, 48 Pf.
- Bismarck- o. Bratheringe Dose 42 Pf.
- Delikatess-Heringe Dose 38, 63 Pf.
- Apetit-Siid Dose 28, 38, 48 Pf.
- Sardellen ca. 1 Pfund-Dose 58 Pf.
- Sardinen oder Anchovis Glas 20 Pf.
- Mixed-Pickles Glas 68 Pf.
- Gornichons Glas 68 Pf.
- Senfgurken Glas 65 Pf.
- Zuckergurken Glas 70 Pf.
- Gemischte Marmelade ca. 5 Pfund 1.15
- Zuckerhonig in dekorierten Gläsern ca. 2 Pfund 75 Pf.

HEUTE Schluss - Verkaufs - Tag unserer Spitzen- u. Gardinen - Woche

1. Ziehung 2. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 10. Februar 1911, vormittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

247 845 421 1285 431 679 2075 309 870 [300] 3043
35 119 227 32 486 508 107 72 83 820 4026 183 282 435
5-31 43 418 300 991 6072 79 219 78 782 813 7017 100
502 324 479 375 681 737 8466 594 99 631 798 9182 225 98
584 089

10344 [300] 95 676 709 [300] 32 12012 [300] 278 841
169 000 [24] 13789 14151 287 15136 79 429 558 81 16197
581 726 823 17087 591 18204 74 535 724 19598 897

20712 805 990 21338 306 813 22166 287 790 23025
181 436 657 [300] 709 915 24158 237 310 424 [300] 964
25116 80 247 325 44 77 519 73 [300] 781 [300] 902 94
26919 68 124 83 281 [300] 438 728 979 27184 387 409
320 175 80 812 28310 441 758 29117 38 282 807 17 450 94
672 711 89

30114 921 29 31090 [300] 342 522 622 58 702 881 37
45 945 32289 328 465 [300] 33100 10 220 826 81 799
34092 97 288 344 477 [300] 774 925 42 35301 40 677 898
36374 77 747 638 37018 [300] 190 377 93 431 788 38321
522 608 313 39098 181 93 258 691

40182 352 600 993 [300] 41020 [1000] 67 487 93 514
900 42001 300 440 96 389 738 892 43007 322 312 42 48
818 703 7 78 828 927 44000 147 286 892 45188 [300]
388 742 988 46112 400 016 87 47025 123 348 64 714 858
48170 227 49122 [300] 10 218 350 504 827

50004 304 79 85 473 86 854 922 51419 641 818 44
52041 109 638 [300] 771 88 53445 818 803 64 54090
801 482 715 96 55012 30 [300] 170 236 371 432 606 10 906
81 56146 298 318 408 46 987 888 57126 831 975 58067
114 49 280 53 778 309 16 59281

60016 633 38 67 794 61194 471 858 940 60 62240
380 513 707 62 888 63178 219 490 64183 381 742 860
65276 306 927 66011 186 380 536 66 760 67581 441 750
68223 472 840 51 808 69073 149 94 236 382 582 650 850
890 67

70235 447 80 821 90 606 987 89 71812 48 927 72401
525 968 73080 43 52 186 [300] 400 18 90 577 74615 718
75351 494 548 629 [300] 76051 494 541 58 88 743 47 84
77599 810 78747 79084 [300] 431 [300] 735

80090 86 149 218 481 608 29 759 882 904 85 81142
239 454 844 82129 208 410 881 83085 112 359 77 535 498
844 731 805 84085 98 158 78 544 834 790 [300] 834 85356
387 300 536 863 86 86347 87198 70 342 842 831 [300]
88235 711 885 89320 410 838

90164 825 85 86 91189 581 838 92163 [300] 208 878
93056 36 [300] 154 320 553 87 778 923 94158 218 78

524 96 840 845 95101 250 407 509 24 743 829 [300] 66
96122 53 626 97066 [300] 906 10 52 98013 14 75 115
357 448 508 706 99 803 99012 282 398 907 59

100946 447 838 10188 43 243 70 889 415 739
102178 529 99 796 103028 74 84 174 301 29 908
104008 103 354 16 [300] 83 [300] 72 881 907 103172
201 310 20 802 106235 44 71 [300] 852 797 107131
349 419 645 108450 311 13 615 37 882 72 109308
89 188 83 408 64 710

110984 422 556 706 42 111809 413 544 946 [300]
56 112000 386 431 [300] 357 848 81 974 81 113302
246 428 635 880 114025 183 381 525 735 818 87 805
115071 500 116070 [300] 240 474 [300] 817 117259
448 29 819 743 902 118215 300 423 119022 363 [300]
582 426 678

120806 229 38 306 622 710 866 121212 253 375
92 794 123250 278 815 124091 93 143 [300] 507 824
729 889 897 125064 140 874 928 77 95 126193 400
517 51 866 719 [300] 863 916 127800 392 785 128389
324 424 535 [300] 44 302 59 129196 898

130919 419 638 877 966 131079 198 406 551 681
804 132008 [300] 248 55 331 387 642 [300] 736 69
133494 [400] 124 55 134010 171 308 417 540 53
135002 201 125 538 500 99 784 136023 389 416 45
626 99 [300] 137128 231 542 818 [400] 43 138259
87 349 308 25 37 69 84 843 139357 573 609 88 881

140300 563 91 907 85 141110 70 574 [300] 702
29 313 142900 179 311 35 61 [300] 85 473 78 572 888
699 143011 81 228 414 645 50 717 144597 706 8 845
741 54 147102 304 148284 [300] 99 303 80 427 376
784 50 806 72 149472

150008 214 381 479 519 744 841 151008 457
758 898 [300] 152118 80 405 37 657 153067 301 488
345 737 949 154545 90 798 881 910 155038 185 312
19 417 731 73 848 905 78 156051 548 624 885 844
93 157068 783 929 158361 553 604 835 159245 97
304 501 809 918

160050 80 128 231 35 541 908 779 161102 89 376
609 716 38 809 18 943 86 162088 791 879 163101 803
164099 453 974 165130 255 166028 312 547 89
167019 283 286 982 67 79 168081 232 225 169220
427 72 78 255 843

170100 568 828 941 171059 328 950 984 172054
92 176 300 27 49 883 88 173100 221 342 404 85 429
[300] 174037 800 322 175447 740 51 842 176343
828 900 177091 506 819 270 178154 242 392 543 815
92 995 179259 005 [300] 704

180770 63 329 409 545 886 960 [300] 181108 21
229 816 [300] 514 81 759 878 84 182000 1801 213 33
342 67 429 880 183061 218 217 443 713 856 80 894
184100 582 [300] 728 185118 200 548 832 186272
477 567 875 85 187156 219 350 484 [300] 809 304
[300] 21 54 [300] 50 [300] 52 188118 [300] 954 821
474 514 789 84 857 75 906 88 189109 282 427 98 838
46 864 [300]

1. Ziehung 2. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 10. Februar 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

83 88 186 512 42 908 999 [300] 1345 543 705 900 2010
88 276 542 56 134 3182 420 348 4100 213 473 509 [300]
811 5286 419 629 41 774 858 933 6381 65 782 87 90 7025
[400] 321 358 208 648 726 863 833 8019 304 489 549 56
847 963 932 97 75

10251 92 397 553 11157 881 49 81 [300] 12086 544
75 809 96 782 928 74 11080 541 693 807 18 91 14255 833
83 800 15310 858 554 16095 102 240 579 908 [3000]
17849 73 638 80 18282 508 29 674 84 875 95 19108
355 305

20204 31 811 29 21048 101 810 22318 604 [300] 40
975 [300] 2310 849 24747 858 25072 [300] 411 879
601 804 906 24012 156 787 27021 75 203 404 603 11 770
097 28314 927 29192 204 845

30134 [300] 710 36 87 99 31226 633 758 804 32229
198 501 715 858 58 99 33651 34153 714 [300] 304 812
35060 123 25 57 283 85 [300] 311 36249 328 702 922
37009 174 389 489 619 743 899 38076 229 22 97 561 604
899 39029 487 992

40218 879 41345 76 789 830 80 975 42045 71 101
281 706 72 833 910 87 43133 48 349 536 45 71 808 387
44047 105 45313 22 89 484 602 46002 477 854 81 800
47211 93 482 828 915 48043 184 [300] 284 81 [300] 327
[300] 995 49002 54 185 231 629 301

50203 [300] 485 754 51508 325 22 52054 87 154 444
57 931 53317 829 75 54421 [300] 256 679 841 63 993 300
55004 45 145 345 89 570 99 890 700 56104 32 383 803
39 57004 599 19 950 94 58242 327 390 812 59144 787 75
212 541

60064 490 511 61021 [300] 198 215 331 970 61907
468 547 54 081 747 63154 338 74 64101 27 41 251 58 714
64 961 78 65067 512 925 87 66124 533 499 12 [300] 43
[300] 609 800 67048 56 376 442 68049 388 480 522 56 905
42 69023 987 90 97

70150 515 408 81 543 71188 389 707 72101 418 50
834 315 73082 487 [400] 837 74946 108 289 371 705 28
823 68 85 76788 146 211 335 477 585 862 76014 573 568
477 697 845 77189 222 510 539 694 789 843 58 928 29
78129 78 805 12 654 759 79027 214 706 73 876

80056 187 309 440 591 749 81020 75 618 71 82480
81 83246 829 788 981 84182 875 85229 500 475 517 812
882 86137 483 982 87324 476 815 74 [300] 88105 678
583 72181 89073 300 80 226 798 801 94

90108 827 91860 127 798 828 83 92027 [300] 271 326
691 749 810 93060 124 549 619 917 94181 387 426 [300]

547 [300] 58 885 95362 413 628 96066 415 30 630 97048
176 219 300 765 529 98302 507 880 99047 81 165 88 503
705 87 921

100014 151 650 842 81 928 101130 345 81 68 487
785 102107 583 705 103372 496 557 886 839 104077
459 643 913 105221 38 216 429 821 729 80 154 74 106098
379 413 30 82 624 731 884 92 829 58 107187 [300] 407
74 81 770 812 36 108180 137 [300] 306 59 481 [5000]
384 696 822 324 109067 470 35 [300] 908

110002 329 66 322 [1000] 800 29 730 78 87 111664
362 72 601 112048 108 91 [300] 252 71 567 113196 204
41 684 721 812 14301 778 85 880 849 63 115150 116423
582 117068 214 [3000] 457 92 887 633 894 118451 84
732 119057 [300] 153 72 353 487 568 730 865

120048 170 87 211 205 808 121578 650 122134 69
228 96 689 978 123124 326 639 886 945 [300] 124058
906 694 125079 350 96 469 870 908 126182 356 94
356 127237 96 841 [300] 477 128040 100 76 486 332
764 129181 370 71 678 283 820

130289 282 357 87 894 131182 658 132008 95 137
909 455 512 888 133296 445 629 99 976 134648
147 212 19 21 66 378 400 681 135181 241 430 [300]
517 943 136022 579 81 817 137110 323 77 479 632 728
850 76 138308 159 205 441 682 82 [300] 841 942 139000
90 173 287 646 861 850

140094 428 [40

Handlungsgehilfen! Wählt am 12. Februar, Liste 3.

10 bis 3 Uhr:

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. (4. Abteilung, Bezirk 81 und 82.)
Sonntag, den 12. Februar: Familienausflug nach Heiligensee über Tegel. Treffpunkt 8 1/2 Uhr früh bei Weniger, Kochstraße 33. Gäste willkommen.

(6. Abteilung.) Morgen, Sonntag, den 12. Februar, abends 8 Uhr: Familienabend bei Habel, Vergmannstraße 57. Vortrag der Genossin Frau Wurm über „Genossenschaftswesen“. Nachher: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Die Abteilungsleiter.

Wilmerdorf-Palast. Sonntag vormittag 8 Uhr bei Sengebusch, Ecke der Karlshof- und Heilbronner Straße in Palast: Handzettelverteilung.
Der Vorstand.

Treptow-Baumfischweg. Morgen, Sonntag, früh 8 1/2 Uhr in beiden Ortsteilen von den Bezirkslokalen aus wichtige Flugblattverbreitung.
Der Vorstand.

Wariendorf. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus.

Dienstag abends 8 Uhr bei Preuß, Kurfürstenstraße: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Von Wilow bis Bethmann Hollweg und von Wassermann bis Wiener.“ Referent: Genosse Zubeil. Diskussion.

Berliner Nachrichten.

Volks-Ballfahrt.

Nebstling des Volkes zu sein... So steht's auf dem Papier, zwischen den Worten, schallt's in ausbrülligen Tönen aus der bleichen Janitscharenmusik, wird es seit Jahrzehnten automatisch aus patriotischen Reden bis zum Ermüden gelungen beim Anblick auch nur des leisesten Schattens eines Gefrönten. Ach nein, die Liebe des Volkes wird heute nicht mehr erworben mit dem angeborenen Purpur. Sie ist ein Juwel, das verdient werden muß. Und je tiefer der Mensch hinabsteigt zum Menschen, je mehr er sich, mag er auch Millionen besitzen haben, im Sinnen und Trachten eins fühlt mit den Entrechteten, desto höher werden ihm entgegen geschlagen die Herzen des wahren Volkes. Das ist die echte Volksliebe, die sich langsam und zähe entwickelt aus Wollen und Können, aus unvergänglichem Schaffen, um zu dauern über Tod und Grab...

Man hat in blauschwarzen Mänteln gefaselt, die unergiebige, imposante Volkstrauer am vorigen Sonntag sei bestellte Arbeit gewesen, eine Demonstration großen Stills. Hohlschiffe, ihr! Euch geht ja von jeher die Jungfräulein des Empfindens völlig ab. Ihr geschworenen Volksfeinde schließt in blinder Wut von euch auf andere und laßt alle Register der Heimtücke spielen, wenn ihr seht, wie das Volk seine großen Lotten mit dem Herzen ehrt... spontan, treu, überwältigend. Noch schließ Paul Singer in Frieden kaum eine Nacht unter der märkischen Erde, und schon strömten die Tausende, Zehntausende von neuem zu seinem Mausoleum, aus Sandhöhlen gebaut. Nichts war zu sehen von dem Heimgegangenen als ein Häuflein Erde neben den Ruhestätten seiner beiden großen Vorgänger im Tode. Nur der breite, blumige Kissensteppich, den die Volksliebe mit Millionen von Herzfäden gewebt, gab Zeugnis, daß man einen ungekrönten Großen der Erde zu Grabe getragen. Und magisch zieht es die Tausende, Zehntausende seit Dienstag nach dem Gewerkschaftshaus, wo in der großen Treppenhalle, in zwei dichten Reihen übereinander und rings um die Säulen, die sprechenden Liebeszeichen ausgebreitet hängen, wohl an tausend Kranzschleifen, in deren goldenen Lettern das Volk noch einmal, zum letzten Male redet zu seinem wahren Freunde. Nicht Neugier ist es, die die Massen lockt, — eine abermalige, aus der Volksseele wallende Schuldigung. Am Sonntag das erste Trauerleid, heute das schlichte Proletariertergewand. Vom frühen Vormittag bis in den späten Abend währt des Volkes Ballfahrt. Viele, wie sie gehen und stehen mit dem Rüstzeug der Arbeit unter dem Arm, so ziehen sie schweigend vorbei an der Aufstellung des Todes. Die lange Mittagspause haben sie geopfert, um den Namen des toten Führers nahe zu sein, sich zu berauschen an dem Geist des Zusammenhalts, der die schaffenden Millionen bis zum letzten Mann befecht. Und als sich die Schleier der Dämmerung senken über die Millionenstadt, die Arbeitsstätten sich leeren, nimmt der Zubrang beängstigende Dimensionen an. Das ist die Defilierung des Proletariats. Wen des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr fernhielt vom Tage der Volkstrauer, will noch nachträglich seine Verehrung zollen dem unermüdeten Vorkämpfer für das Recht des Volkes. Ernste Frauen prägen dem jungen Nachwuchs an der Hand die Bedeutung der Stunde ein. Greise, denen der Weg nach dem Friedhof nicht mehr weit ist, schleppen sich her, um zu staunen, was der Wille der Volksmacht vermag. Wetterharte Arbeiter erneuern im stillen das Gelöbnis unüberbrücklicher Treue zum Vermächtnis des Toten. Und in der kampfstrohen Jugend, unserer Hoffnung, steigt glühend der Wunsch auf, so zu werden und zu wachsen wie der da, dem all diese Liebe und Ehre gilt weit über das Leben hinaus. Du bist ja nicht tot, Paul Singer, nur fern, vereint mit den Lieben, Großen, Unbergehligen, denen vor Dir das Schicksal den Daseinsfaden zerriß. Dein Gedanke lebt fort und fort im Volke, wird weiter leben, wenn längst die Inschriften der Schleifen verbläht sind, die Seide vermodert und vermodert ist...

Mühsam leert sich der Säulengang. Es ist spät geworden. Die Lebenden haben Recht, müssen heimwärts wandern und darum sorgen, daß der neue Tag neue Arbeit, neue Kämpfe, neue Opfer bringt. In dem satten Rot, dem blühenden Gold der Schleifen bricht sich der Widerschein des Abendlichts. Und neben dem Tode, der im rastlosen Weltlauf ewiges Leben bedeutet, schreitet an den Spenden der Volksliebe vorüber hochauferichtet, lähn, verheißungsvoll das Glück der Zukunft... die stolze Freiheit.

Die Ausstellung ist nur noch bis heute, Sonnabend, mittags 1 Uhr, geöffnet, da der Raum für nicht abzusagende

andere Zwecke gebraucht wird. Schätzungsweise wurde sie bis Freitag abend von weit über hunderttausend Menschen besucht. Zeitweise mußte viertelstundlang abgesperrt werden. Bis in die Melchiorstraße hinein standen die geduldig harrenden Tausende. Die Haltung der Straßenpolizei gab zu Klagen keinen Anlaß. Erliegen ist die Meldung mehrerer Blätter, allen voran der um Volksgunst buhlenden „Allgemeinen Zeitung“, daß zahlreiche Schleifen gestohlen worden sind. Das ist einfach nicht möglich, weil einer auf den anderen aufpaßt, und es könnten auch nur Leute gewesen sein, die der Sozialdemokratie fernstehen. Tatsächlich fehlt nicht eine einzige der zur Ausstellung gebrachten Schleifen.

Die Handlungsgehilfen-Beisitzer zum Kaufmannsgericht werden morgen, Sonntag, den 12. Februar, 10—3 Uhr, neu gewählt. Der Wahlkampf wird immer heftiger, je näher die Stunden der Entscheidung rücken, der Entscheidung darüber, wie weit man endlich die unablässige Agitation des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands fruchtbar getragen hat, wie weit die Handlungsgehilfen für die gewerkschaftliche Liste 3 gewonnen sind.

Die Handlungsgehilfen brauchen Vertreter, die das Klasseninteresse der Gehilfen begriffen haben und bereit sind, dafür rücksichtslos einzutreten. Hierfür sind die bürgerlichen Kandidaten ohne Unterschied ungeeignet. Sie sind betäubt oder unbewußt Hörige der Unternehmer.

Die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Vorschlagslisten scheuen sich nicht, mit den schäblichsten und niederträchtigsten Mitteln gegen die Liste 3 zu arbeiten. Wer aber der Gesamtheit der Handlungsgehilfen eine rücksichtslose Interessensvertretung im Kaufmannsgericht sichern will, der warte für

Liste 3.

Auskunft erteilt das Zentral-Wahlbureau des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin, Neue Königstr. 36.

Früh- und Spätverbindung mit Friedenau-Schöneberg. Die Große Berliner Straßenbahn existiert am 15. Februar eine gute Früh- und Spätverbindung mit dem Friedenauer Stadtteil von Schöneberg. Es geschieht dies dadurch, daß die Linie bis zur Rennbahnstraße in Weiskensee durchgeführt wird. Dafür geht die Linie 61 jedoch in Weiskensee nur noch bis zum Schloß Weiskensee. Die Linie 60 verkehrt werktags von der Rennbahnstraße morgens von 5,06 an. Der letzte Wagen geht von der Rennbahnstraße abends 11,21, so daß er 12,41 in der Rudensstraße eintrifft. Der erste Wagen von der Rudensstraße geht morgens 6,87, der letzte nachts 12,52. Sonntags ist Verkehr ab Rennbahnstraße von 6,13 bis 11,28, von der Rudensstraße von 7,45 bis 1,00.

Hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung ein Mitwirkungsrecht bei der Wahl der Volksschullehrer und Lehrerinnen? In einem Termin, in welchem das Gericht noch zu keinem Ergebnis kam, beschäftigte diese Frage vor einiger Zeit das Oberverwaltungsgericht. Der 8. Senat machte damals von der in unsere moderne Zeit absolut nicht mehr hineinpassenden Befugnis des genannten Gerichts Gebrauch, zu beschließen, die Entscheidung nach ihrer Fällung nur durch schriftliche Zustellung an die Parteien — nämlich Provinzialhochschulratium und Stadt Berlin — zu verkünden. Wie wir jetzt hören, hat das Oberverwaltungsgericht verneint, daß der Stadtverordnetenversammlung ein Recht der Mitwirkung bei der Wahl der Lehrpersonals der Berliner Volksschulen zukomme.

Es ist endlich an der Zeit, daß auch beim Oberverwaltungsgericht an Stelle des sogenannten „Aussehens der Entscheidung“, wie die in diesem Falle als auch in vielen anderen Fällen geübte Praxis bezeichnet wird, Publikationstermine treten. Allerdings ist eine Gesetzesänderung vorzuziehen. Unsere Landtagsabgeordneten können sich auch in dieser Richtung verdient machen.

Bereinigung von Schöneberg und Wilmerdorf.

Und wird berichtet: Zwischen den Magistraten von Schöneberg und Wilmerdorf haben in den letzten Tagen vertrauliche Verhandlungen stattgefunden, die nicht mehr und nicht weniger als die Vereinigung beider Gemeinden zu einer Stadt zum Ziele haben. Wenn auch die Angelegenheit noch nicht über allgemeine Erörterungen hinausgekommen ist, so steht doch soviel fest, daß die Beförden beider Gemeinden in Anbetracht der großen Vorteile eines Zusammenschlusses grundsätzlich den Vereinigungsgedanken zu fiebern entschlossen sind. Man will sogar wissen, daß die Wahl eines Oberbürgermeisters für Schöneberg, die bekanntlich für die nächste Zeit in Frage kommt, durch die Eingemeindungsfrage beeinflusst werden könnte. Da außerdem auch die Gemeinden Friedenau und Schmargendorf sich in der letzten Zeit mit der Frage des kommunalen Anschlusses an Wilmerdorf befreundet haben, so eröffnen sich dem kommunalen Leben der westlichen Vororte ganz neue Perspektiven. Eine schwerwiegende Frage ist allerdings, wie die Regierung sich zu der Angelegenheit stellen wird. Doch hegt man in den Kreisen der beiden Städte die Ansicht, daß auch hier die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein werden.

Ein Scheusal wurde in der Person eines Friseurs Alfred Sasse von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Der Unhold nahm unter der Vorspiegelung, daß er sich im Frisieren weiter ausbilden wolle, das fünfjährige Töchterchen eines Schankwirts, bei dem er verkehrte, ein sehr hübsches Kind, mit sich in ein anderes Zimmer und berging sich dort an ihm, anstatt sich in seiner Kunst zu üben. Als das Kind sich endlich weigerte, noch weiter mit ihm zu gehen, wurde man aufmerksam. Sasse packte jetzt seine Koffer, konnte aber gerade noch festgenommen werden, als er nach Hamburg abreisen wollte. Der Verhaftete ist schon mehrfach verurteilt.

Feuer in einem photographischen Atelier. In der siebenten Abendstunde wurde gestern die Feuerwehre nach der Leipziger Straße 8, Ecke Wilhelmstraße, gerufen, wo in dem Atelier des Photographen und Porträtmalers C. Straß Feuer ausgebrochen war. Als der dritte Lösungsatz aus dem nahen Depot in der Mauerstraße anrückte, stand das im Dachgeschoß befindliche Atelier schon vollständig in Flammen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es der Wehre, den Brand auf das Atelier zu beschränken. Der Schaden ist beträchtlich, doch tritt eine Betriebsstörung nicht ein. Das Feuer ist durch Kurzschluss entstanden. Beim Einschalten einer elektrischen Birne sprang ein Funken über und setzte eine Gardine in Brand. In wenigen Augenblicken brannte dann das ganze Atelier lichtlos, da leicht brennbare

Stoffe den Flammen reiche Nahrung boten. Die vollständige Löslichung und Aufräumung zog sich mehrere Stunden lang hin.

Durch Gas vergiftet.

Der freikonservative Landtagsabgeordnete Emil Schmidt (Kafel) ist in der letzten Nacht in Berlin das Opfer eines verhängnisvollen Unfalles geworden. Der 62 Jahre alte Abgeordnete, der sich zur Zeit der Tagung des Abgeordnetenhauses in einer Pension in der Wilhelmstraße 48 aufhält, wurde gestern vormittag kurz nach 11 Uhr in seinem Zimmer bewußtlos aufgefunden. Das Zimmer war vollständig mit Gas angefüllt, das einem offenen Hahn an der Lampe entströmte. Schmidt lag in seinem Bett und gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Die Pensioninhaberin benachrichtigte sofort Polizei und Feuerwehre. Bald erschien von der Feuerwache in der Mauerstraße ein Wagen mit Samaritern der Wehre, die den Verunglückten mit dem Sauerstoffapparat in Behandlung nahmen. Nach längeren Bemühungen fing der Abgeordnete an, Atembewegungen zu machen und erlangte schließlich das Bewußtsein wieder. Er wurde dann in einem Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe nach dem Elisabethkrankenhaus geschafft, wo er in bedenklichem Zustand niederliegt. In der Pension war inzwischen ein Polizeihauptmann erschienen, der das Bureau des Abgeordnetenhauses von dem Unfall in Kenntnis setzte. Daraufhin erschienen noch im Laufe des Vormittags mehrere Abgeordnete der freikonservativen Partei, um sich nach dem Befinden des Verunglückten zu erkundigen. Es hatten sich Gerüchte verbreitet, daß Schmidt einen Selbstmordversuch unternommen habe. Nach eingehender Prüfung der Sachlage erscheint dies aber zweifellos ausgeschlossen. Es ist sicher, daß der Gasahn nur durch ein Versehen offen gelassen worden ist.

Liebesstragödie. Die Vermutung, daß es sich bei dem Vorfalle in einem Hotel in der Invalidenstraße 118 um eine Liebesstragödie handelte, hat sich bestätigt. Die Personen der beiden Toten sind jetzt festgestellt. Der Mann ist ein 32 Jahre alter Schächter Friedrich Freitag aus Danzig, seine Begleiterin die 32 Jahre alte Gastwirtin Frau Berta Nicolai aus der Triftstraße 88. Freitag war verheiratet und Vater von vier Kindern im Alter von 2 bis 9 Jahren. Vor einem halben Jahre kam er nach Berlin und ließ seine Familie in Königsberg i. Pr. zurück. Er wohnte in der Triftstraße 87 und ernährte sich als Handlungsreisender. Vor einigen Monaten machte er die Bekanntschaft der Frau Nicolai. Während vorgestern nachmittag der Gastwirt Nicolai schlief, verschwand seine Frau und traf sich mit Freitag. Dieser mochte wohl schon deshalb lebensüberdrüssig geworden sein, weil er mit seinem Wahren, Barbier- und Toilettenartikeln, nur wenig Abzug fand. Abends besuchte das Paar das Hotel. Dort erdoltschte Freitag Frau Nicolai mit einem Handtuch und erhängte sich dann mit demselben Tuch an einem Kleiderbaken. Die Leichen wurden gestern spät abends nach dem Schauhaufe gebracht.

Geldschrankschneider erbeuteten in der vorletzten Nacht im Kantor einer Luruspapierfabrik am Tempelhofer Ufer 500 Mark in Gold und Silber, eine Rolle mit 100 Einmarkstücken, zwei Einhundertmarktscheine und 450 Kronen in österreichischem Papiergeld.

Ein neuer Fall schwerer Kindesmißhandlung. Seit drei Wochen befindet sich im städtischen Waisenhaus in der alten Jakobstraße ein 4½-jähriges Mädchen in Pflege, dessen furchtbare Leidensgeschichte in diesem Blatt erzählt. Es handelt sich um die Tochter des Fabrikarbeiters Friedrich Schettat aus der Frankfurter Allee 197 aus erster Ehe. Als Schettat nach dem Tode der ersten Frau, die ihm zwei Kinder hinterließ, eine neue Ehe eingegangen, begann für die beiden Kinder eine Leidenszeit. Besonders schlimm erging es der viereinhalbjährigen Rosa. Zwei Jahre hindurch hat das Kind die Wohnung nicht verlassen und weder den Hof noch die Straße gesehen. Nachts mußte es in einer mit Sand gefüllten Kiste liegen, ohne sich rühren zu dürfen. Wurde es unruhig oder wimmerte es vor Schmerzen, so wurden ihm seine Arme am Leibe festgeschnürt. Endlich fand die Kleine Befreiung durch die Polizei, die von dem weiblichen Vormund Frau Levin v. Ottersbach zum Einschreiten veranlaßt wurde. Als man in die Schettatsche Wohnung eindrang, fand man das Kind völlig abgemagert in einem unbeschreiblichen Zustande. Es glich an Größe und Gewicht einem Säugling und war vollständig verblüdet. Obgleich es eigentlich nach Lichtenberg gehörte, wurde es doch vom Berliner städtischen Waisenhaus aufgenommen. Hier hat sich das Kind inzwischen einigermaßen erholt, so daß es wenigstens sitzen und auch allein essen kann. Inwiefern es sich auch jetzt geistig noch verblüdet. Wegen die Stiefmutter ist Strafanzeige erstattet worden.

Zwei räuberische Heberfälle werden vom Donnerstagabend gemeldet. Die 31 Jahre alte Frau Gertrud des Steuerhebers Rihmann aus der Wisbyer Straße 1 pflegte öfter für ihren Mann, wenn dieser abgessponnt und etwas leidend nach Hause kam, das einflussreiche Geld für die Steuerkasse vom dem Postamt 118 in der Schönhauser Allee zu bringen. Das muß ein Verbrecher beobachtet haben. Donnerstagsabend um 7 1/2 Uhr wollte die Frau 1100 M. wegbringen. Sie hatte das Geld in einem Lederbeutel in ihre Einkaufstasche gesteckt, die sie an der Hand trug. Als sie aus ihrer Wohnung im dritten Stock die Treppe hinunterging, stand im Flur ein Mann, der scheinbar den stillen Portier einsah. Dieser wandte sich plötzlich um, warf der Frau Pfeffer in die Augen und entriß ihr die Tasche. Er nahm dann den Beutel heraus, steckte ihn ein, warf die Tasche weg und entließ über den Hof des Schaufes durch den Ausgang an der Schönhauser Allee 90. Auf die Hilferufe der Beraubten und das Geheiß ihres kleinen Hundes, der sie begleitete, eilten Leute herbei und nahmen die Verfolgung des Räubers auf. Holten ihn jedoch nicht ein. Frau Rihmann erlitt unterdessen einen Chmachtenanfall und mußte von Hausgenossen nach der Wohnung gebracht werden. Sie kann den Räuber nur unvollständig beschreiben. Er ist etwa 30 Jahre alt und mittelgroß, hat einen kleinen schwarzen Schnurrbart und trug ein dunkles Jackett und eine Schirmmütze. — In der vergangenen Nacht kurz vor 1 Uhr wurde ein 24 Jahre altes Fräulein Franziska Wilzack aus der Flottwellstraße auf der Haustreppe von einem unbekannten Manne überfallen und gewürgt und auch mit einem Messer an der rechten Wade verwundet. Der Mann raubte ihr dann eine Steinmarbocke, die 500 M. wert ist, ergriff damit die Flucht und entkam. Dieser Räuber ist 1,70 bis 1,75 Meter groß, hat einen blonden Schnurrbart und war gewöhnlich gekleidet. Er trug einen dunklen Heberzieher.

Nach ein dritter Raub beschäftigt die Kriminalpolizei. In der Nacht zum 31. v. M. folgten zwei Männer einem angezeigten Fabrikanten durch die Brandenburgstraße. Zwischen der Wasser-

und Ritterstraße kam plötzlich ein Dicker dazu, streckte den Be-
trunkenen durch Faustschläge auf den Kopf zu Boden, so daß er be-
sinnungslos wurde. Die Wegelagerer schleppten dann ihr Opfer auf einen
Dauflur und raubten ihm dort 96 M. bares Geld und eine silberne
Uhr. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Warnung. Mit der fettgedruckten Ueberschrift „100 Mark für
Sie!“ veröffentlicht eine Ceylon-Tea-Company Dept 2 in London,
New Bridge Street, in den deutschen Zeitungen Anzeigen, in denen
sie jedem Abnehmer ihres direkt importierten Ceylon-Tees
„La Qualität“ (50 M. per 2 Pfund „anfast“ 10 M.) bei richtiger
Lösung eines gleichzeitig veröffentlichten Zahlenrätsels, sofern nur
die Einzahlung des Geldes und der Lösung bis zum 15. März er-
folgt, einen Barbetrag von 100 M. verspricht. Die Nachforschungen
haben ergeben, daß das Unternehmen, das hinter der Firma Ceylon-
Tea-Company sich verbirgt, in einem kleinen Kontor im 4. Stock-
werk eines Hauses der angegebenen Straße nur in ganz geringem
Umfange betrieben wird, und die Haupttätigkeit scheinbar im
Annoncieren besteht. Eine Garantie oder auch nur Wahrscheinlich-
keit dafür, daß die Barprämien ausgezahlt werden, besteht nicht.
Das deutsche Publikum sei daher zur Vorsicht angehalten.

Die züchtige Polizei. Das offiziöse Wolsche Telegraphenbureau
verbreitet folgende Notiz:

„Durch die Presse geht die Nachricht, daß die im Zirkus Busch
auftretende Schwimmsportlerin sich bei der ersten Vorstellung eine
von der Polizei vorgezeichnete Bekleidung der Brust ab-
gerissen habe, da sie durch diese in ihren Arbeiten gehindert worden
sei. Das ist vollkommen unrichtig. Die Polizei hat vielmehr —
wie das für alle Varietékünstlerinnen üblich ist — nur eine Um-
hüllung des Unterkörpers vorgeschrieben. Verboden hat
ihre die Polizei lediglich eine Entkleidungsszene vor ihren
Schwimmproduktionen, die aber mit ihrer Schwimmkunst nicht das
mindeste zu tun hat und wohl nur eine gewisse Stimmung im
Publikum erzeugen sollte.“

Eine bessere Reklame konnte die Polizei für die Schwimm-
künstlerin gar nicht machen als daß sie feststellen läßt, daß sich
ihre Anordnung auf die Umhüllung des Unterkörpers bezog und
darauf, sich vor ihren Schwimmproduktionen nicht zu entkleiden.

Wer ist der Tote? Am 8. Februar 1911 vormittags gegen
9 Uhr wurde auf der Zugangstreppe zum Bahnhof Kullischstraße
die Leiche eines anscheinend dem Kleinstenstande angehörenden un-
gefähr 40 bis 45 Jahre alten Mannes aufgefunden. Der Unbe-
kannte ist 1,62 Meter groß, hat dunkles, volles Haar, ebensolchen
Schnurbart, länglich-blasses Gesicht und spitzen Kinn. — Bekleidet
ist die Leiche mit einem dunklen Jacketanzug, dunklem Ueberzieher
mit Monogramm A. O., schwarzem feinen Hut, schwarzen Schmitz-
stiefeln, grauen Strümpfen, grauem Normalhemd, weißem Kragen,
Stulpen und Vorhemd. — Außerdem befand sich bei der
Leiche ein weißes Taschentuch gez. A. W., ein Klappnotennote mit
51 M. und eine tombakene Uhr mit ebensolcher Kette. — Personen,
welche über die Person des Toten Angaben machen können, werden
gebeten, sich in den Vormittagsstunden im Königl. Polizeipräsidium,
Zimmer 316, zu melden, oder ihre Wahrnehmungen bei irgendeinem
Polizeivertreter zur Nr. 685 IV 55 11 mitzuteilen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Soll Rixdorf seinen Namen ändern?

Diese mehr als müßige Frage wird seit einigen Wochen in
einigen Zuchriften im „Rixdorfer Tageblatt“ behandelt. Im
Anfang schien es, als hätten einige Rixdorfer Spielbürger die
Frage aufgeworfen, um sich in Stilübungen zu versuchen und
damit ihre Zeit totzuschlagen.

In besonderen Zuschriften, die den Stempel interessierter
Kreise tragen, wurde die Namensänderung des Ortes mit der
Eingemeindungsfrage Treptow-Rixdorf in Ver-
bindung gebracht. Da Rixdorf dem Nachbarort, der seine Selbst-
ständigkeit aufgeben wollte, gleich einem Galan den Hof machte,
sich aber besondere Reize nicht zu bieten vermochte, so wollten
gewisse Kreise dem Liebeswerber schnell noch einen wohlklingenden
Namen umhängen. Inwiefern die „Braut“ auf die Reize eines
„standesgemäßen“ Namens reagiert hat, konnte bei der geheimnis-
vollen Art, in der die Eingemeindungsfrage bisher behandelt
worden ist, nicht ermittelt werden.

Der größte Teil der Treptower Einwohnerschaft zeigt keine
Neigung, in Rixdorf eingemeindet zu werden, weil es sich von einer
solchen Eingemeindung erhebliche Nachteile verspricht.

Der Rixdorfer Magistrat mit dem Oberbürgermeister Kaiser
an der Spitze scheint der „Freiin“ jedoch nicht von der Pille zu
gehen, und die Tatsache, daß in der letzten Stadtverordneten-
versammlung auf Antrag des Magistrats eine Kommission
für eine Namensänderung Rixdorfs eingesetzt worden ist, läßt ver-
muten, daß man die Möglichkeit einer Heirat zwischen Treptow
und Rixdorf noch nicht für abgeschlossen hält.

Wir haben wiederholt die Meinung Ausdruck gegeben, daß,
wenn Treptow seine Selbstständigkeit aufgeben will, eine Ein-
gemeindung desselben in Berlin das richtigste wäre, schon weil
Berlin als größter Grundbesitzer und Steuerzahler der Gemeinde
das erste Anrecht hierauf hat. Nach der Meinung, die in re-
gierenden Kreisen hierzu herrscht, scheint man die Gemeinde
Treptow eher mit Rixdorf zusammenzupfropfen zu wollen, als daß
eine Eingemeindung Treptows in Berlin stattgegeben würde.

Und es ist der in letzter Zeit aufgetretene Gedanke, daß durch
die Eingemeindung Treptows nach Rixdorf politische Motive
eine Hauptrolle spielen, nicht so ohne weiteres von der
Hand zu weisen. Das ausschließlich mit Arbeiterbevölkerung be-
wohnte Rixdorf wird, wenn der schamlose Wahlrechtsraub der
bürgerlichen Mehrheit in Gemeinschaft mit dem Rixdorfer Magi-
strat durch das obliegende Streitverfahren illusorisch gemacht ist,
über kurz oder lang eine sozialdemokratische Mehrheit erhalten.
Das scheint bereits die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit mit
dem Magistrat vorauszuahnen, weshalb so gewalttätige Anstrengungen
gemacht werden, um das materiell besser gestellte Treptow als
Retter in der Not zu Hilfe zu holen.

Andererseits haben die Wahlrechtsräuber durch ihre reaktionäre
Tat den Namen Rixdorf in aller Welt geschändet, weshalb
hie und da Neigung zu bestehen scheint, den geschändeten Namen
Rixdorf durch einen anderen, etwa durch „Friedrichshöhe“, „Ella
a. d. Spree“, „Boddinsfelde“, „Richardsdorf“, „Groß-Treptow“ zu
ersetzen.

Dieses Bestreben wird nicht minder gekennzeichnet dadurch,
daß alle tiefklingenden Namen in dem Organ des den Wahl-
rechtsraub mitgeschlossenen Herrn Glase mann, dem „Rixdorfer
Tageblatt“, in Vorschlag gebracht werden.

Die Arbeiterschaft hat kein Interesse daran, daß der scham-
lose Rechtsbruch des reaktionären Kathausklingels durch eine
Namensänderung des Ortes irgendwie verwischt wird.

Wenn dieser Name, unter dem der Ort sich zu einem blühen-
den Gemeinwesen entwickelte, einen schlechten Ruf erlangt hat,
so ist hieran schuldlos. Sie hat daher an einer Namens-
änderung keinerlei Interesse.

Stadtverordnetenversammlung. Das mitunter, besonders in
den Sommermonaten, eintretende Fernbleiben vieler Mitglieder
der Verwaltungsdeputationen von den Sitzungen hat den Magistrat
— wie er in seiner Begründung sagt — veranlaßt zu beantragen,
daß künftig in den Deputationen die Anwesenheit von einem
Drittel der Mitglieder als zur Beschlussfassung ausreichend ange-

sehen werden soll. Die Stadtl. Erno und Groger (Sog.)
sprechen sich gegen die Vorlage aus; letzterer scheidet in derselben eine
Beschränkung der Rechte der Stadtverordnetenversammlung und
Schlichtung vor die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder festzusetzen.
Bürgermeister Dr. Weinreich zieht jedoch die Vorlage zurück.

Der Wahlschutz erstattet Bericht über die Neubildung
der Verwaltungsdeputationen, Kommissionen und
ständigen Ausschüsse. Unter Genehmigung einiger grundsätzlicher
Änderungen werden die Wahlen der Stadtverordneten und Bürger-
deputierten nach den Vorschlägen des Wahlschutzes vollzogen.

Die Versammlung genehmigt debattelos den spezialisierten
Voranschlag des städtischen Krankenhauses für das
erste Halbjahr 1910. Dieser weist eine Einnahme von 155 040,40 M.
und eine Ausgabe von 269 458,98 M. nach; demnach ist ein Zu-
schuß von 114 417,58 M. erforderlich.

Den im städtischen Krankenhaus in Budow wohnhaften
Ärzten und Beamten desselben soll für ihre Person freie
ärztliche Behandlung und Arznei nach Maßgabe der in
der Anstalt vorhandenen Einrichtungen gewährt werden.

Der Antrag des Magistrats, auf dem Gelände der „Brusen-
dorfer Pflanz“ in Boddinsfelde versuchsweise eine Abwässer-
reinigungsanlage nach dem Filterfeldverfahren zu errich-
ten, wird, nachdem sich der Stadtbaurat Weigand und des längeren
über das letztere verbreitet hatte, einstimmig genehmigt. Bei einer
Reinigungsfähigkeit von täglich 1000 Kubikmeter städtischer Ab-
wässer sollen die Kosten der Anlage auf etwa 25 000 M. sich stellen.

Die Etatsposition für die Unterhaltung des Schiff-
fahrtskanals wird um 3000 M. vermindert. Das gleiche ist um
8800 M. beim Etat für den städtischen Omnibusbetrieb
notwendig, da die Einstellung der Treptower Linie nicht — wie
beabsichtigt — schon am 1. April, sondern erst am 20. August 1910
erfolgen konnte. Die Mehrkosten sind infolgedessen durch eine Mehr-
einnahme von 14 000 M. gedeckt.

Im Steuerhinterziehungen von Terrainpekulanten, welche sich
in Gesellschaften u. s. w. zusammengefunden haben, unmöglich zu
machen, ist nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom
5. Januar d. J. eine Abänderung des § 2 der Umfah-
steuerordnung nötig. Die vom Magistrat vorgelegte neue
Fassung wird debattelos genehmigt.

Der Abschluß eines Versicherungsvertrages mit der Akkumulatoren-
fabrik Aktiengesellschaft zu Berlin über die Zustan-
dhaltung der Automobilbatterien für die Feuerlösch-
geräte und den Krankenwagen findet die Zustimmung der Ver-
sammlung.

Nach Ansicht des Magistrats ist die Frage der Namens-
änderung der Stadt in der Bürgerchaft wieder so lebhaft
erörtert worden, daß eine Verotung am Plage wäre. Selbst hat
er nicht Stellung dazu genommen, sondern ersucht um Einsetzung
einer gemischten Kommission von 3 Magistratsmitgliedern und
9 Stadtverordneten zur Prüfung der vorliegenden Anträge und
Vorschläge. Die Kommission wird beschlossen; derselben gehören
u. a. auch die Genossen Groger, Eden und Dr. Silber-
stein an.

Zur Erweiterung des Krankenhauses, zum Bau des Elektrizi-
tätsnetzes und von neuen Schulhäusern, zur Fortführung des
Schiffahrtskanals, zur Erweiterung der Kanalisationsanlagen, zur
Durchführung von Verkehrsprojekten, zum Erweiterungsplan der
Gasanstalt sind im Jahre 1911 Anleihemittel in Höhe von 9 400 000
Mark notwendig. 3 150 000 M. sind bereits davon begeben, so daß
noch 6 250 000 M. fehlen. Nach dem Vorschlage des Magistrats
wird daher beschlossen, in Anrechnung auf die 33 Millionen-Anleihe
rund 8 1/2 Millionen Mark zu den vorgelegten Bedingungen
aufzunehmen.

Die Versammlung trat hierauf in eine längere geheime
Sitzung ein.

Schöneberg.

Eine städtische Schulküche kann dem Arbeiter-Turnverein
nicht zur Verfügung gestellt werden, so hat der Magistrat auf ein
erweitertes Verlangen des Vereins geantwortet. Als Grund werden die
Verfügungen der Regierung vom 16. Juli und 25. Oktober v. J.
angegeben. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß diese Ver-
fügungen sich nicht in Gegensatz zu dem Reichsgerichtsurteil vom
28. Juni v. J. stellt, denn in diesem Erkenntnis sei davon,
ob Arbeiterturnvereine Schulhallen zur Verfügung gestellt werden
dürfen, gar nicht die Rede, sondern es werde nur ausgesprochen,
daß die Erteilung von Turnunterricht in den Arbeiterturnvereinen
an nicht mehr schulpflichtige Personen von einem Unterrichts-
erlaubnischein nicht abhängig gemacht werden könne, da in
Preußen der den jugendlichen Arbeitern erteilte Turnunterricht
nicht zum Unterrichtswesen gehört. Damit ist den Arbeiterturnern
bis aufs Ungewisse hinaus eine Turnhalle vorenthalten. Der Vor-
wurf kann dem Magistrat nicht erspart werden, daß er stets real-
tätären Einflüssen zugänglich gewesen ist, denn sonst wäre eine
städtische Turnhalle schon längst errichtet worden. Der Bau-
ungsplan im Südgelände braucht, da sich anderweitig geeignetes
Gelände für den Bau einer Turnhalle findet, nicht erst abge-
wartet zu werden.

Der Demokratische Verein Schöneberg-Friedenau scheidet
unter Bezugnahme auf den in der Donnerstagsnummer erschienenen
Bericht über die Stadtdebatten eine Erklärung, daß Mitglieder des
Demokratischen Vereins Schöneberg-Friedenau an der von Ge-
nosse Bernste in erwähneter Gedultstagsfeier des Kaisers nicht
teilgenommen haben.

Das wird Genosse Bernste auch nicht behauptet haben.

Groß-Lichterfelde.

Rehr Nationalgefühl!

Kaum hat sich die Grüst über den Mann, dem am Sonntag
Hunderttausende freigeitlich gestimmter Bürger Groß-Berlins in dank-
barer Verehrung zur letzten Ruhe geleiteten, geschlossen, als auch
schon die Hyänen erscheinen, um nochmals über den Mann herzu-
fallen. In einem unter oben angegebener Spitzmarke verfassten
Artikel, der auch im hiesigen „General-Anzeiger“ untergeschlupft ge-
funden hat, versucht noch einmal ein elender Federheld die Ligen
über Singer zusammenzutragen, die noch bei Lebzeiten über ihn ver-
breitet wurden, um die unaufgeklärte Arbeiterschaft vor der Sozial-
demokratie granlich zu machen.

Der Verfasser des Pamphlets kann es offenbar nicht begreifen,
wie Hunderttausende, darunter auch nichtsozialdemokratische Bürger,
hinter dem Sarge eines Mannes folgen konnten, der sein Leben
lang der Sache der Freiheit geweiht hatte. Er verlangt mehr
Nationalgefühl von den Bürgern und Arbeitern. Doch jedem an-
ständigen Menschen muß beim Lesen der Zeilen der Gedanke kommen,
daß dem Verfasser des Ligenartikels mehr Schamgefühl
not tut.

Wilmerdorf-Halensee.

Aus der Ungültigkeitserklärung von Stadtverordnetenwahlen
scheint das Wilmerdorfer Ortsparlament nicht herauskommen zu
sollen. Wie bekannt, wird am 16. Februar von neuem um das
Mandat im 1. Bezirk-Halensee gekämpft werden. Was dahin hat
aber die Stadtverordnetenversammlung noch zu entscheiden, ob das
Mandat des Demokraten Lazarus ihrer Meinung nach zu Recht
beliebt. Herr Lazarus ist gemeinsam mit unserem Parteigenossen
Riedel im 9. Wahlbezirk gegen die Kandidaten der vereinigten
reaktionären Parteien gewählt worden, und zwar als Haus-
besitzer. Nachdem seine Hausbesitzerqualitäten durch den Ein-
spruch des Bürgers Land angefochten und auch andere Gründe,
die sich gegen die Gültigkeit beider Wahlen richteten, erhoben
worden waren, hat die Stadtverordnetenversammlung beide Mandate
beanstandet. Der mit der Prüfung der Angelegenheit betraute
Wahlschutz schlägt nun der Stadtverordnetenversammlung vor,
die Wahl unseres Parteigenossen Riedel für gültig, die des
Herrn Lazarus hingegen für ungültig zu erklären. Herr

Lazarus ist Nießbraucher eines Grundstücks, und der Protest gegen
seine Wahl bestrittet, daß aus der Art des Nießbrauchs sich die
nach der Stadtordnung erforderliche Eigenschaft des Hausbesizers
herleiten lasse. Am Mittwoch nächster Woche wird die Stadt-
verordnetenversammlung in ihrer abends 6 Uhr in der Viktoria-
Luisenschule stattfindenden Sitzung über diese Angelegenheit die
Entscheidung zu fällen haben.

Aus aller Welt.

Die Pest.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ sind am Donner-
tag in Tchang-Tschau 800 Leichen verbrannt worden. Da
auch sämtliche Totengräber der Pest zum Opfer gefallen
sind, war es bisher unmöglich, diese in der letzten Woche ver-
storbenen Personen zu bestatten. Die Epidemie hat in der Pro-
vinz Tchang-Tschau ihren Höhepunkt erreicht, in dem am
Donnerstag 140 Tote zu verzeichnen waren. Infolge der
aus russischer Quelle kommenden Meldungen, daß Hunderte von Pest-
leichen die Straßen und Felder in der Nähe der Städte und Dörfer
im Norden und Osten von Chargin bedeckten, hat das diplomatische
Korps gestern bei der chinesischen Regierung sehr ernste Vor-
stellungen erhoben und sie gebeten, Kavallerieabteilungen nach diesen
Gebieten abzusenden, um die Leichen zu bestatten. Der ganze
Norden der Mandchurei ist nunmehr von der
Seuche heimgesucht. Rußland verbietet den Chinesen die
Zuwanderung nach den Seeprovinzen, ebenso hat Japan Militär-
wachen an der ganzen koreanischen Grenze aufgestellt.

Nach einem Bericht des Gouverneurs von Pensa (Europäisch
Rußland) ist Freitag früh in einem von Sibirien dort angekommenen
Juge ein pestverdächtig kranker entdeckt worden. Der
Waggon mit dem Kranken und fünf andere Waggon, in denen sich
124 Arbeiter befanden, die mit dem Kranken in Verbindung ge-
kommen waren, wurden außerhalb der Station von Militär-
posten isoliert. Der Erkrankte kam aus dem Küstengebiet und
hatte während des Aufenthalts in Chargin den Waggon nicht
verlassen. Eine mikroskopische Untersuchung ist vorgenommen
worden.

Frischer Mohr.

Gegen den Inhaber der Firma J. G. Mohr, G. m. b. H.,
Altona ist von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen
Fälschung von Zahlungsmitteln und fahrlässiger Körper-
verletzung erhoben worden. Der Verteidiger Landtags-
abgeordneter Justizrat Waldstein ist der Ansicht, es müsse eine
Freisprechung des Firmeninhabers erfolgen, da ein Verschulden nur
die Chemiker der Fabrik treffen, die die Aufgabe hatten, die zur
Verarbeitung von Margarine dienenden Rohstoffe auf ihre Bestand-
teile zu prüfen. Die angeblich schuldigen Chemiker sind von der
Firma entlassen worden.

Und das trotz der massenhaften Verichtigungen der Firma, wo-
nach niemals Erkrankungen nach dem Genuß ihrer Produkte vor-
gekommen seien.

Erstickt!

Wie aus Hull gemeldet wird, sind im Kielraum des aus Dän-
marken dort eingetroffenen französischen Dampfers „Gero“ die
Leichen dreier Hafenarbeiter gefunden worden,
die offenbar durch Einatmen von Kohlenstaub getötet worden sind.
Neben den Leichen lagen halbgeleerte Champagnerflaschen.

Wahrscheinlich handelt es sich um sogen. blinde Passagiere,
die sich in den Kielraum eingeschlichen hatten, um kostenlos die Ueber-
fahrt über den Kanal zu erreichen.

Kulturbild aus einer Universitätsstadt.

Der Polizeichef und zweite Bürgermeister von Jena Dr.
Müller hat, wie wir den „M. R. N.“ entnehmen, an eine Anzahl
Gastwirte ein amtliches Schriftstück versenden lassen, worin es heißt:

„Es ist lebhaft Klage geführt worden über den Unfug und
große Trunkenheit, der man in den Morgenstunden jetzt
in Jena begegnet, sowie über die mancherlei höchst unliebsamen
Begleiterscheinungen. Es läßt sich die Empfindung nicht unter-
drücken, daß hier teilweise eine greuliche Völlerei
eingetrisen ist. Betrinken kann sich schließlich jeder einmal,
aber alles hat seine Grenzen; und wenn diese Grenzen über-
schritten werden und die Doffentlichkeit in so erheblichem Maße
belästigt wird, wie es jetzt oft geschieht, so muß die Polizei ein-
greifen. Die Lokale, welche aus Quelle dieser Belästigung in
Betracht kommen, sind ganz besonders zu nennen (folgen die
Namen von drei Wirtschaften). Die Polizeiverwaltung nimmt
Veranlassung, den Betreffenden ans Herz zu legen, Wandel zu
schaffen, sonst muß die Polizei annehmen, daß in dem Lokale der
Völlerei Vorschub geleistet wird und demgemäß die Konsequenzen
ziehen.“

Die Herren Studenten, denn um diese handelt es sich natürlich,
scheinen demnach den kaiserlichen Ermahnungen zur Enthaltensamkeit
wenig Wert beizulegen.

Kleine Notizen.

Ein Einbrecher erschossen. In Oberberg ist in der letzten
Nacht der Einbrecher Karl Sarga von der Gendarmrie bei einem
Einbruch überfallen worden. Zwischen dem Beamten und dem Spitz-
huben entspann sich ein Kampf, bei dem Sarga er-
schossen wurde.

Ein Zusammenstoß zweier Straßbahnwagen erfolgte gestern
morgen in Leipzig in der Nähe des Bahnhofes Südost.
Mehrere Personen wurden verletzt, einige davon schwer.

Einbruch in eine Orchesterkasse. Die Orchesterkasse
in Fürstentwale a. d. Spree wurde in der Nacht vom Freitag
von Einbrechern heimlich betreten. Die Diebe erbeuteten 1800 M.

Bergwerkskatastrophe in Nordamerika. In einem Bergwerk bei
Cotdale im Staate Colorado sind infolge einer Explosion
17 Mann verschüttet worden. Bisher gelang es nur zwei
von ihnen zu retten. Man befürchtet, daß die übrigen tot
sind.

Briefkasten der Redaktion.

Meier 1000. 1. Der Roman ist in Buchform nicht erschienen; wir
wollen auch nicht, ob und wann er erscheint. 2. Zur Ermittlung von
Druckfehlertagen fehlt uns die Zeit. Wir bitten, uns mit demartigen
Frage zu versehen. 3. Genau so. 4. Rein. — G. S., Cannstatt.
Nicht zu ermitteln. — B. 55. 1. Vier Wochen nach Helligkeit des Dar-
lebens. 2. Rein. Es muß aber die öffentliche Bekanntmachung in einem
amtlichen Publikationsorgan erfolgen. 3. Rein. 4. Dem Verpächter. Der
Verleiher kann von demselben bei der Armenverwaltung hinterlegt und
dort binnen Jahresfrist von dem Verpächter abgehoben werden. 5. Das ist
ausfällig. — W. 55. Es kann nur die Namensänderung beantragt werden.
Ist die Dame in Berlin wohnhaft, so ist der Antrag an das Polizei-
präsidium zu richten. — W. 2. C. 100. Wirten entscheiden wir nicht.
— 3. 100. Die Eheführung kann in Kolberg nicht stattfinden. Das
Gesetz verlangt, daß derjenige Standesbeamte zuständig ist, in dessen Bezirk
einer der Verlobten seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.
W. S. 5. R. Toussaint, Hornholmer Straße 81. — W. 2. 100. Sie
können in einem neuen Prozeß Ermüdung verlangen. Ihren schäzigen
Einmündungsbeschlüssen entsprechend. Unanständige Forderungen in dem
Ehevertragsprozeß können nur aus einer bössigen Verletzung der Unter-
haltspflicht gezogen werden. — G. 101. Es wird sich um die Rechts-
anwaltskosten des Zwangsauflösungsverfahrens handeln, die uns allen-
dings zu hoch erscheinen. — S. 100. Fragen Sie brieflich bei dem
Genossen Wronn, Büdenallee 3, an. — G. S., Rixdorf. Das
erste ja, das andere nicht bekannt. — A. B. 3. Rein.

Für 10 Pfennig

können Sie sich 20 Tassen eines gefunden und wohl-schmeckenden Getränkes bereiten, und zwar ohne jeden Zusatz! — Sie brauchen sich nämlich nur ein 10 Pfennig-Paket Kathreiners Malzkaffee zu kaufen! Sie bekommen ihn bei jedem Kaufmann!

Der Gehalt macht's!

Photographie J. Fuchs

Meine Filialen sind nur:

Berlin

Friedrichstraße 108
Friedrichstraße 138
Königstraße 52
Rosenthaler Str. 72a
Reinickendorfer Str. 4
am Weddingplatz

Schöneberg

Hauptstraße 19

Rixdorf

Bergstraße 151-152
in der Passage Fahrstuhl

Bitte zu beachten:
In Charlottenburg unter-
halte ich keine Filiale

Veranlaßt durch die große Nachfrage gehe ich noch einmal jedem

Umsonst

vom Sonntag, den 12. Februar
bis Sonntag, den 26. Februar inkl.

Bromsilber-Vergrößerung

Schwarzmalerei

Größe 42x50 cm mit eleganter Aufmachung,
der sich in dieser Zeit eine Aufnahme bestellt.

12 Visit glänzend 1.80 12 Visit matt 4.00
12 Kabinett . 4.80 12 Kabinett . 8.00

Gruppen- und Kinder-Aufnahmen entsprechend billig

Geöffnet von 9-7 Uhr.

Man achte genau auf Größe u. Ausführung meiner Gratis-Bilder
Abendsaufnahmen im Kunstlicht-Atelier.

Total-Ausverkauf

Nur bis 31. März.

Das gesamte Warenlager der unterzeichneten Firma, welche 1879
gegründet wurde, und bei Beginn des Ausverkaufs einen Wert von ca.
225 000 M. hatte, soll wegen Aufgabe des Geschäfts vollständig
ausverkauft werden.

Wirklich reeller Ausverkauf. Kein Nachschub von Waren.

zirka 1050 Herren-Paletots und 1550 Herren-Anzüge

früher 18 bis 25 M. jetzt **12⁵⁰ M.**
früher 26 bis 35 M. jetzt **18⁰⁰ M.**
früher 36 bis 48 M. jetzt **24⁰⁰ M.**

SO:

Herren-Winter-Joppen

früher 5.25 bis 6.50 M. jetzt **4⁰⁰ M.**
früher 7.50 bis 10 M. jetzt **6⁰⁰ M.**

SO:

Knaben-Paletots und Anzüge

früher 6.50 bis 10 M. jetzt **4⁵⁰ M.**
früher 11 bis 20 M. jetzt **7⁵⁰ M.**

SO:

zirka 3000 Herren-Hosen

früher 3 bis 4.50 M. jetzt **1⁸⁵ M.**
früher 5 bis 8 M. jetzt **3²⁵ M.**
früher 8.50 bis 12 M. jetzt **5⁰⁰ M.**

SO:

Schlaröcke, Hansjoppen, Phantasie-Westen, Wagenmäntel, spottbillig.

Julius Lindenbaum

Große Frankfurter Straße 141.

Kaufet nichts anderes gegen

Husten

Heiserkeit, Katarrh u. Ver-
schlimmung, Krampf- und
Reizhusten, als die fein-
schmeckenden

Kaiser's

Brust-Caramellen
mit den „Drei Tannen“.

5900
not. begl.
Reugn. u.
Herzgen u.
Privaten

verbürgen den sicheren Erfolg.
à Dose 80 Pf., Paket 30 Pf.
zu haben in Apotheken und
Dragerien und wo der Ordi-
natsbeutel am Schaufenster
sichtbar.

Vertreter für Berlin:
R. Thiele, Bärwaldstr. 8.

Nathan Wand

129 Staliger Str. 129.

Die schönsten

Herren-Winter-Paletots u. Uster
und Anzüge sowie speziell

Monats-Garderobe

von kostbaren getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speziell Bauart angelegte sind in
großer Auswahl fest zu haben
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Staliger Str. 129.

Hochbahnhöfen Köpenicker Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Peek & Cloppenburg

Kaufhaus für moderne

Herren- und Knabenbekleidung

Gertraudenstraße 25, 26, 27

Roßstraße 1 u. 1a



Fertig am Lager:

Tadellos passende moderne

Beinkleider

Preise: 6 7 8 9⁵⁰ 11

12⁵⁰ 15 17⁵⁰ 20 22⁵⁰ Mark.

1 Mark

wöchentliche
Teilzahlungen
Lieferung elegante
fertige
**Herren-
Garderoben**
Ersatz für Maß.
Anfert. n. Maß
Tadellose Ausf.
Julius Fabian
Schneidernstr.
Große Frank-
furterstr. 37 II
Eingang Stra-
berger Platz.
II. Geschäfte:
Turmstr. 18
nur erste Etage,
kein Laden.

Musier-Coupons-Resie.
wunderbare Frühjahrs-Neuheiten für
Anzüge, Uster, Kostüme etc. Meter
3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Monats-Garderobe!

Die besten Winter-Paletots
und Anzüge für Herren, Smoking-
Anzüge, Frackanzüge, sowie von
Kavalieren getragene, samt neue
Sachen, für jede Figur passend, in
größer Auswahl zu unübertroffen
billigen Preisen.
1 Kreppe, deshalb billiger nie im
Laden. 18/11
**Hirsch Kleiderhaus, Wassertor-
straße 12/13 I**
(früher Weinstra. 33).

Möbel

Inventur-Verkauf bis 15. Februar er.! **Ganz bedeutende Vorteile!**

bieten sich Brautleuten und Möbelsuchenden. Sämtliche Möbel und Polsterwaren sind bis
30% im Preise ermäßigt!

10 Jahre schriftliche Garantie! Ausgesuchte Möbel können kostenlos lagern. **M. Hirschowitz, SO., 25 Skaltzer Straße 25** an der Hochbahn.

Aus Industrie und Handel.

Brauereividenden.

Im Dezember 1910 haben 290 deutsche Brauerei-Aktienge...

Table with columns: Brauereien, Aktienkapital, Dividende. Rows include Schulteis, Pagenhofer, Berliner Bod, etc.

Die von diesen größeren Brauereien gezahlten Dividenden sind...

Auch eine Wirkung des Schnapsboykotts. Um den Junkern...

Ueber die Einfuhr und Qualität des französischen Viehes wird...

Aus der Textilindustrie. Die mit dem Weihnachtsgeschäft in...

Großbritanniens betrug 1901 46 100 000, 1908 53 471 000 und 1910...

Aus der Frauenbewegung.

Zur Lage der Krankenpflegerinnen.

Eine von dem Verein „Frauenwohl“ nach dem Architekten...

Sodann gab Schwester Agnes Karll, die Vorsitzende der „Ver...

Einige Schwestern legten in geistiger Unmündigkeit Hand an sich...

Die Rednerin erwartet Besserung dieser trostlosen Zustände...

Fortschritte des Frauenstimmrechts.

Das Komitee des Unterhauses von Kansas, das die Frage...

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. Februar, vormittags...

Eingegangene Druckschriften.

- Nutzen und Schaden unserer Vögel von R. Zimmermann. 1 B.
- Arbeiter-Zeitschrift. 1. Selbstverlag in Wien.
- Die Vogeldubade von Dr. G. Kofler. 1,50 M.

Ämtlicher Marktbericht der k. k. Reichsanstalt für den Handel...

Table with columns: Stationen, Waren, Menge, Preis. Rows include Danzabunde, Hamburg, Berlin, etc.

Weiterprognose für Sonnabend, den 11. Februar 1911.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde...

Table with columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Rows include Regal, Tüft, Regal, Unterburg, etc.

Wäsche, Trikotagen, Schneiderei-Artikel. Neu aufgenommen: Bettfedern. Margarete Dietrich, Mirbachstr. 25.

Zur Einsegnung!

Anzüge

aus schwarzen
Kammgarn-
Stoffen

14, 17, 19, 21,
25, 28, 40 M.

Anzüge

aus dkl. blauen
Cheviotstoffen

16, 18, 20, 24,
28, 32, 36⁰⁰ M

Prüfungs-Anzüge in grösster Auswahl

M. Schulmeister

BERLIN SO. 26, Dresdener Str. 4



Zentral-Markthalle

Telephon: Nr. 711 u. 716

Telephon: Nr. 711 u. 716

Bergstr. 5

RIXDORF

Bergstr. 5

Knibellebertwurf Pf. 45 Pf.
Kotwurf Pf. 95 Pf.
Feine Lederwurf
Fandlebertwurf
Kleischwurf
Kaiserjagdwurf

Bonillonwürfel 10 Stück 25 Pf.

Prima Gänse Pfund 65 Pf.
Fette Suppenhühner Stück 2,00-2,75 Pf.
Kauischen von 75 Pf. an
Girschfleisch Pfund 30, 50, 70 Pf.
Räcken von 90 Pf. an
Seule Pfund 1 Pf.

Apfelfinen Dutzend 25 Pf. 38 Pf.
Blutapfelfinen Dutzend von 55 Pf. an
Kartoffeln Zentner 270 Pf.
Kartoffel Pfund 9 Pf.
Kohl Pfund 5 Pf.
Rosenkohl Pfund 23 Pf.

Winkler & Bärthold,

lebende Karpfen Pfund 85-90 Pf.
lebende Zehle Pfund 1,10-1,20 Pf.
lebende Hechte, Barbe, Nase.
lebende Plöcken Pfund 60-70 Pf.
lebende Hele usf.

Grüne Geringe Pfund 30-40 Pf.

In Räucherware!

Restaurateuren und Wiederverkäufern Vorzugspreise!

Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend:

Großer Wochenmarkt!

Markthallen-Restaurant

Kleine Preise! empfindlich gut gek. Bier, gebr. Mittagstisch. Große Portionen! 12-4 Uhr. Reichhaltige Abendkarte bis 12 Uhr nachts.

Lühower Str. 5a

am Rathaus
Schweinefleisch u. Schulter 65, 68, 70 Pf.
Ramm und Schuft 70 Pf.
Kotelett 80 Pf.
Baus, Rücken, Liefen 60 Pf.
Hindfleisch 60 Pf.
Kalbsfleisch 90 Pf.
5 Pf. gemischte Wurst 4 u. 4,50 Pf.

Charlottenburg

F. Kunsmann Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren
Toupets, Locken,
Zöpfe
billigste Bezugsquelle.
Nur reelle Ware.
O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

Hüte in allen
Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, an der
Fahrgeld wird vergütet.

Die Welträtsel.
Gemeinverständl. Studien über
monistische Philosophie.
Von
Ernst Häckel.
Mit Nachträgen zur Begründung der
monistischen Weltanschauung.
Preis 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 69 (Laden).

A. WEISS & CO. Nachf.

Inh.: Fritz Prieur.

Berlin-Schöneberg

Hauptstr. 11 Ecke
Vorbergstr.

Extra-Preise Kurzwaren = Schneiderei-Artikel Extra-Preise

Nadeln

Stecknadeln 2 Briefe 5 Pf.
Stecknadeln Brief, 100 g 25 Pf.
Haarnadeln prima Brief 2 Pf.
Mohrennadeln Karton 8 Pf.
Lockennadeln 12 Briefe 5 Pf.
Nähnadeln . . . mit Goldohr 2 Pf., Brief 1 Pf.
Blitznadeln Brief 5 Pf.
Sicherheitsnadeln weiss und schwarz
No. 2, 3, 4 Dtz. 7 Pf.

Druckknöpfe rostfrei Dtz. 5 Pf.
Druckknöpfe „Mercedes“
m. Kupon, Dtz. 12 Pf.

Bänder

Jakonettband Stück 12, 10, 9, 7 Pf.
Leinenband Stück 14, 12, 10, 8 Pf.
Gardinenband Mir. 10 Pf.
Baumw. Körper-Band schwarze u.
weisse Stück. 9, 5 Pf.
Nahtband Baumwolle Stück 10 Mir. 25 Pf.
Tailleband Satin Stück 10 Mir. 65 Pf.
Tailleband Ia. Extra 1.45
Tailleband Halbseide 1.55

Besenborte Mir. 12, 9, 6 Pf.
Waschbesätze weiss u. bunt, St. 5 1/2 Mt. 25 Pf.

Senkel

Schuhsenkel Ziesengarn Paar 6, 4, 2 Pf.
Bettsenkel Garatur 7 Pf.
Korsettsenkel Stück 10, 7 Pf.
Bettlitzze Stück 10 Meter 52, 45, 30 Pf.

Armlätter

Trikot „Nahtlos“ Paar 10 Pf.
Batist „Splendid“ Paar 20 Pf.
Pa. Satin Paar 28 Pf.
Strumpfbänder kraus, Gummiband m.
gr. Handschleife Paar 30 Pf.
Strumpf-Gummiband Meter 32, 22 Pf.

Diverses

Fingerhüte Stahl 2 Pf. Aluminium 1 Pf.
Spulen-Seide „Salome“ 17 Pf.
Seiden-Ersatz Spule, schwarz, weiss
farbig 16 Pf.
Kragenstäbe Zellulose Dtz. 8, 5 Pf.
Kragenstäbe mit Wachspapier zum
Kinstecken Paar 15 Pf.
Twist Rolle 8, 4 Pf.
Veilchen - Sternzwirn 40 Meter
3 Stück 10 Pf.
Kleider-Verschlüsse prima Fiesch-
bein Einlage 10 Pf.

Wäsche-Knöpfe „Leinen“
kleine Dtz. 4, mittel Dtz. 5, gross Dtz. 6 Pf.

Jakonett in grossen Farbensortim., Meter 38, 35, 30 Pf. | Körper grau, schwarz, weiss Meter 55, 45, 38, 30 Pf. | Satin deutsch, viele Farben Meter 75 Pf.
Falle deutsch, 100 cm breit Meter 48 Pf. | Reversible zwelfseitiges Futter Meter 70, 60, 48 Pf. | Satin englisch, grosses Farbensortiment Meter 98 Pf.
Falle englisch, 100 cm breit, in allen mod. Farben, Meter 70 Pf. | Jacken-Futterstoff Damast u. gestr., 100
u. 140 cm breit, Meter 1.95 1.45 1.25 | Alpaka in allen Farben Meter 55 Pf.

Pa. Braunschweiger
Fabrikat

ca. 30 000 Dosen Konserven

Pa. Braunschweiger
Fabrikat

	1 Pfund Dose	1 Pfund Dose
Stangenspargel sehr stark	1,70	0,90
Stangenspargel II	1,35	0,75
Brechspargel mittel	1,25	0,70
Brechspargel extra stark ohne Kopf	0,95	0,55
Kaiserschoten extra fein	1,40	0,75
Junge Erbsen fein	0,90	0,48

	1 Pfund Dose	1 Pfund Dose
Gemüse-Erbsen	0,42	0,28
Junge Schnittbohnen	0,28	0,21
Gem. Gemüse fein	0,65	0,38
Gem. Gemüse mittel	0,48	0,30
Junge Kohlrabi Saisonen mit Grün	0,33	0,24
Gewürfelte Karotten	0,30	0,22

	1 Pfund Dose	1 Pfund Dose
Apfelsmus	0,65	0,38
Reineclauden	0,90	0,48
Saure Kirschen ohne Stein	0,95	0,55
Saure Kirschen mit Stein	0,75	0,45
Kirschen rot, mit Stein	0,70	0,42
Pflaumen geschält	0,85	0,48

	1 Pfund Dose	1 Pfund Dose
Pflaumen mit Steinen	0,45	0,30
Melange Früchte sehr fein	1,10	0,60
Mirabellen	0,80	0,45
Birnen weiss, fein	0,68	0,38
Erdbeeren naturall	1,00	0,55
Preisselbeeren	0,75	0,45

Block-Schokolade garantiert rein Pfd. 60 Pf. | Kakao deutscher, garant. rein Pfd. 70 Pf. | Vanille-Schokolade Pfd. 80 Pf.

Nur einige Tagel

Lindt-Schokolade Fabrikat Rod. Lindt fils Pfund 1⁹⁰ 2⁴⁰ 3⁴⁰